

Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung



Forum Stadt



45. Jahrgang
3|2018



Aus dem Inhalt:

Regine Heß
Museen in Karlsruhe und
Frankfurt 1840 und 1980

Dirk Schubert
Umbruchjahr 1968?
Planungsprozesse zwischen
Pragmatismus und
Weltverbesserung

Elisabeth Schaumann/
Christina Simon-Philipp
Urbane Interventionen im
öffentlichen Raum

Marianne Rodenstein
Erste klassizistische Villen bei
Berlin, Altona und Hamburg

Anne Caplan/
Katherin Wagenknecht
Bauen oder Kaufen?
Wohnpräferenzen in
Einfamilienhausgebieten

Forum Stadt
Verlag



Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V.« in Verbindung mit Harald Bodenschatz, Tilman Harlander, Johann Jessen, Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel (†) und Jürgen Zieger

Redaktionskollegium:

Hans Schultheiß (Chefredakteur)

Simone Cutui (Lektorat)

Prof. Dr. Dietrich Denecke, Universität Göttingen,
Geographisches Institut

Prof. Dr. Andreas Gestrich, London,
Deutsches Historisches Institut

Dr. Theresia Gürtler Berger, Luzern,
Ressort Denkmalpflege und Kulturgüterschutz

Dr. Robert Kaltenbrunner, Bonn und Berlin,
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier, Bauhaus-Universität
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

Prof. Dr. Klaus Jan Philipp, Universität Stuttgart,
Institut für Architekturgeschichte

Dr. habil. Olaf Schnur, Berlin, vhw Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung

Prof. Dr.-Ing. Barbara Schöning, Bauhaus-Universität
Weimar, Fakultät Architektur und Urbanistik

Prof. Dr. Dieter Schott, TU Darmstadt,
Institut für Geschichte

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp, Hochschule
für Technik Stuttgart, Fakultät Architektur

Redaktionelle Zuschriften

und Besprechungsexemplare werden an die
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt
Postfach 100355
73728 Esslingen
Email: hans.schultheiss@email.de
Website: www.forum-stadt.eu

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglieder-
zeitschrift des ca. 110 Städte umfassenden
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.«

Erscheinungsweise:

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement EUR 92,- Einzelheft EUR 25,-
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen
des Abonnements können nur zum Ablauf eines
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder
der Redaktion eingegangen sein.

Vertrieb:

Südost Service GmbH
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen
Fax +49(0)8581-9605-754
E-mail: info@suedost-service.de

Verlag:

Forum Stadt Verlag (FStV)
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart
E-mail: forumstadtverlag@email.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2018 Forum Stadt e.V., Esslingen
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

Inhalt 3/2018

Abhandlungen

Dirk Schubert

Die langen 1960er oder Umbruchjahr 1968? Partizipative Planungsprozesse
zwischen Pragmatismus und Weltverbesserung 195

Marianne Rodenstein

Vom Herrenhaus zum bürgerlichen Ruhesitz. Die ersten klassizistischen
Villen bei Berlin, Altona und Hamburg (1789-1810) 211

Regine Heß

Stadt, Politik, Kultur:
Museen in Karlsruhe und Frankfurt 1840 und 1980 229

Elisabeth Schaumann / Christina Simon Philipp

Urbane Interventionen im öffentlichen Raum.
Transformationspotenziale in Stadtteilzentren 247

Anne Caplan / Katherin Wagenknecht

Bauen oder kaufen? Eine qualitativ-vergleichende Studie zu
Wohnpräferenzen in Einfamilienhausgebieten in Nordwestdeutschland 259

Autorinnen / Autoren 274

Forum

Johannes Warda

Stadt als Ort öffentlicher Konflikte und Proteste. Sammelbesprechung 275

Stadterzählung

ELIAS CANETTI, 1953: Die Stimmen von Marrakesch 281

Besprechungen

ARNOLD BARTETZKY (Hrsg.), Geschichte Bauen.

Achitektonische Rekonstruktion und Nationenbildung vom
19. Jahrhundert bis heute (*Albrecht Göschel*) 283

BENEDIKT GOEBEL, Mitte! Modernisierung und Zerstörung des Berliner

Stadtkerns von 1850 bis zur Gegenwart (*Kathrin Meißner*) 285

MARCO VERONESI (Hrsg.), Oberdeutsche Kaufleute in Genua 1350-1490

Institutionen, Strategien, Konflikte (*Immo Eberl*) 287

Abb. Umschlag:

Das Städel um 1880 am neu besiedelten Mainufer in Frankfurt a. M.

Quelle: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, S7A2002/48

Die langen 1960er oder Umbruchjahr 1968?

Partizipative Planungsprozesse zwischen Pragmatismus und Weltverbesserung

Beteiligungen von Betroffenen, Eigentümern, Mietern und Pächtern bilden inzwischen integrale Bestandteile von Planungsprozessen. Es geht nicht mehr um die Frage ob Partizipation, sondern um Fragen des wo, wann, wer und wie diese Beteiligung organisiert werden kann.¹ Diese inzwischen scheinbare Selbstverständlichkeit ist allerdings nicht „top down“ verordnet worden, sondern in vielen Auseinandersetzungen um Planungsvorhaben (immer wieder) vor Ort mit unterschiedlichen Anlässen, Gründen, Akteuren und Protestformen erstritten und letztlich rechtlich auch kodifiziert worden. Das Jahr 1968 war nun bezogen auf Beteiligungsformen bei Planungsprozessen kein Umbruchjahr, sondern ein Katalysator der erst später Folgen zeitigte, wie es am Beispiel der ‚Hauptstädte‘ der 1968-Bewegungen illustriert werden soll. Überlegungen zur Ausweitung partizipativer Verfahren waren bereits zuvor entwickelt worden und entfalteten erst Jahre später eine breite Wirkungsmacht.

Die Formen der Einbeziehung von Beteiligten und Betroffenen in Planungsprozesse sind in vielfältiger Weise mit Geschichte, Kultur und Politik von Städten, Regionen und Ländern verknüpft. Sie sind eingebunden in die weltweite Diffusion von Planungsideen, von Akteurs- und Bündniskonstellationen, von Konflikten und Machtverhältnissen und dem (sich wandelnden) Selbstverständnis der Zunft der Planer. Die Forderung nach Demokratisierung der Planung und Partizipation zielt dabei auf Möglichkeiten ab, staatliches Handeln demokratisch („bottom up“) zu kontrollieren. Damit ist die Machtfrage tangiert, es entsteht ein strukturelles Legitimationsproblem, ob Planer im öffentlichen Interesse handeln können, wie das öffentliche Interesse definiert ist und wie z. B. ärmere, benachteiligte Bevöl-

1 Vgl. S. Beck/O. Schnur, Mittler, Macher, Protestierer, Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung, Berlin, 2016; L.I.S.T. (Auftraggeber Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin), Handbuch zur Partizipation, Berlin 2011; K. Selle (Hrsg.), Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen, Wiesbaden/Berlin 1996.

kerungsgruppen und Minoritäten einbezogen werden können. Im Rahmen von Planungsprozessen können dabei Abstufungen bei der Beteiligung von Information, über Dialog bis zur Kooperation unterschieden werden.² Von Nichtbeteiligung, Manipulation, Alibipartizipation, Information, Konsultation, Partnerschaft, bis zur Delegation von Macht und schließlich Kontrolle von Bürgern gibt es vielfältige Abstufungen.

Gilt 1967 als „summer of love“, wird 1968 vielfach als Jahr der Umbrüche mit langzeitigen Folgen bis heute interpretiert.³ Doch der Schah-Besuch 1967, der Tod des Studenten Benno Ohnesorg bei einem Polizeieinsatz gegen Demonstranten in Berlin, wochenlange Massendemonstrationen und die Ausbreitung der Studentenbewegung waren bereits 1967 Themen mit weitreichenden politischen Folgen. Sie wurden durchaus unterschiedlich bewertet: Während der Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1990 von einem „Baustein der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik“ sprach, deuteten konservative Autoren 1968 als Jahr des beginnenden Werteverfalls, der Realitätsverweigerung mit negativen Folgen für Leistungsbereitschaft.⁴ Der Begriff der Autorität war bis Mitte der 1960er Jahre fest in das konservative Denken eingebunden und Begrifflichkeiten wie Heimat, Volk, Nation, Wachstum, Natur, Organismus, Leben etc. waren durchweg positiv konnotiert. Zudem ist die Wirkungsmacht des Jahres 1968 zu relativieren: Das für die Jugendbewegung als Mythos von Freiheit geltende Woodstock-Festival fand 1969 statt und das von US-Truppen in Vietnam begangene Massaker in My Lai, das endgültig die öffentliche Meinung gegen den Krieg veränderte, wurde erst 1969 bekannt. „1968 begann 1967 und reichte bis 1969“ resümiert Wolfgang Kraushaar.⁵ Die Historisierung von 1968 begann mit dem 30-jährigen, wurde fortgesetzt mit dem 40-jährigen und mündet nun im 50-jährigen Jubiläum.⁶

Beginnen wir mit einem Zitat von Margaret Atwood: „Where to start is the problem, because nothing begins when it begins and nothing’s over when it’s over, and

2 Arnsteins klassischer Beitrag zu Stufen der Partizipation wurden 1969 veröffentlicht: *Sh. R. Arnstein, A Ladder of Citizen Participation*, in: *Journal of the American Planning Association*, 4/1969, S. 216-224.

3 Zu den diversen Deutungsmustern und zum 40-jährigen Jubiläum vgl. *W. Kraushaar, Achtundsechzig. Eine Bilanz*, Berlin 2008, S. 43; *K. Weinbauer, Zwischen Aufbruch und Revolte: Die 68er-Bewegungen und die Gesellschaft der Bundesrepublik der sechziger Jahre*, in: *Neue Politische Literatur* 3/2001, S. 412-432.

4 *G. Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-1977*, Frankfurt a. M. 2007, S. 21.

5 *W. Kraushaar, Einleitung. Wie über 1968 schreiben?*, in: *W. Kraushaar, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur*, Hamburg 2000, S. 8.

6 Die Publikationsschübe zu den Jubiläumsjahren und die längst erfolgte Historisierung sind bemerkenswert. Von 1998 bis 2008 verdoppelte sich die Anzahl der Publikationen; vgl. *I. Cornels, Writing the Revolution. The Construction of „1968“ in Germany*, New York 2016, S. 267.

everything needs a preface: a preface and a proscript [...]“⁷ Skizzieren wir also die Ausgangsbedingungen von Stadtplanung und Beteiligung vor 1968, das Umbruchjahr 1968 und die mittel-langfristigen Folgen und Wandlungen, die ihren Ausgang in den USA nahmen.

Transatlantische Protestkulturen – »The times are a'Changin«

Ohne die vielfältigen transnationalen Verflechtungen sind die Veränderungen der 1960er Jahre nicht verständlich. Die 1968er-Bewegung als jugendliche Gegenkultur wird in den USA, anders als in Europa, stärker mit Rockmusik als mit Studentenrevolte assoziiert.⁸ Der sich anbahnende Hegemonieverlust der USA ging mit einer „Amerikanisierung von unten“ durch die Populärkultur und mit einer Auflehnung gegen autoritäre Bevormundung einher. Die Dominanz von Technokraten und des militärisch-industriellen Komplexes wurde zunehmend problematisiert, konvergente Bürgerrechts-, Antikriegs-, Frauen- und Ökologiebewegungen sollten politische Veränderungen erzwingen.⁹

Vor allem von der jüngeren Generation ging der Widerstand gegen Wachstumsideologie und Technokratiegläubigkeit aus. Die Breite und Vielfalt der weltweiten Bewegungen der 1960er Jahre lassen sich kaum auf einen Nenner bringen. Lateinamerikanische Studenten bildeten Stadtguerilla, Studierende in Berkeley protestierten mittels Sit-ins und Teach-ins gegen den Vietnam-Krieg, die Black-Panther lieferten sich Kämpfe mit der Polizei in den Ghettos der USA, wie Samuraikämpfer gerüstete japanische Studenten lieferten der Polizei Feldschlachten.¹⁰ Die Amsterdamer Provos feierten Happenings,¹¹ in Amsterdam und London fanden erste Hausbesetzungen¹² statt und die Pariser Mai-Revolutionäre gingen (filmreif) auf Barrikaden, während die deutschen Studierenden Theoriedebatten führten.¹³ Die „Dritte Welt“ wurde neu „entdeckt“ und um Che Guevara und um Fidel Castro bildete sich eine Guerillaromantik. Hippies und Blumenkinder praktizierten unter

7 M. Atwood, *The Robber Bride*, Toronto 1994, S. 4.

8 Vgl. Ch. Kaiser, *1968 in America. Music, Politics, Chaos, Counterculture and the Shaping of a Generation*, New York 1988.

9 Vgl. M. Dickstein, *Gates of Eden. American Culture in the Sixties*, Cambridge, Mass. 1977.

10 Vgl. A. Ebbinghaus (Hrsg.), *Die 68er, Schlüsseltexte der globalen Revolte*, Wien 2008.

11 So sollten in Amsterdam Autos 1965 verboten und Fahrräder überall verfügbar gemacht werden (*White Bicycle Inn*); R. Shorto, *Amsterdam. A History of the World's most liberal City*, London 1913, S. 237.

12 Vgl. H. Pruijt, *The Logic of Urban Squatting*, in: *International Journal of Urban and Regional Research*, 1/2013, S. 19-45; R. Bailey, *The Quatter*, Harmondsworth 1973, S. 21: „The current squatter movement was born in 1968 but, like alle new-born organisms, the seed had been sown long before“.

13 G. Koenen (s. A 4), S. 67.

den Augen einer televisionären Weltöffentlichkeit „make love not war“ und propagierten „Flower Power“. Die Forderungen von Studierenden in den USA nach einer „partizipatorischen Demokratie“ mündeten umgehend in eine Globalisierung des Protestes gegen Bevormundung und gegen das Establishment.¹⁴

Hinter der generationellen Gemeinsamkeit verbarg sich eine Vielfalt von Übereinstimmungen, meist antiautoritär und links orientiert, die sich an Fragen der Kultur und des Lebensstils („American way of life“) festmachte. Der Beginn der bemannten Raumfahrt 1961, der Siegeszug der „Pille“, das beginnende Fernsehzeitalter, Massenmotorisierung und -tourismus bildeten Phänomene, die Gesellschaften rasch und grundlegend veränderten.

Die jugendliche Generation wurde zum Hauptträger von Umwälzungen und Veränderungen in der erstarrten Welt des Kalten Krieges. Waren äußerlich längere Haare, kürzere Röcke und „Gammelkleidung“ kennzeichnend für die Aufbruchstimmung, ging es wesentlich um Selbstverwirklichung im Rahmen des Nachkriegswohlstandes. Gegenmilieus und Subkulturen wurden in Städten etabliert und Individualismus, Freizeit- und Konsumorientierung gegen alte Werte der Unterordnung und Disziplin gesetzt. Martin Luther King brachte die Hoffnungen mit seiner berühmten Rede „I have a dream“ auf den Punkt. Als nach der Ermordung Martin Luther Kings im Frühjahr 1968 in über 100 Städten der USA Unruhen ausbrachen, probten die ausgegrenzten und diskriminierten farbigen Minderheiten den Aufstand und die städtischen Probleme eskalierten.

Vielorts begannen sich Betroffene für ihre Umgebung und ihr konkretes Lebensumfeld zu interessieren und zu engagieren. Top-down-initiierte Stadtumbauvorhaben, mittels der Teile-und-herrsche-Strategie umgesetzt, wurden infrage gestellt. Widerstand formierte und organisierte sich. Das politische Klima wurde abgelöst von einer Phase, in der Mitbestimmung und Mitwirkung eingefordert wurden. In vielen Quartieren wurde nach neuen, zweckdienlichen, zivilgesellschaftlichen Mitbestimmungs- und Beteiligungsformaten gesucht, um alltägliche Interessen durchzusetzen.

Die Planer, die sich zuvor auf Fakten von Ingenieuren, Verkehrsexperten, Statistikern und Architekten bezogen hatten, mussten sich nun mit Ökonomen, Soziologen, Juristen und Politikwissenschaftlern auseinandersetzen. Und: Die Argumente von Planern wurden von diesen Disziplinen nicht per se akzeptiert, sondern immer häufiger kritisch hinterfragt. Die Planer wurden für viele Exzesse des Stadtumbaus und Stadtabrisses verantwortlich gemacht und ihre Kernkompetenz für die baulich-räumliche Gestaltung der Umwelt unterlaufen.¹⁵ Die Opfer der Sanierungsvor-

14 Vgl. D. Caute, *Sixty-Eight. The Year of the Barricades*, London 1988.

15 Th. J. Campanella, *Jane Jacobs and the Death and Life of American Planning*, in: M. Page/T. Mennel

haben mutierten zu Experten, den Planern wurde die Grundlage ihres Handelns entzogen und die Legalität von Planungen problematisiert. Die Entmachtung der Planer wurde gefordert. Schon 1962 forderten Studierende des SDS (Students for a Democratic Society) eine partizipatorische Demokratie.¹⁶ Das Free Speech Movement und das Civil Rights Movement markierten Übergänge vom Protest zum Widerstand, der Gewaltlosigkeit nicht immer ausschloss.

Forderungen nach Bewohnerbeteiligung und Partizipation reichten in den USA bis Anfang der 1960er Jahre zurück. 1961 war Jane Jacobs ein Klassiker mit *Death and Life of Great American Cities* gelungen und bereits ein Jahr später hatte sie kritisch über Optionen der Einbeziehung von Bürgern referiert.¹⁷ Ihr wirkungsmächtiges Buch und ihre Ideen – zunächst heftig umstritten – fanden umgehend Eingang in die Planungspraxis, nicht nur in den USA, die sie mit ihrer Familie 1968 nach Toronto verließ.¹⁸

Der Planer Paul Davidoff, Mitbegründer von „Planners for Equal Opportunity“, griff 1965 das Thema auf und forderte eine Debatte um reale Alternativen und nicht die fortwährende Bezugnahme auf „Sachzwänge“. Er hinterfragte die Wertesysteme und die Fachsprache der Planer, bezog sich auf Jane Jacobs und akzeptierte nicht, dass Planer grundsätzlich hinter den staatlichen Stadtumbauprogrammen stehen müssten. Er mahnte Informationen, Wahloptionen, die Offenlegung von (partei-)politischen Interessen sowie die Einbeziehung von Beteiligten und Betroffenen an. „Who gets what, when, where, why, and how are the basic political questions“.¹⁹ Davidoff argumentierte, dass Planung nicht nur eine baulich-räumliche Dimension beinhalte, sondern auch immer eine soziale Komponente impliziere. Er forderte eine Politisierung der Planung und machte deutlich, dass eine veränderte Planungspraxis eine andere Planerausbildung erfordere, die wiederum durch zusätzliche Qualifikationen ergänzt werden müsse. Die Delegation von Kompetenzen und Entscheidungen an die lokale Ebene wurde damit aufgenommen und von kritischen, politisierten Planern als Alternative zum Top-down-Ansatz kon-

(Hrsg.), *Reconsidering Jane Jacobs*, Chicago 2011, S. 143.

16 N. Frei, 1968. *Jugendrevolte und globaler Protest*, Bonn 2008, S. 42. Das gleiche Kürzel SDS gab es zufällig auch für den Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

17 J. Jacobs, *Death and Life of Great American Cities*, New York 1961 [deutsch 1963], J. Jacobs, *The Citizen in Urban Renewal. Participation or Manipulation* (Manuskript John J. Burns Library, Boston College, datiert 21.02.1962).

18 Vgl. D. Schubert, *Contemporary Perspectives on Jane Jacobs, Reassessing the Impacts of an Urban Visionary*, Farnham 2014. Jacobs's Söhne wären ggf. einberufen und für den Vietnamkrieg rekrutiert worden.

19 P. Davidoff, *Advocacy and Pluralism in Planning*, in: *Journal of the American Institute of Planners*, 4/1965, S. 331-338; deutsch: P. Davidoff, *Anwaltsplanungsprinzip und Pluralismus in der Planung*, in: L. Lauritzen (Hrsg.), *Mehr Demokratie im Städtebau*, Hannover 1972, S. 149-173.

struktiv gewendet.²⁰ Eine Debatte um das Selbstverständnis von Planung und ihren Auswirkungen war aufgerufen, die sich weltweit bemerkbar machen sollte.

Die Globalisierung der Proteste gegen den Vietnamkrieg, die Ermordung Martin Luther Kings und von Robert Kennedy, die Mai-Studentenunruhen in Frankreich, die Notstandsgesetze und die Studentenbewegung in der Bundesrepublik und der Prager Frühling in der CSSR entfalteten in vielen Ländern ein Klima des Wandels und von Veränderungsoptionen.

»Von Amerika lernen heißt protestieren lernen«²¹

Die Zentren der Auseinandersetzung 1968 lagen in „Westdeutschland“ in den Universitäten in Frankfurt, Hamburg und „West-Berlin“. Hamburger Studierende hatten anlässlich des Rektorenwechsels 1967 mit einer Aktion „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren“ einen wirkungsmächtigen Slogan für die Kritik am Universitätsbetrieb gefunden. Chaos, Misswirtschaft, hohe Studierendenzahlen, unzureichende Lehre, unkoordinierte Studiengänge, Allmacht und Kompetenzgerangel der Professoren im „unpolitischen“ Elfenbeinturm der Universität lösten an vielen Hochschulen eine breite Kritik aus.²² Ausgerechnet unter Ludwig Erhard als Kanzler, dem „Vater des Wirtschaftswunders“, hatte die Bundesrepublik eine erste Wirtschaftskrise erlebt. Aber weniger Probleme im Arbeitsleben und Lohnkämpfe noch Themen des „Reproduktionssektors“ – so die linke Terminologie für Wohnverhältnisse – sondern Aufarbeitung des Faschismus, Demokratisierung, Hochschulreform und politisches Mandat waren neben den Notstandsgesetzen und dem Vietnamkrieg zentrale Themen an den Hochschulen. Jegliche Agitation gegen den Vietnam-Krieg wurde, besonders in der „Frontstadt“ West-Berlin nach Kennedys Besuch 1963 von der Presse als Antiamerikanismus von „Krawallmachern“ gewertet.

Im Jahr 1965, als der „2. Marsch nach Washington“ stattfand, war Herbert Marcuse zum Honorarprofessor an der FU Berlin ernannt worden. Im Mai 1966 war ein Studentenkongress „Vietnam – Analyse eines Konflikts“ mit Herbert Marcuse als Hauptreferent organisiert worden, bei dem viele linke Prominente wie Jürgen

20 Die Kritik an Davidoff entfaltete sich an der Vielfalt der lokalen Akteure und ihrer Interessen in den benachteiligten Quartieren. (Bezahlte) Planer würden sich eine neue Klientel suchen, die Legitimität der Vertretung von Unterschicht in Nachbarschaften vorgeben und sie letztlich manipulieren; vgl. L. R. Peattie, Reflections on Advocacy Planning, in: Journal of the American Institute of Planners March 1968, S. 80-88.

21 N. Frei (s. A 16), S. 104.

22 R. Uesseler, Die 68er: „Macht kaputt, was euch kaputt macht“! Apo, Marx und freie Liebe, München 1998, S. 95.



Abb.: DER SPIEGEL,
Titelblatt 22. Jg., Nr. 26 vom
24. Juni 1968.

Habermas, Oskar Negt, Theo Pirker etc. teilnahmen. Der ASTA-Vorsitzende Hartmut Häußermann – später einer der bekanntesten Stadtsoziologen in Deutschland – kritisierte die „Entfremdung zwischen Bildung und sozialer Wirklichkeit“, verbunden mit „politischer Ahnungslosigkeit oder Dummheit“. „Kritische Rationalität, Kritik als methodische Kunst des Zweifelns, sollte für jeden Studierenden selbstverständlich werden. Die unpolitische Haltung muß deutlich in ihrer Verantwortungslosigkeit entlarvt werden, das unkritische Sich-Abfinden mit den herrschenden Lebensverhältnissen ist eines wissenschaftlich Arbeitenden unwürdig.“²³ Wegen Sit-Ins wurden gegen Hartmut Häußermann (Wolfgang Levèvre, Knut Nevermann und Rudi Dutschke) Exmatrikulationsverfahren und Disziplinarverfahren eingeleitet. Die Professoren Ludwig von Friedeburg und Jürgen Habermas

²³ *Freie Universität Berlin 1948-1973, Hochschule im Umbruch, Teil IV 1964-1967. Die Krise, ausgewählt und dokumentiert von S. Lönnendenker, T. Fichter unter Mitarbeit von C. Rietzschel, Berlin 1975, S. 256 f.*

erklärten daraufhin, dass nach den Vorgängen in Berkeley sich „sit-in als Kampfmittel der Studenten eingebürgert“ hätten.²⁴

Die Universitätstage 1967 waren zu dem Thema „Universität und Demokratie“ veranstaltet worden. Hauptziele der antiautoritären Bewegungen waren die Abschaffung der Ordinarienuniversität, Verhinderung der Notstandsgesetze, Rückzug der USA aus Vietnam sowie Abrüstung generell und Entflechtung der Medienkonzerne.²⁵ (Groß-)städtische Fragen, Wohnverhältnisse, Stadtsanierung, Verdrängung oder gar Beteiligung und Mitbestimmung bei Themen der Stadtentwicklung waren nicht Gegenstand der Debatten. Formalisierte Entscheidungsprozedere der demokratisch gewählten Vertreter und die fachliche Expertise der Planenden und des „Establishments“ wurden (noch) nicht in Frage gestellt. Erst Heide Berndt, die bei Adorno studiert und bei Mitscherlich promoviert hatte, sollte mit ihrer Studie „Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern“²⁶ Kontinuitäten von Leitbildern, fort-dauernde implizite gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen, großstadtfeindliches Gedankengut, Autoritätsbewusstsein und Fachgläubigkeit von Stadtplanern thematisieren und damit das Selbstverständnis der Disziplin hinterfragen.

Interdisziplinarität als »Lösung« - der «soziologische Supermann»

Mittels Interdisziplinarität und der Einbeziehung anderer Disziplinen sollte – so die Forderungen vor allem auch der Studierenden – die Verwissenschaftlichung von Architektur und Stadtplanung befördert werden. Die sprachgewandten Sozialwissenschaftler suchten ihren Kompetenzanspruch zu betonen, dabei aber unterschiedliche disziplinäre Zugänge herauszustellen. Der Stellenwert der Sozialwissenschaften und ihre „Wissenschaftlichkeit“ wurden – im Gegensatz zu Publikationen von Architekten und Planern – durch viele Fußnoten und englischsprachige Belege unterstrichen.

Hans Paul Bahrds 1961 zuerst erschienenes Buch *Die moderne Großstadt* war eines der ersten Werke, das einen Anspruch auf Realisierbarkeit seiner theoretischen Aussagen erhob, aber auch auf „Kommunikationsschwierigkeiten“ hinwies.²⁷ Bahrds kritisierte die verbale Artikulationsfähigkeit der Architekten. „Die im Fachjargon hingeworfenen Satzbrocken besagen wenig. Worauf es ankommt, sind die Strichzeichnungen auf Bierdeckeln und Papierservietten, die ständig hin

24 Ebda., S. 429.

25 W. Kraushaar (s. A 5), S. 34.

26 H. Berndt, *Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern*, Stuttgart 1968.

27 Hans Paul Bahrds, *Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau*, München 1974 [zuerst 1961].

und hergeschoben werden.“²⁸ Damit konnten Architekten, Städtebauer und Stadtplaner – die Berufskennzeichnungen wurden meist synonym verwandt – sich allerdings kaum gegenüber den Sozialwissenschaften behaupten. Helmut Klages hatte bereits 1965 vor der Überschätzung der Soziologie und der Aufstellung allgemeiner gesellschaftlicher Leitnormen gewarnt. „Der Soziologe kann [...] solche Leitnormen nicht bekanntgeben, und nicht deshalb, weil sie Bestandteil eines professionellen Geheimbesitzes wären, sondern deshalb, weil sie vielmehr in der Form eines erfahrungswissenschaftlich aufdeckbaren und zugleich beweisbaren Kenntnisbestandes gar nicht existieren.“²⁹ Klages spielte den Schwarzen Peter zurück und forderte vom Städtebauer „eine klar formulierte Leitbildvorgabe“ [...], eine Aufgabe bei der ihm [...] der Soziologe in starkem Maße behilflich sein kann“.³⁰

Alexander Mitscherlichs populär gehaltener Klassiker hatte zudem bereits 1965 einen medienwirksamen Diskurs eingeleitet. Er sang vielfach das Loblied auf Jane Jacobs und ihr Statement „der tödlichen Unzufriedenheit“ mit der baulichen Umgebung und propagierte ihre Forderung nach Mischung, Vielfalt, Dichte und „Urbanität“.³¹ Die Wirkungsmacht seines Buches „als Anstiftung“ kann kaum überschätzt werden. Sein Buch war rasch in aller Munde, häufig aber wurden nur Bruchstücke rezipiert. Letztlich wurde seine elitäre Polemik freundlich aufgenommen und er als gefragter (aber letztlich einflussloser) Berater instrumentalisiert. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er mit seinem Werk „Die vaterlose Gesellschaft“ Gehorsam und Anpassung kritisiert und Emanzipation und eine Dialektik der Aufklärung in der Tradition Theodor Adornos eingefordert. Vor dem Hintergrund von aufklärerischen und antiautoritären Zielen der Studentenbewegung war damit Mitscherlich „der Studenten treuester Sympathisant und Interpret“.³²

Seine Kritik an der „uniformierten Monotonie der Wohnblocks“, die „Profillosigkeit urbaner Räume“ bis hin zu „den geplanten Slums, die man gemeinhin

28 Ebd., S. 33; Jörg C. Kirschemann charakterisierte Bahrds als „Sonderling innerhalb seiner Disziplin“, der Anspruch auf städtebauliche Relevanz und Realisierbarkeit seiner theoretischen Aussagen erhebt: J. C. Kirschenmann, Stadt-Bau-Soziologie. Anspruch und Brauchbarkeit der theoretischen Ansätze Hans Paul Bahrds, in: H. G. Helms/J. Jansen (Hrsg.), Kapitalistischer Städtebau, Neuwied 1970, S. 125.

29 H. Klages, Über einige Probleme der Zusammenarbeit des Städtebauers mit dem Soziologen, in: Archiv für Kommunalwissenschaften 1/1966, S. 66-77, hier S. 66-67.

30 Ebd., S. 75. Die Kooperation solle nicht gelegentlich sondern in einer institutionell garantierten Form erfolgen.

31 A. Mitscherlich, Die Unwirtlichkeit unserer Städte, Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt a. M. 1965, S. 94; A. Mitscherlich, Thesen zur Stadt der Zukunft, Frankfurt a. M. 1971, S. 52, 66 und 133; Vgl. auch M. Rodenstein, „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“: Kontext, Thesen und Konsequenzen, Neuauf. Frankfurt a. M. 2008, S. 171 ff.

32 N. Frei, Warum Mitscherlich? Eine Einführung, in: T. Freimüller (Hrsg.), Psychoanalyse und Protest. Alexander Mitscherlich und die „Achtundsechziger“, Göttingen 2008, S. 7.

sozialen Wohnungsbau nennt“ musste die Ambitionen der Planer ins Mark treffen. Mitscherlich ging von einem „Mißbehagen an unseren Städten“ aus, denen „Reißbrett-Mentalität“ vorgehalten wurde und die als „Brutstätten der Langeweile“ gelten könnten.³³

Das Buch von Mitscherlich war ein wirkungsmächtiges Zeitdokument aus der Mitte der 1960er Jahre, dem Zenit sozial-fordistischen Massenwohnungsbaus „von der Stange“. Seine Schlagworte wurden von Bürgerinitiativen aufgegriffen und umgehend als Argumentationshilfe gegen Gebäudeabriss, Flächensanierungen, Mietpreissteigerungen und monostrukturierte Großwohnsiedlungen an der Peripherie genutzt.³⁴ Mitscherlich wurde zu einer moralisch-öffentlichen Instanz, zum Gewissen der Nation und ein unerschrockener Zeitkritiker, wenngleich auch andere Autoren anmerkten, man würde bei ihm nur fortwährend die selbstverständlichsten Selbstverständlichkeiten lesen.³⁵

Mitscherlich klagte keine Akteure an, sondern sprach von „unser aller Versagen“. Er forderte nach seinen planungspraktischen Erfahrungen bei der Planung der Großwohnsiedlungen München-Neuperlach und Heidelberg-Emmertsgrund nicht die Einbeziehung und Mitwirkung der Betroffenen, sondern die fachliche Expertise anderer Disziplinen. „Hier kann der Sozialpsychologe, überhaupt der Psychologe und Soziologe, zu Hilfe kommen, vielmehr hier könnte er zu Hilfe kommen, wenn man ihn fragen würde“.³⁶ Sein damaliger Mitarbeiter Walter Siebel hatte das „schwierige Verhältnis zweier sehr verschiedener Disziplinen, einer technisch-praktischen und einer sozialwissenschaftlich-philosophischen“ bereits 1967 deutlicher formuliert. Der Soziologe könne nicht die „heile Gesellschaft als Leitbild zubereitet auf den Zeichentisch“ legen, damit der Planer ihr ein „angemessenes Gehäuse bauen kann“.³⁷

Der Kompetenzanspruch anderer Disziplinen und Bücher wie von Jacobs, Bahrndt, Berndt und Mitscherlich wurde am stärksten in den planungspraktischen

33 A. Mitscherlich, Planen für die Freiheit. Notwendigkeit, Möglichkeiten und Grenzen der Städteplanung, in: R. Jungk/H.J. Mundt (Hrsg.), Deutschland ohne Konzeption? Modelle für eine neue Welt. Zwanzig Beiträge internationaler Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München/Wien/Basel 1964, S. 141.

34 A. von Saldern, Neu gelesen: Gegen Entmischung und Monotonie der Städte. Alexander Mitscherlichs „Anstiftung zum Unfrieden“, in: Zeithistorische Forschungen 1/2015, S. 152-160.

35 T. Freimüller, Alexander Mitscherlich. Gesellschaftsdiagnosen und Psychoanalyse, Göttingen 2007, S. 8 u. 9. In der Biographie von M. Dehli wird das praktische Engagement bei Planungsprozessen nicht erwähnt: M. Dehli, Zur Biographie Alexander Mitscherlichs, Göttingen 2007.

36 A. Mitscherlich (s. A 31), S. 25.

37 W. Siebel, Zur Zusammenarbeit zwischen Architekten und Soziologen, in: Stadtbauwelt 13/1967, S. 1011; vgl. auch W. Siebel, Alexander Mitscherlichs Kritik an der Stadt, in: S. Drews (Hrsg.), Freud in der Stadt. Alexander Mitscherlichs Gesellschaftskritik, Frankfurt a. M. 2006, S. 103-113.

Diskurs integriert, wenn er mit konkreten Empfehlungen und Stellungnahmen verbunden war. Theoretische Denkansätze über Stadt und Siedlungsstrukturen kamen damit von anderen Disziplinen. Ein Querdenker wie Lucius Burckhardt verwies bereits 1969 auf Gefahren der Manipulation und Instrumentalisierung der Geisteswissenschaften bei der Planung. „In neuerer Zeit ist vielfach von der Mitarbeit des Soziologen im Planungsprozeß die Rede. Es läßt sich nicht verheimlichen, daß dabei zuweilen an einen soziologischen Supermann gedacht wird, der nicht etwa die Funktion kritischer Überwachung und Kommentierung innehat, sondern umgekehrt bei der Durchsetzung behilflich ist und die Chancen der Technokraten erhöht.“³⁸

Verwissenschaftlichung und Modernisierungsschub

In den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war Planung mit Kollektivismus und Diktatur gleichgesetzt worden. ‚Planung‘, ‚Planer‘ – es wurde nur die maskuline Form benutzt – und ‚Plan‘ als Ausgeburten totalitärer Mächte waren verpönt und negativ konnotiert. Später sollte diese Phase als Anpassungsplanung diskreditiert werden. Die Studierenden hinterfragten – ein Modewort der 1960er Jahre – und stellten Konventionen, Traditionen und Bestehendes in Frage. Der Umgangsstil wurde lockerer, Duzen galt als Beweis für Fortschrittlichkeit. Das Aufbegehren der „Krawallstudenten“ gegen das „Establishment“, Ziele wie die Befreiung von Autoritäten und Abhängigkeiten sowie die Überwindung überkommener Moralvorstellungen spiegelten eine Politisierung der Studierenden.³⁹

Erst gegen Ende der 1960er Jahre – im Gefolge der gesellschaftlichen Veränderungen der Studentenbewegung nach 1968 – gab es verstärkte Diskussionen um die Einrichtung eigenständiger Planerstudiengänge. Damals beförderten vor allem progressive Kreise an den Hochschulen die Erkenntnis, dass Planung mit Politik und Ökonomie zu tun habe und nicht in einem Vakuum stattfände. Den Ausgang nahm diese Diskussion bei den Architekturstudiengängen, wo gesellschaftskritische Positionen artikuliert und der politische Stellenwert von Architektur erörtert wurde. Die „Planer-Flugschrift“ (nicht Architekten-Flugschrift) wurde 1968 im

38 L. Burckhardt, Artikulation und Partizipation, in: Stadtbauwelt 23/1969, S. 183-186, hier S. 186.

39 Erwin K. Scheuch wies bereits 1968 genüsslich darauf hin, dass die Mitglieder des SDS sich nicht aus der Arbeiterklasse rekrutieren würden, sondern von Eltern aus dem mittleren und gehobenen Mittelstand, aus der DDR sowie aus Industrie-, SPD- und protestantischer Prominenz abstammen würden; E. K. Scheuch, Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der ‚Neuen Linken‘ und ihrer Dogmen, Köln 1968, S. 29 und S. 148. Der Begriff ‚Wiedertäufer‘ bezieht sich auf eine radikalreformatische-christliche Bewegung, die im 16. Jahrhundert in Teilen Europas entstand.

Zeitjargon von einem „Autorenkollektiv“ verfasst.⁴⁰ Komplexe kybernetische und systemtheoretische Ansätze im Curriculum galten als Beleg der Verwissenschaftlichung. Es ging um die Frage von Spezialistentum versus Generalist und um vielfach vorgeschobene „Sachzwänge“. Die Organisation von Wissenschaft und Ausbildung solle, so die Forderung, in „aspektbezogener Arbeitsteilung und problembezogener Kooperation in dialektischem Spannungsverhältnis zueinander stehen und sich in diesem Verhältnis entfalten“.⁴¹ Mittels „permanenter Reform“, Selbstverantwortung und interdisziplinärer Kooperation sollten Curriculum, Didaktik aber auch die Organisationsstruktur der Universität umgestaltet werden. In Berlin wurden im Manifest der „Aktion 507“ Baugesellschaften, Architekten, Spekulanten und Senat kritisiert und im Kontext der Bauwochen 68 wurde eine „kontrollierende Öffentlichkeit“ gefordert. „Herstellung einer aufgeklärten kritischen Öffentlichkeit, Beteiligung aller Betroffenen an jeder Art Planung und Entscheidung [...]“.⁴² Als erstes Studienprojekt sollte das Märkische Viertel bearbeitet werden. Zwei Jahre später hieß es in der ‚Planer-Flugschrift 2‘ zur Situation an der TU Berlin: „Der Versuch, der überholten Konzeption von Stadt- und Regionalplanung eine neue und dem Stand der Wissenschaften angemessene Konzeption entgegenzusetzen, ist seit dem Aufbau dieser Fachrichtung an der Architekturfakultät der TUB, 1968, durch die dort Studierenden in zäher Kleinarbeit unternommen worden“.⁴³ Die Unfähigkeit monodisziplinär hierarchischer Lehrstuhl-Kleinbetriebe und verinnerlichte Strukturen sollten mittels antiautoritärer Aktionen überwunden werden.⁴⁴

Für eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit vieler Planer und Architekten, die sich als unpolitische fachliche Eliten verstanden, war die Zeit immer noch nicht reif. Thomas Sieverts problematisierte 1968 das Verhältnis von Planer und Öffentlichkeit und führte aus: „Die Hochschulen bilden offiziell immer noch Nachwuchs für die Idyllen von gestern aus“. Er forderte neue Modelle der Beteiligung der Öffentlichkeit, Experimente und neue Forschungsinstitute.⁴⁵ Bei einem „go in“ wurde im November 1968 die Öffentlichkeit bei der Fakultätssitzung hergestellt und die Sitzung von über 100 Studierenden „besetzt“. Ein vom Dekan vorgetragenes Reformmodell wurde abgelehnt. Auf Betreiben von Assistenten und Studierenden

40 *Autorenkollektiv der Fachschaft Architektur, TU Berlin*, „Planer-Flugschrift“. Ein Beitrag zur Planerausbildung, in: *Stadtbauwelt* 20/1968, S. 1499-1504; vgl. hierzu auch: *H. Bodenschatz/J. Dargel*, 10 Jahre ISR. 16 Jahre Planer an der TU – Reglementierung einer Vision, Berlin ISR 1984.

41 *Ebda.*, S. 1499.

42 Notiz: Berlin: Manifest der „Aktion 507“, in: *Bauwelt* 37/1968, S. 1160. Unterzeichnet hatte das Manifest eine Garde jüngerer kritischer Architekten und Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

43 *Arbeitsgruppe der Planer an der TU Berlin*, Planer-Flugschrift 2, in: *Stadtbauwelt* 25/1970, S. 46.

44 *Autorenkollektiv* (s. A 40), S. 1503 und S. 1504.

45 *Th. Sieverts*, Zur Lage: Der Planer und die Öffentlichkeit, in: *Stadtbauwelt* 38/39 1969, S. 181.

wurden inter fakultative und interdisziplinäre Zusammenarbeit sowie gemeinsame Bestimmung von Lehrinhalten eingefordert. Benötigte Mitarbeiter sollten unverzüglich nach Bedarf der Seminare eingestellt werden.⁴⁶ Die (begrenzte) Regelverletzung war von Studierenden einkalkuliert.

Dabei brach sich die Erkenntnis Bahn, dass derartige Inhalte kaum in dem traditionell künstlerisch-technisch strukturierten Curriculum der Studiengänge Architektur vermittelt werden könnten – so sich denn überhaupt der damalige Lehrkörper mit derartigen Positionen auseinandersetzte, sondern dass eigenständige Planerstudien-gänge eingerichtet werden müssten. Anders als bei der objekt-baubezogenen Architekturausbildung müssten hier komplexere methodisch-systematische Kenntnisse vermittelt und ein anderer Kanon von Fähigkeiten eingeübt werden. Interdisziplinarität, ein hoher Stellenwert von Gesellschaftswissenschaften (Psychologie, Soziologie, Ökonomie, Politologie) und Arbeiten in der Gruppe wurden angestrebt.

Mit der ‚Abnabelung‘ von der Architektur wurden neue Institute und/oder Fachbereiche für Stadt- und Regionalplanung eingerichtet (TU Berlin), oder aber im Rahmen der Neugründung von Universitäten von vornherein Planerstudien-gänge vorgesehen (Universität Dortmund ab 1968, Studienbeginn 1969/70).⁴⁷ Beim ersten Ausbildungsgang, dem „Dortmunder Modell“, sollte die Raumplanung über die „Integration verschiedener Disziplinen hinaus“ weiter entwickelt werden. Didaktisch sollte dabei auf die zentrale Übungsveranstaltung (interdisziplinäres Projektstudium) zurückgegriffen werden. In der euphorischen Aufbruchstimmung wurde von Studierenden ein „Möglichkeitssinn“ (so die Begriffsschöpfung von Robert Musil) entwickelt, der wie Habermas es 1968 formulierte, von einer „uneingeschränkten und herrschaftsfreien Diskussion“ ausging.⁴⁸

Die Veränderung der Planung und planerischer Leitbilder ab Ende der 1960er Jahre erfolgte aber nicht nur durch Druck „von außen“ und „von unten“, sondern kam auch „von innen“, also aus der Disziplin Stadtplanung selbst.⁴⁹ In einem Leserbrief der Stadtbauwelt hieß es, dass die verantwortlichen Planer in unseren Städten ihr Studium bis etwa 1955 abgeschlossen hätten. „Dieser Planerkreis bevorzugt das „Planen“ hinter verschlossenen Türen und nimmt Anregungen der Bürger wohl

46 „Go in“ in der TU Berlin, in: Bauwelt 48/1968.

47 Es folgten: Universität Kaiserslautern 1972, Oldenburg 1972, Gesamthochschule Universität Kassel 1973, Technische Universität Hamburg-Harburg 1984.

48 J. Habermas, Technik und Wissenschaft als „Ideologie“, Frankfurt a. M. 1968, S. 68.

49 Vgl. hierzu z. B. exemplarisch die fachlichen Diskurse in der Stadtbauwelt zum Thema Partizipation: B. Schultz, Was heißt hier Stadt. 50 Jahre Stadtdiskurs am Beispiel der Stadtbauwelt seit 1964, Berlin 2013.

zur Kenntnis, aber fast immer nur für den Papierkorb.“⁵⁰ Rudolf Hillebrecht – einer der wichtigsten Planungspraktiker und -theoretiker – hatte bereits 1965 die polemische Frage gestellt, „ob alles falsch war“?⁵¹ Auch die 1969 gegründete berufsständische Organisation der Stadt, Regional- und Landesplaner (SRL e. V.) und neue Fachzeitschriften spiegelten den zunehmenden Stellenwert von Planung in der Öffentlichkeit wider.

Von der Interdisziplinarität zur Partizipation

Helmut Schelsky, „Erfinder“ des Begriffs der „Skeptischen Generation“, linker Tendenzen unverdächtig, konstatierte bezogen auf unterschiedliche Denkweisen: „Der Tätigkeit nach „Planer“, werden sie notwendigerweise in eine nicht nur technische, sondern in die Sozial- oder Gesellschaftsplanung hineingedrängt“. An die Planer adressiert er weiter: „Wenden Sie sich im sozialen Bereich der Planung nicht an den Sozialwissenschaftler, der Ihnen die zukünftige Verhaltensentwicklung bestimmen soll, sondern wenden Sie sich an die von der Planung betroffenen Menschen, damit diese als selbstbestimmende Subjekte ihr eigenes Verhalten in der beabsichtigten Planung selbst festlegen.“⁵²

Auch im Jahr der Studentenrevolte 1968 war das autoritäre Planungsverständnis noch ungebrochen, das von Allmacht, Allwissenheit und umfassender Kompetenz der Planer ausging. Bewohner und Betroffene kamen nur als Nutznießer und Objekte dieser Planungen vor, nicht aber als Betroffene oder Subjekte, deren Interessen und Vorstellungen zu berücksichtigen wären. Die Allmachtvorstellungen der Planer sei nur an einem Beispiel dokumentiert: 1966 hatte die Neue Heimat – Europas größtes Wohnungsbauunternehmen – eine Flächensanierung und ein „Manhattan an der Alster“ für den Hamburger Stadtteil St. Georg geplant. Die GFZ sollte von 2,1 auf 5,1 heraufgesetzt werden, wo zuvor 6.000 Personen lebten sollten dann 20.000 Menschen in terrassierten Hochhauswohnungen leben. Der Hamburg-Traum wurde begeistert aufgenommen, der Plan eines (gemeinnützigen) Wohnungsunternehmens – nicht der Stadt Hamburg. Von öffentlichem Diskurs kein Wort – Zukunft war das Zauberwort und eindeutig positiv konnotiert. Nach einer Umfrage sprachen sich über die Hälfte der Hamburger Bevölkerung, von den

50 Leserbrief Bürger und Planung, in: Stadtbauwelt 23/1969, S. 1.

51 R. Hillebrecht, Von Ebenezer Howard zu Jane Jacobs – oder: War alles falsch?, in: Stadtbauwelt 8/1965, S. 638-640 u. 656-658. Hillebrecht empfahl den Städtebauern das letzte Kapitel aus Jane Jacobs' Buch als Lektüre und setzte auf ein methodisches Lernen von Städtebauwissenschaft und anderen beteiligten Wissenschaften.

52 Helmut Schelsky, Technische und soziale Aspekte der Planung, in: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Mitteilungen, Düsseldorf, Dezember 1967, S. 24-35, hier S. 24 und 31.

bis zu 34-jährigen sogar 70 % für das „moderne Projekt der Stadterneuerung“ aus.⁵³ Selbstbewusst wurde konstatiert: „Die Stadt der Zukunft muß heute gebaut werden“ [...] Mit Phantasie und Mut muß die Stadterneuerung betrieben werden.“ Aber das Alsterzentrum sollte Hamburg erspart bleiben.

Claus Offe, in der Studentenbewegung engagiert und damals Mitarbeiter bei Jürgen Habermas, konkretisierte 1969 vor dem Aufkommen vieler Stadtteilbewegungen das Fehlen von Institutionen der Öffentlichkeit „in denen das Bewußtsein allgemeiner Interessen sich mit dem Willen und der Macht verbindet, ihnen Geltung zu verschaffen [...] In diesem Sinne können wir sagen, daß Sachzwang und Sachgesetzlichkeit überall dort auftauchen, wo es kein organisiertes Subjekt bedürfnisorientierter Reformpolitik gibt“.⁵⁴ Auch Presse und Medien beförderten nicht einen kritischen Diskurs über Planung. Leser erfuhren nichts über das Zustandekommen von Planungsentscheidungen, sondern präsentiert wurden meist scheinbar unabänderliche Pläne. „Sachentscheidungen“ würden „Sachverstand“ von „Fachleuten“ voraussetzen, „sachfremde“ Einmischungen der Öffentlichkeit seien unangemessen.⁵⁵ Da die Planungsämter ein Informationsmonopol hatten blieb die normative Ebene von Planungen damit ausgeblendet.

Nach der ‚christdemokratischen Ära‘ suchte man mit der sozialliberalen Koalition ab 1969 ein moderneres Konzept, das von Systempolitik, keynesianischer Wirtschaftspolitik und ‚rationaler‘ Planung ausging, zu implementieren. Stadtplanung war im Rahmen der damals verbreiteten Planungseuphorie ein untergeordnetes Glied in der Globalsteuerung, das für den ökonomischen Strukturwandel adäquate baulich-räumliche Strukturen bereitzustellen hatte. Die Zeit der „großen Pläne“ und der bedeutenden Planerpersönlichkeiten schien vorbei. Die Komplexität der „Entwicklungs“-Planungen erforderte die Einbeziehung Beteiligter und Betroffener – und es gab dabei in der Regel nicht eine richtige Lösung und den Plan, sondern eine Vielzahl abzuwägender Alternativen.

Nicht 1968 kann als Umbruchjahr, sondern die 1960er Jahre können als Scharnierjahrzehnt, als „Phase der Gärung“ gelten.⁵⁶ Stadt(entwicklungs)planung wurde als ein Reformmodell des sozialen Ausgleichs gesehen und in einer Art Aufbruch-

53 Notiz: Die junge Generation plädiert für die Stadterneuerung, Aufschlußreiche Ergebnisse einer Infas-Umfrage, in: Neue Heimat Monatshefte 8/1968, S. 39.

54 Cl. Offe, Sachzwang und Entscheidungsspielraum, in: Stadtbauwelt 38/39, 1969, S. 187-190, hier S. 189. Die Disparitätenthese von Offe, dass Randgruppen kaum konfliktfähig, schwerlich organisierbar und kaum handlungsfähig wären, war ein vieldiskutiertes Theorem der 1960 Jahre.

55 Vgl. D. Frick/F. Schreiber, Planung und Presse. Stadt- und Regionalplanung in der überregionalen Tagespresse, in: Stadtbauwelt 22/1969.

56 A. Schildt/D. Siegfried/K. Chr. Lammers, „Dynamische Zeiten“. Die 60er Jahre in beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 1998, S. 13; A. Schildt, Vor der Revolte: Die sechziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 22-23, 2001, S. 7.

stimmung („langer Marsch durch die Institutionen“) weitgehend gleichgesetzt mit gesellschaftlicher Planung, mit Modernisierung und Demokratisierung. Globalsteuerung, integrierte kommunale Gesamtplanung und strategische Planung waren damals Schlagworte, die Planung als ein Instrument sahen mit dem Wachstum und Wohlstand gesichert werden könnten. Mit Bürgerbeteiligung konnte selektiv das Legitimationsproblem der Stadtplanung aufgefangen werden.

Bis zur „partizipatorischen Wende“ sollte es noch ein langer Weg werden. Von theoretischen Diskursen bis zur Anwendung in der Planungspraxis war Überzeugungsarbeit zu leisten. Inzwischen haben allerdings „harte“ Instrumente gegenüber „weichen“ an Bedeutung verloren und vielfältige neue Formen von Aushandlungsplanungen, Dialog, Kooperationen und Partnerschaften wurden erprobt. Die Zeit der Gewissheiten, Einteilungen und Eindeutigkeiten war Vergangenheit, das Nebeneinander des Vielfältigen, die „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“ und die zunehmende Komplexität erforderten flexiblere, fehlerfreundliche Planungsprozesse.⁵⁷

Nicht nur die Studentenrebellion und die Generationsrevolte, sondern vielfältige Protestbewegungen fungierten als Katalysator mehr oder weniger langfristig angelegter gesellschaftlicher (Modernisierungs-)Trends. Neue Zeitschriften, Kinderläden, Anti-Atomkraft-, Frauen- und Ökologiebewegung sollten langfristigen Fortbestand entfalten. Ein Klima der Veränderung und ein Möglichkeitsfenster waren aufgestoßen. Schlagworte von 1968 wie Prosperität, Planung und Partizipation, Emanzipation und Transparenz fanden den Weg in die Medien und beförderten langfristig sozialen und kulturellen Wandel. Die Beatles brachten es mit „Revolution“ und die Rolling Stones mit „Street Fighting Man“ 1968 musikalisch mit zwei Songs auf den Punkt.⁵⁸ Willy Brandt, charismatischer junger Bundeskanzler ab 1969, suchte die divergierenden Strömungen pragmatisch mit dem Slogan zu integrieren: „Mehr Demokratie wagen“.

57 K. Selle, „Particitaînement“ oder: Beteiligen wir uns zu Tode? Wenn alle das Beste wollen und Bürgerbeteiligung dennoch zum Problem wird, vgl.: <http://www.planung-neu-denken.de/content/view/213/411> [15.06.2016].

58 Victoria Broackes / Geoffrey Marsh (Hrsg.), *You say you want a Revolution? Records and Rebels 1966-1970*, Victoria and Albert Museum London 2016.

Vom Herrenhaus zum bürgerlichen Ruhesitz

*Die ersten klassizistischen Villen bei Berlin,
Altona und Hamburg (1789-1810)*

1. Die Villa – eine Geschichte des europäischen Kulturtransfers

Die Zeit um 1800 wird als Beginn der Moderne in Deutschland angesehen. Damals wurden auch die ersten klassizistischen Villen in englischen Landschaftsparks außerhalb der Städte erbaut. Sie dienten dem Sommeraufenthalt begüterter Familien. Sie brachten Neuerungen sozialer, politischer, kultureller Art im Lebensstil privilegierter Bürgerlicher zum Ausdruck. Deshalb kann man die Villa um 1800 als einen neuen bürgerlichen Wohntypus ansehen. Denn bisher wohnten Kaufleute, Händler oder Handwerker ganzjährig im Geschäfts- und Wohnhaus in der Stadt, das von Bauhandwerkern nach Mustervorlagen gebaut wurde. Sie lebten in der Wirtschaftsgemeinschaft von Ehemann, Ehefrau, Gehilfen im Geschäft, Knechten und Mägden sowie Kindern unter einem Dach. Auch Hofbeamte lebten am Hof oder in „greifbarer“ Nähe. In der Villa jedoch war die Familie erstmals unter sich d. h. sie praktizierte das Privatleben für längere Zeit im Sommer räumlich getrennt vom Berufsleben in der Stadt. Der zur Villa gehörige englische Landschaftspark galt gegenüber dem französischen als Ausdruck einer befreiten Natur und stand für bürgerliche Freiheit und Selbstbestimmung gegen absolutistische Bevormundung. Der Klassizismus der Villa spiegelte die Begeisterung für die Antike. Sie hatte sich in Deutschland durch die Schriften Johann Jakob Winckelmanns weit verbreitet. Der Klassizismus begleitete den in Deutschland vergleichsweise späten Übergang von der feudalen Stände- zur bürgerlichen Klassengesellschaft ideologisch.

Diese ersten Villen wurden bisher nicht systematisch als Glied in der langen europäischen Geschichte der Villa gewürdigt.¹ Deshalb soll hier untersucht werden, auf welchen Wegen die Villa nach Deutschland kam und wie sie dabei verändert wurde. Die Villa hatte um 1800 bereits eine gut 2000-jährige wechselvolle Geschichte hinter sich. Sie war im Römischen Reich ein von Sklaven bewirtschaftetes Landgut mit Herrenhaus, auf das man sich im Sommer wegen des ungesun-

1 Die Villen wurden von ihren damaligen Bauherrn und der heutigen bau- und kunsthistorischen Forschung als Landhäuser bezeichnet. Der italienische Begriff Villa wird erst um 1850 geläufig. Die heutige Villenforschung beginnt etwa um 1830; vgl. W. Brönnner, Die bürgerliche Villa in Deutschland 1830-1890 unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlandes, Düsseldorf 1987.



Abb. 1: Stourhead House des Bankiers Henry Hoare; erbaut von Colin Campbell, 1721; Quelle: Wikimedia Commons.

den Klimas in der Stadt zurückzog. Die luxuriöse Villenkultur reicher Römer wurde in der Renaissance wiederentdeckt. Adlige aus Florenz und Venedig ließen auf ihren Landgütern Villen bauen, wo sie sich im Sommer zu vielerlei Vergnügungen zusammen fanden. Von allergrößtem Nachhall waren die Villen des Architekten Palladio (1508-1580), der im 16. Jahrhundert im venezianischen Gebiet um die 50 Landsitze baute. Palladios Bauten waren nach geometrischen Maßverhältnissen konstruiert, die auf kosmische und nach damaliger Auffassung natürli-

che Bedingungen zurückgingen. Seine Arbeiten basierten auf dem von Vitruv und griechischen Philosophen überlieferten Verständnis von Harmonie und Schönheit. Nach der Übersetzung von Palladios Architekturtheorie ins Englische 1715 wurde Palladios Architektur in England nicht nur von Adligen, sondern auch von reichen Bürgerlichen aufgegriffen. In dieser an der Antike ausgerichteten Bauweise sah man eine Erlösung von den gekünstelten barocken „katholischen“ Formen. Das Innere der Villen konnte mit Hilfe der Kopien von Ausgrabungsfunden aus Häusern in Herculaneum seit 1738 und zehn Jahre später aus Pompeji antikisiert werden.

In England kam es im 18. Jahrhundert zu einer neuen idealen Kombination aus der Weiterentwicklung der palladianischen Villa und dem Landschaftspark, die sich dann schnell in den USA und in Europa verbreitete. In Frankreich, das eine bedeutende eigene Architekturentwicklung hatte, wurde die Architektur Palladios abgewandelt, Teilaspekte wie z. B. das „Palladio Motiv“² isoliert und, wo sie passen, verwendet. In der französischen Architektur wurde der Typus des kleinen adeligen Landhauses, des sogenannten „casino à la italienne“, weiterentwickelt, sodass das Wohnen bequem und funktional wurde. Denn Einfachheit und Zweckmäßigkeit zählten mehr als Schönheitsregeln nach Zahlenverhältnissen, die Palladio zum Maßstab erhoben hatte.³

- 2 Das Palladio Motiv (Serliana) ist eine mit einem Rundbogen überwölbte Tür- oder Fensteröffnung, die – seitlich von zwei niedrigeren Rechtecköffnungen flankiert – durch Säulen abgetrennt wird.
- 3 H. Schmidt, Das Tiergartenviertel. Baugeschichte eines Berliner Villenviertels, Teil I: 1790-1870, Berlin 1981, S. 37.

Aufgeklärte deutsche Fürsten übernahmen als Erste die aus England stammende Idee des großen Landschaftsparks und ließen darin ihre Schlösser nach englischem Vorbild im palladianischen Stil errichten: zuerst in Wörlitz (1769-1773), dann in Hanau und in Kassel. Auch das Marmorpalais Friedrich Wilhelms II. (1788-1790) in Potsdam, das von Carl Philipp Christian von Gontard und Carl Gotthard Langhans erbaut wurde, war ein Schloss, bei dem man den Einfluss Palladios deutlich erkannte. Der Klassizismus stützte die Ideen des aufstrebenden Wirtschaftsbürgertums, der Aufklärung und die Staatsideen der griechischen Polis und der römischen Republik. So ist der klassizistische Schlossbau der aufgeklärten Fürsten als Übergang von der Repräsentanz ihrer persönlichen Macht als Herrscher hin zu der von der Herrscherperson abgelösten Macht des Staates zu verstehen.⁴ Standen diese Schlösser nun Pate für die bürgerlichen klassizistischen Villen? Diese Vermutung liegt nahe, denn der Soziologe Norbert Elias entwickelte die These, dass das Bürgertum Sitten und Gebräuche der höfischen Gesellschaft übernimmt.⁵ Seine differenzierte Theorie wird hier als Anregung genutzt, den Blick für diese Schnittstelle zwischen adeligem und bürgerlichem Wohnen zu schärfen und zu fragen, welche Rolle die Nähe oder Distanz zum Adel beim Villenbau spielte und wie dementsprechend der Unterschied zwischen Residenz- und Handelsstadt zu verstehen sei.⁶ Zu untersuchen sind daher Verflechtungsketten von Adel und Bürgertum beim Villenbau sowie die Beziehungsgeflechte,⁷ in denen Bauherren und ihre Architekten zusammen kommen. So soll sich erschließen, wie sich der Kulturtransfer der Villa nach Deutschland vollzogen hatte, als ab 1789 bei Altona, etwas später bei Hamburg und Berlin die ersten klassizistischen Villen gebaut wurden.

2. Die Villen der Hof- und Staatsbediensteten bei Berlin

In der Residenzstadt Berlin, die 1798 schon 157.000 Einwohner hatte, lässt sich am besten beobachten, ob und wie sich die räumliche und soziale Nähe von Adel und Bürgertum auf den Villenbau auswirkte. Es gab seit längerem im Berliner Umland Gärten, in denen Sommer- oder Landhäuser standen, die von der Straße entfernt,

4 C. Sedlarz, Wohnen als ästhetische Praxis. Über den Zusammenhang von ästhetischer Theorie und klassizistischem Wohnstil in Berlin um 1800, in: C. Sedlarz (Hrsg.), Die Königsstadt. Stadträume und Wohnräume in Berlin um 1800, Hannover 2008, S. 257-273, hier S. 264.

5 N. Elias, Über den Prozess der Zivilisation, 2 Bände, Frankfurt a.M. 1978.

6 Obgleich eine Residenzstadt und Handelsstädte verglichen werden, hatten in allen Fällen die Bauherren die Wahl der Bauplätze für die Villa frei getroffen. Sie waren nicht durch landesherrliche Planung gelenkt; vgl. G. Fehl, „Jeder Familie ihr eigenes Haus und jedes Haus in seinem Garten!“, in: T. Harlander/G. Fehl (Hrsg.), Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, Stuttgart/München 2001, S. 18-48.

7 N. Elias, Was ist Soziologie? Frankfurt a.M. 2006, S. 170 ff.

vor allem in der Nähe der Schlösser und Parks bei Berlin lagen. Um 1800 beginnt jedoch eine neue Entwicklung, bei der es den Bewohnern nicht so sehr darauf ankam, ihren Reichtum zu zeigen, sondern bequem zu wohnen.⁸ Der Tiergarten außerhalb der Stadt war seit 1740 öffentlich zugänglich. Er wurde 1792 in einem Teil zu einem englischen Landschaftspark umgestaltet und wurde auch wegen einiger Gaststätten ein sehr beliebter Ausflugsort. Etwa zwischen 1792 und 1810 wurden nach der Untersuchung von Hartwig Schmidt⁹ am Rande des Tiergartens 15 Villen nach englischem Vorbild gebaut. Neun der bürgerlichen Bauherren standen in den Diensten des Hofes bzw. Staates. Außerdem bauten ein Verleger, vier Kaufleute, ein Bankier.

Einige dieser Villen waren wegen ihres überwölbten Kuppelsaals und einer Säulenhalle als in der palladianischen Tradition stehend erkennbar. Der erste, der sich eine Villa für den Sommer vermutlich um 1792 selbst erbaute, war der Oberhofbau- rat Friedrich Becherer (1747-1823). Schmidt urteilt über ihn, einen Schüler Gontards, dass er sich mit seinem Entwurf auf der Höhe der damaligen Baukunst befand. Er sei vertraut mit der Architekturtheorie der französischen Akademie, des englischen Palladianismus und kenne die Entwürfe der jüngeren französischen Architekten, auf die das umlaufende Hauptgesims und das Fehlen des übergiebelten Säulenpor- tikus hinwies.¹⁰ Die wenigen Grundrisse, die von den Berliner Villen vorhanden sind, zeigen, dass im Souterrain Küche und Vorratsräume, im Erdgeschoss durch- gängige Wohnräume, aber auch ein Schlafräum jeweils mit Zugang zum Garten vorhanden war, während die Dienerschaft im Obergeschoss untergebracht wurde.

Dass diese Bauherren mit dem Villenbau in Konkurrenz zum Adel oder gar dem königlichen Hof gerieten, war nicht der Fall. Schon die bescheidenen Dimensionen der Villen und Gärten im Vergleich zu den deutschen Schlössern in ihren Land- schaftsparks verhinderten das. Aber hatten die Schlösser Vorbildfunktion? Am Beispiel der Villa des Bergrats und Ober-Salzinspektors Johann Gottfried Mölter (gest. 1805), der sich diese 1799 von Friedrich Gilly (1772-1800) bauen ließ und die es in einen Touristenführer von Berlin schaffte, zeigt sich, dass der Bau der Villa das Ergebnis eines kulturellen Transfers aus Frankreich nach Berlin war.

Der Bauherr Mölter hatte seinen Hauptwohnsitz in seiner Dienststelle, dem Königlichen Salz-Hof. Er kannte den jungen Architekten Friedrich Gilly, da er seit 1786 Ehrenmitglied, vortragender Rat und Sekretär im Kuratorium der Aka- demie der Künste und der 1799 gegründeten Bauakademie war, an der Gilly und Becherer Professoren wurden. Mölter machte Gilly sicherlich seine Vor-

8 Zeitung für die elegante Welt, 3/1803, Nr. 62, S. 490 f.; zit. n. *M. Hahn*, Schauplatz der Moderne, Ber- lin um 1800 – ein topographischer Wegweiser, Hannover 2009, S. 280.

9 *H. Schmidt* (s. A 3), S. 38-56.

10 Ebda., S. 42.



Abb. 2: Schloss Bagatelle bei Paris erbaut von Francois-Joseph Bélanger für den Grafen von Artois, 1777; nach einer Zeichnung von Friedrich Gilly; aus: *H. Schmidt* (s. A 3), Abb. 18.



Abb. 3: Villa Mölter: Kupferstich von Eberhard Siegfried Henne, 1811; abgebildet in: *Journal für Kunst und Kunstsachen, Künstlereien und Moden* 2. Jg. 1811, 1. Bd., Tafel XI; aus: *M. Hahn* (s A 8), S. 278.

stellung, wie er wohnen wollte, deutlich. Gilly hatte zuvor u. a. das Schlösschen Bagatelle im Bois de Boulogne bei Paris besucht. Es wurde 1777 durch den Architekten Francois-Joseph Bélanger und Thomas Blaikie als Gartenarchitekt erbaut.¹¹ Aus einem Schlösschen für den Adel, das nach der Revolution dem Staat gehörte, entwickelte Gilly eine Form, die dem bürgerlichen Geschmack eines Hofbeamten und seinem Bedürfnis nach Privatleben angemessen war. Vor allem der gerundete Erker des Gartensaales des Schlösschens fand sich nicht nur bei Mölter's Villa, sondern auch bei vier weiteren Villen, die in den nächsten Jahren am Rande des Tiergartens durch Maurermeister entstanden.¹² Von der Villa Mölter wird berichtet, dass sie – statt eines Prunksaals im Stil des niederländischen Barocks wie in früheren Gartenhäusern üblich, – einen kühlen Salon und ein Billiardzimmer hatte.¹³ Auch dies signalisierte den veränderten legereren Lebensstil.

Neben den Villen von Becherer und Mölter erregte eine dritte Villa besonderes Aufsehen. Sie gehörte dem damals berühmten Schauspieler und Direktor des königlichen Schauspielhauses August Wilhelm Iffland (1759-1814) und war nach Schmidt vermutlich 1801 von Carl Gotthard Langhans (1732-1808) erbaut worden. Der Eingang der Villa war nach dem Palladio-Motiv gestaltet; die verschiedenen Raumgrößen richteten sich nach den von Palladio angegebenen Zahlenverhältnissen. Gar nicht palladianisch hingegen war die hohe Dachform, eine Bohlenbin-

11 Dies Schlösschen war bekannt, weil es auf Grund einer Wette in nur 64 Tagen nach Verfall wiedererrichtet wurde.

12 *H. Schmidt* (s. A 3), S. 48 f.

13 *M. Hahn* (s. A 8).

derkonstruktion, eine kostengünstige Neuerung, die der Villa ein traditionelles bürgerliches Element gab. Iffland wohnte wegen einer Erkrankung schon ganzjährig in seiner Villa. An ihr befand sich die Inschrift „Tranquillitas“ (Ruhe), die den Sinn der Villa als Ruhesitz hervorhob. Die Zeitschrift für die elegante Welt beobachtete 1803, dass sich das Privatleben immer mehr verselbständigte: „Seitdem die vornehmen und reichen Bewohner der Residenzen sich immer mehr und mehr in ihrem Privatleben von der drückenden Etikette entfernen, haben sie angefangen, die Zeit ihrer Muße in der schönen Jahreszeit mit mehrerem Geschmacke zu verleben. Statt dass man sich sonst auf seine Güter verbannte, oder einen Privatgarten in der Vorstadt bezog, in welchem man seine lange Weile hinter hohen Mauern verbarg, wählte man sich lieber ein interessantes Fleckchen in der besuchtesten Landschaft um die Residenz, und baute sich dort ein Landhaus, das seine eigentliche Bestimmung, uneingeschränkten Lebensgenuß zu befördern, erfüllte.“¹⁴ Die Lage der Villen am Rand des Tiergartens ist einerseits bezeichnend dafür, dass ihre Bewohner den Blickkontakt zu den beliebten Spaziergängen wünschten, so dass die Öffentlichkeit im Auge behalten werden konnte – sei es von einem Balkon aus (bei Becherer und Iffland), einer hochgelegenen Terrasse (bei Unger) oder von einem zur Straße gelegenen Wohnzimmer (bei Mölter) – andererseits lag jedoch das Haus durch Gebüsch und Bäume so versteckt, dass die Privatsphäre gewahrt wurde.

Dieses Bedürfnis nach Privatheit und zugleich Beobachtung des öffentlichen Lebens und Treibens unterschied die bürgerlichen Villenbesitzer vom preußischen Adel. Die sechs schlossartigen kleinen Herrenhäuser des Adels, die von David Gilly, dem Vater Friedrichs, zwischen 1790 und 1804 weit außerhalb Berlins gebaut wurden, sind etwa gleichzeitig mit den Bauten am Tiergarten entstanden. Sie können kaum, wie Schmidt annimmt, als architektonische Vorbilder für die bürgerlichen Villen gelten.¹⁵ Vor allem zeigten sich hier die Unterschiede in der Lagepräferenz des Adels, der die Distanz zum städtischen Bürgertum wahrte und sich auf das bewirtschaftete Land weiter entfernt von Berlin zurückzog, seine Schlösschen jedoch auch mit einem Park umgab. Die bürgerlichen Villenbesitzer in Berlin hatten dagegen offensichtlich ihre Freude am Leben und Treiben im Tiergarten. Dieser ersetzte die Funktion des für eine Villa benötigten englischen Landschaftgartens. Auch Ausblicke über die flache Landschaft ermöglichten diese Villen. Die Lage am Rand des Tiergartens blieb auch attraktiv. Wo die Villa Mölter stand, ließ der Bankier David Hanseemann ab 1863 eine ebenfalls viel bestaunte Doppelvilla für sich und seinen Sohn bauen.¹⁶

14 Ebda., S. 280.

15 H. Schmidt (s. A 3), S. 36.

16 Ebda., S. 241 f.



Abb. 4: Villa Iffland: Friedrich Wilhelm Delkeskamp, 1800; Quelle: Landesarchiv Berlin; aus: *M. Hahn* (s. A 8), S. 272.

Die Ausstattung der Villa und die Gestaltung der kleinen Parks war für die kunstliebenden Bildungsbürger und ihre Frauen ein zusätzliches Vergnügen. Zeitgenossen berichteten von pompejanischen Wandgemälden im Inneren des Ifflandhauses. Die Villa Mölter war innen wie außen von verschiedenen Berliner Künstlern ausgestattet worden. Mölter war ein Kunstkenner, der die besten Berliner Künstler wie Schadow (ebenfalls Mitglied der Akademie) u. a. an seiner Villa arbeiten ließ. In Ifflands Villa waren u. a. Friedrich und Charlotte Schiller zu Besuch, die auch Ifflands Nachbarn Johann Friedrich Unger,¹⁷ den Verleger Schillers, Goethes, der Schlegels und Schellings, kannten. Unger war wie Mölter Mitglied der Akademie der Künste und besetzte dort ab 1800 auch eine für ihn geschaffene Professur für Holzschneidekunst. Seine Frau Susanna Katharina war unter einem Pseudonym mit einem Roman 1786 sehr erfolgreich gewesen. Neben diesem älteren Ehepaar wohnte ein jüngerer: der Geheime Rat Karl Ludwig Woltmann (ab 1805 von Woltmann), der als Historiker zuvor in Jena gelehrt, Goethe und Schiller kennengelernt hatte, nun in Berlin als Diplomat und Schriftsteller tätig war, und seine Frau Karoline, die 1805 ihren ersten Roman veröffentlichte. Nimmt man hinzu, dass auch Iffland Mitglied in der Akademie der Künste und Oberhofbaurat Friedrich Becherer von 1790-1799 der Leiter der Bauschule der Akademie der Künste war, dann kann man ihn, der als erster aus der Akademiegruppe hier ein Grundstück besaß und mit einer klassizistischen Villa selbst bebaute als den Vorreiter dieser frühen Villenbewegung in

17 Vgl. [www.wikipedia.org/wiki/Johann_Friedrich_Unger_\(Verleger\)](http://www.wikipedia.org/wiki/Johann_Friedrich_Unger_(Verleger)) [05.01.2018].

Berlin ansehen. Die Berliner Akademie der Künste war der Ort, an dem sich die Figuration von Bauherrn und Architekten bildete, die die frühe Version der bürgerlichen klassizistischen Villa in Berlin hervorbrachte. Das Forschungsprojekt zur „Berliner Klassik“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zeigte, dass sich die Akademie der Künste die Propagierung des an der Antike ausgerichteten Geschmacks zur Aufgabe gemacht hatte, dessen massive Verbreitung eine visuelle Identifikationsmöglichkeit mit dem neuen Staat verschaffen sollte, wie Sedlarz schreibt.¹⁸ Seit den 1790er Jahren wurden klassizistische Elemente zunehmend im Stadtraum und in den Wohnungen präsent. Das klassizistische Element ist „Erinnerung und Gebot: verbesserter Geschmack bedeutet verbessertes Leben im ethischen Sinn, also Selbstkontrolle des Einzelnen, der sich auf angenehme Weise in die Gemeinschaft einfügen soll“.¹⁹ Die Bauherren und ihre Architekten beteiligten sich mit ihren Villen aktiv an dieser Bedeutungsproduktion.

3. Die Villen der Bankiers und Kaufleute an der Elbe bei Altona

In der Reichs- und Handelsstadt Hamburg fehlte die direkte räumliche und soziale Nähe zum Adel. Auch eine Ausbildungsstätte für Baukunst gab es hier nicht. Dennoch wurden an der Elbe bei Altona nahe Hamburg 1789/90, einige Jahre vor Becherers Villa in Berlin die ersten beiden klassizistischen Villen gebaut, aber nicht von wohlhabenden etablierten Hamburgern, sondern von weitgereisten kunstliebenden Außenseitern, die als Kaufleute und Bankiers erfolgreich waren.

Die Reichsstadt Hamburg hatte um 1800 etwa 100.000 Einwohner. Sie lag an der Mündung von Alster und Bille in die Elbe und war von Fleeten durchzogen, in die sich der gesamte Abfall einschließlich der Fäkalien entleerte. Die Luft war im Sommer voll unangenehmer Gerüche und galt als krankheitserregend. Auf Hamburger Staatsgebiet aber auch außerhalb hatten viele Wohlhabende Gärten mit Sommerhäusern. Altona, das zwischen 1664 und 1864 zum Königreich Dänemark gehörte, sowie die an der Elbe abwärts liegenden Dörfer waren ein beliebtes Gebiet für Gärten, aber auch zum Wohnen für Juden, Katholiken, niederländische und französische Reformierte. Denn im aufgeklärten Altona mit ca. 23.000 Einwohnern herrschte im Gegensatz zum streng lutherischen Hamburg Regionsfreiheit.²⁰

Der wirtschaftliche Aufschwung, den Hamburg und Altona in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts dank ihrer Neutralität im Krieg zwischen England und Frank-

18 C. Sedlarz (s. A 4), S. 269.

19 Ebda.

20 R. Klée Gobert, Die Bau- und Kunstdenkmale der Freien und Hansestadt Hamburg, Bd. II, Altona-Elbvororte, Hamburg, 2. Aufl. 1970, S. 25.

reich bis 1806 erlebten, ermöglichte einigen Familien aus dem Kreis der Kaufleute und der Merchant Banker einen neuen Lebensstil im Sommer. Dabei zeigen sich bei den Hamburger Familien sowohl die konservative Variante des Wohnens im Herrenhaus auf einem Landgut, wie es für den Adel üblich war, als auch die moderne Variante des Wohnens in einer Villa im englischen Landschaftspark. Die konservative Variante repräsentierte die Bankierstochter Elisabeth Berenberg, die nach dem Tod ihres Mannes Johann Hinrich Gossler, mit dem sie zehn Kinder hatte, seit 1790 zehn Jahre mit Teilhabern das Bankgeschäft leitete. Sie kaufte 1793 ein Landgut mit einem barocken Herrenhaus in Groß Borstel, wo sie einen Park anlegte und Blumen züchtete.²¹ Ganz anders nutzte ihr Nachbar, Jean César IV. Godeffroy, der in der gleichen Straße am Hafen sein Wohn- und Geschäftshaus hatte, seinen neuen Reichtum. Seit 1789 wurde seine Villa im ca. 25 ha großen englischen Landschaftspark an der Elbe gebaut und gleich daneben ab 1790 die zweite von seinem Bruder Pierre, einem Merchant Banker, der am Jungfernstieg sein Wohn- und Geschäftshaus hatte.

Die Brüder Godeffroy, deren Familie aus La Rochelle stammte, waren Hugenotten. Nach dem frühen Tod des Vaters, der als Kaufmann von Berlin nach Hamburg gekommen war, wurden sie von einer Tante aufgezogen. Von entfernten Verwandten hatten sie geerbt, so dass jeder von ihnen in jungen Jahren in Hamburg eine eigene Firma gründete: Jean César, der ältere als Kaufmann, Pierre als Bankier.²² Beide betrieben Handel über See vor allem mit England, das sie wohl aus eigener Anschauung kannten.

Jean César hatte zunächst ein Haus in Hamm erworben, wo auch die etablierte Hamburger Gesellschaft der Stadt Sommersitze hatte. Doch als es ihm 1786 gelang, ein sehr großes Gelände auf dem Geestrand der Elbe in Dockenhusen vor Blankenese meistbietend zu ersteigern, verkaufte er den Landbesitz in Hamm wieder und ließ sich in der damals öden und unattraktiven Gegend eine Villa, das „Haus im Hirschpark“, so der heutige Name, bauen.

Der von ihm beauftragte Architekt war der im bürgerlichen Wohnungsbau ganz unerfahrene Däne Christian Frederik Hansen (1756-1845). Dessen Zeichentalent hatte man früh erkannt und ließ ihn an der Königlichen Akademie in Kopenhagen studieren. Dann konnte er mit einem Stipendium des dänischen Königs nach Italien reisen, wo er in Vicenza den Villenbau Palladios studierte. Er erhielt 1784 im Alter von 28 Jahren die Stelle eines dänischen Landbaumeisters für Schleswig und Hol-

21 Sie war eine gebildete Frau, deren Vater Senator gewesen war, vgl. *C. u. H. von Bernstorff/E. Eckardt*, Nur der Wandel ist beständig: Berenberg. Die Geschichte der ältesten Privatbank Deutschlands, München 2015, S. 80, 91.

22 Vgl. www.hahn-godeffroy.de [31.01.2018].



Abb. 5: Elbseite „Das Haus im Hirschpark“, erbaut von C. F. Hansen für Jean César Godeffroy, 1789; Foto: M. Rodenstein.

stein mit Sitz in Altona. Im nächsten Jahr wurde er auch Professor an der Königlichen Kunstakademie in Kopenhagen. In Altona beschäftigte er sich zunächst mit dem Bau eines Waisenhauses. 1806 wurde er zum Wiederaufbau der von den Engländern zerstörten Stadt Kopenhagen dorthin zurückgerufen.²³

Er war noch stark von Italien bzw. von seinem Lehrer Harsdorff an der Kopenhagener Akademie beeinflusst, als er von César Godeffroy den Auftrag bekam, die Villa im Hirschpark zu bauen. Auch diese

Villa hat zur Elbseite hin einen halbrunden Vorbau. Renata Klée Gobert verweist hier u. a. auf das Schlösschen Bagatelle, das bei dieser ersten Hamburger Villa Pate gestanden haben könnte²⁴ – und das Friedrich Gilly zehn Jahre später zum Vorbild für die Villa Mölter nahm. Diese Form taucht bei Hansens späteren Villen nicht mehr auf. Die Idee, die César Godeffroy mit diesem prächtigen Landsitz verband, fand man in der Inschrift der Attika, wo man lesen konnte „der Ruhe weisem Genuss“. Ein Gedicht – im Park angebracht – deutet darauf hin, dass César Godeffroy seinen Park als einen sentimental-romantischen englischen Landschaftsgarten anlegte.²⁵ Der zweite Auftraggeber Hansens war seit 1790 sein Bruder Pierre Godeffroy, der seit 1781 ein Grundstück mit Landhaus in Bahrenfeld bei Altona besaß,²⁶ dies aber auch verkaufte, als er ein großes Grundstück zwischen dem seines Bruders und seines englischen Schwiegervaters an der Elbchausee erwerben konnte. Auch er ließ sich von Hansen ein Haus bauen, das heute das „Weiße Haus“ heißt. Er soll seinen Bruder noch um ein Vielfaches an Reichtum übertroffen haben, auch weil er gut geheiratet hatte, und zwar Catherina Thornton, die Schwester seines Freundes und Geschäftspartners John Thornton, eines englischen Bankiers. Er kultivierte seine Position als „exklusiver Außenseiter“.²⁷ Er hatte künstlerische Interessen, die er auch auf seinen Geschäftsreisen nach Paris als Mitglied der ham-

23 K. Böse, Biographie C.F. Hansen, in: B. Hedinger (Hrsg.), C.F. Hansen in Hamburg, Altona und den Elbvororten, München 2000, S. 199-200.

24 R. Klée Gobert (s. A 20), S. 223.

25 K. Böse, Nr. 17 Landhaus Johann Cesar Godeffroy, in: B. Hedinger (s. A 23), S. 157-166, hier S. 159, 164.

26 R. Klée Gobert (s. A 20), S. 240.

27 A. Köhring, Nr. 18, Landhaus Peter Godeffroy, in: B. Hedinger (s. A 23), S. 167-178, hier S. 167.

burgischen Gesandtschaft am Hof Napoleons, in die Schweiz und nach Italien verfolgte. Dazu nahm er jeweils einige seiner zehn Kinder mit und besuchte mit ihnen Museen. In seinem Stadthaus am Jungfernstieg hatte er eine Gemäldesammlung, gab auch musikalische Soireen und spielte Theater.

An seiner Villa kann man beispielhaft deutlich machen, dass der Bauherr mit der an England orientierten klassizistischen Villa im englischen Landschaftsgarten sich selbst ein Kunstwerk schaffte. Denn es



Abb. 6: „Das Weiße Haus“, erbaut von C. F. Hansen für Pierre Godeffroy, 1790; aus: *R. Klée Gobert* (s. A 20), Abb. 237.

gehörte zur Eigenschaft einer Villa, dass sie ein Gesamtkunstwerk war, weil ihr Inneres mit dem klassizistischen Äußeren des Baues, aber auch mit dem Park korrespondierte. Das Äußere, das Innere und der Park spiegelten die Natur. Das Äußere der an Palladios Maßverhältnissen teilweise orientierten Villa steht für den Kosmos. Das Innere der Villa zeigt antike Statuen und Wandbilder, die Menschen und Landschaft so wiedergeben, wie sie bei Ausgrabungen antiker Stätten in Italien gefunden wurden. Das künstlerische Arrangement der „befreiten“ Natur entspringt dem Empfinden des Villenbesitzers und des ihn unterstützenden Kunstgärtners.

Die Raumaufteilung der Godeffroyschen Villen hatte es ähnlich zwar schon in den Villen Palladios gegeben. Sie wurde jedoch seit 1750 in Frankreich und England verfeinert.²⁸ Die unterschiedlichen Wohnfunktionen sind etwas anders verteilt als bei der Villa Mölter. So finden sich im Weißen Haus im Sockelgeschoss die Küche, und es gibt einen Korridor, von dem Privatzimmer für die Bediensteten abgehen, d. h. Zimmer, die nur durch eine Tür zugänglich sind. Das Erdgeschoss ist der Bereich für die Familie, Besucher und die Geselligkeit. Hier sind alle Räume durchgängig. Man kommt im Erdgeschoss in ein Vestibül, das sich zum Gartensaal hin öffnet, der sich rechts und links zu zwei weiteren Zimmern hin erweitert. Vor dem Gartensaal gibt es eine Loggia, so dass man an die Luft treten kann, allerdings konnte man von der Loggia aus noch nicht in den Garten gehen. Die heutige Treppe wurde später eingefügt. Im Obergeschoss ist der Individualbereich der Familie, hier gibt es einen Flur, der das Haus in zwei Teile teilt, in denen man sich in

28 *W. Kemp*, Hansens Landhäuser in Altona. Ihre räumliche Organisation, in: *B. Hedinger* (s. A 23), S. 39-46, hier S. 40.

den zehn durchgängigen Zimmern Schlaf- und Wohnbereiche vorstellen kann.²⁹ Der Gartensaal wurde reich geschmückt. Hansen schrieb in einem Brief an seinen Lehrer Harsdorff, dieser Bauherr habe ihm gesagt, „dass [...] der Rohzucker ziemlich hoch gestiegen war, und wenn er noch 1¼% steigen würde, so möge ich den Saal so reich dekorieren, wie ich wollte. [...] Sie sehen hieraus [...], dass ich meine Kompositionen sogar nach dem Preis von Rohzucker einrichten können muss“.³⁰ Möglicherweise wurde die reiche Dekoration aber nicht wegen des gestiegenen Zuckerpreises erreicht, sondern weil man ein Schiff mit Fracht aus Rom geborgen hatte, das bei Blankenese strandete. Es hatte Ladung für den Berliner Hof, für den in Rom Statuen, Vasen, Basreliefs abgeformt und in Gips gegossen worden waren, darunter auch eine Venusstatue, die für das Marmorpalais in Potsdam bestimmt war.³¹ Der preußische Agent hielt den Schaden für zu groß, so dass die Gegenstände von Hansen auf einer Auktion in Altona günstig erworben werden konnten und nun das Weiße Haus schmückten.³²

Der englische Landschaftspark wurde von Pierre Godeffroy mit Hilfe des Kunstgärtners Daniel Louis Jacob angelegt. Im Park befand sich eine Einsiedlerhütte.³³ Allerdings weiß man nicht mehr genug über den damaligen Park, um erschließen zu können, aus welchem Geist (sentimental, romantisch, rationalistisch) heraus sich Pierre Godeffroy eine Gegenwelt zu seinem städtischen Dasein schaffte. Der herrschaftliche Blick von oben auf die Elbe war jedoch der Höhepunkt. Einer der Besucher des Parks, den man wie den seines Bruders gegen ein Trinkgeld für den Gärtner besichtigen konnte, hatte auch Zutritt zum Inneren und schilderte, was er sah: „Von dieser Seite beherrscht das Auge in den Fenstern des zweyten Stocks die ganze Gegend. Tief unter dem Beschauenden fließt der breite stolze Strom [...]; die jähren Abhänge des diesseitigen Ufers sind mit Gärten und Wiesen bepflanzte; [...] und alles grünt, lebt und wirkt [...]. Das Ganze erhebt diesen Wohnplatz über manchen anderen, grösseren, reicherer des In- und Auslandes.“³⁴ Dass man von hier aus auch die eigenen ein- und ausfahrenden Schiffe sehen und begrüßen konnte, war vermutlich ein wohlbedachter Effekt dieser Lage am Elbhochufer vor Blankenese.

Neben der Bewunderung für die Villen der Godeffroys aber gab es auch kritische Stimmen. Noch war man barocke Wohnbauten gewöhnt, weshalb Friedrich

29 Ebda. S. 45.

30 A. L. Thygesen, C. F. Hansen und seine Bauherren in Altona, in: U. Schwarz (Hrsg.), Christian Frederik Hansen und die Architektur um 1800, zit. n. F. Weilbach, Architekten C. F. Harsdorff, Kopenhagen 1928, S. 267.

31 A. Köhring (s. A 27), S. 168.

32 A. L. Thygesen (s. A 30), S. 116.

33 R. Klée Gobert (s. A 20), S. 226.

34 Zit. n. A Köring (s. A 27), S. 178.

Wilhelm von Ramdohr 1792 schrieb, dass sie, „in einem guten, aber etwas mageren geschmack von dem baumeister Hansen in Altona gebauet sind.“³⁵ Die Gemeinnützigen Unterhaltungsblätter 1807 zogen hingegen den Vergleich zu höfischen Bauten und bezeichneten die beiden Landsitze der Brüder Godeffroy als „Paläste“, „denen unter den Residenzschlössern der kleinen deutschen Fürsten wenige zu vergleichen sind.“³⁶

Hansen erhielt sofort Aufträge für weitere klassizistische Villen zunächst von Freunden und Verwandten von Pierre Godeffroy: 1794 von dem englischen Kaufmann John Blacker. Er ließ sich einen Tempel mit einer Säulenreihe an allen vier Seiten auf dem Krähenberg in Blankenese bauen. 1795/96 baute Hansen für John Thornton (1764-1835), den Schwager Pierre Godeffroys, einen englischen Bankier in Othmarschen auf dem Elbhang. Weitere Aufträge für Villen hoch über der Elbe folgten: 1796 von dem batavischen Gesandten Balthasar Elias Abbéma, das spätere Ausflugslokal Rainville, 1797/98 von dem Hamburger Kaufmann Böhl und von dem Altonaer Merchant Banker und Sozialreformer Johann Daniel Lawätz; ab 1804 vom Altonaer Bankier Johann Heinrich Baur (das Elbschlösschen); 1806 von Anton Friedrich Gebauer, einem Altonaer Bankdirektor in dänischen Diensten, der sich eine Villa mit rundem Grundriss bauen ließ. Vor 1807 wurde eine weitere klassizistische Villa von dem Altonaer Kaufmann und Brauherrn Herman de Voß und dem Architekten Johann Nikolaus Möller aus Altona am Elbufer erbaut. 1808 kommt Salomon Heine aus Hamburg, der erste jüdische Bankier und spätere große Wohltäter der Stadt, an die Elbe. Der Erbauer seines Landhauses ist unbekannt.

Die Familien der Bankiers und Kaufleute, vor allem die zum Haushalt gehörigen Frauen, Kinder, Dienstboten und Hauslehrer verließen im März das städtische Wohn- und Geschäftshaus mit dem notwendigen Mobiliar und lebten dann frei und ungebunden, aber einfach in Haus und Park und den Nebengebäuden, bis man im November wieder in die Stadt zurückkehrte, wo die großen Bälle und Gesellschaften stattfanden. Draußen blieben sie unter sich. Die Sommer waren dem Privatleben und der Geselligkeit unter Freunden und Verwandten gewidmet. Die Bankiers und Kaufleute nahmen den täglichen Weg zur Arbeit auf sich.

Es sind zehn Bauherren, die sich zwischen 1789 und 1808 am Elbufer eine klassizistische Villa in einem großen englischen Landschaftspark bauen ließen. Unter ihnen sind sechs Bankiers oder Merchant Banker sowie drei Kaufleute und ein niederländischer Gesandter. Sie sind verwandt, befreundet und durch Geschäfte mit-

35 Zit. n. R. Klée Gobert (s. A 20), S. 222.

36 Zit. n. G. Hoffmann, Das Haus an der Elbhausee: Die Godeffroys. Aufstieg und Niedergang einer Dynastie, Hamburg 1998, S. 39.

einander verbunden. Sie sind Pioniere, die die Möglichkeiten der Lage des damals nur mit Heide bewachsenen Elbhangs erkennen und ihn durch die herrschaftlichen Villen und deren Platzierung in den großen Landschaftsparks nachhaltig im Wert erhöhen. Alle waren leidenschaftliche Parkgestalter und Kunstliebhaber.

Vom Seehandel gewohnt mit Risiken umzugehen, hatten sie sich nach englischem Vorbild individuelle Freiheiten genommen, Villen in Parks zu errichten, die die Idee von Einsamkeit, Freiheit und Unabhängigkeit verkörperten. Mit der Einführung der Villa im englischen Landschaftspark als bürgerlicher Wohnform am Hochufer der Elbe vollzogen sie einen Kulturtransfer von England nach Deutschland und reklamierten die großartige, an Palladio angelehnte Architektur für sich. Sie setzten neue ästhetische Normen des Wohnens und stellten Hansen und andere Baumeister vor neue Herausforderungen. Ohne Zweifel hat das freiheitliche aufklärerische Ambiente im dänischen Altona diese Entwicklung gefördert.

Und eines hatten diese Villenbauherren noch gemeinsam: sie waren aus Hamburger Sicht gesellschaftliche Außenseiter. Denn sie waren Selfmademen, hugenotischer Abstammung, Ausländer, Juden oder Bürger Altonas. Da es in Hamburg kein Patriziat gab und deshalb Rang und Ansehen nicht durch Geburt bestimmt waren, gab es klare Regeln für die gesellschaftliche Anerkennung. Eine Familie musste, wenn sie zur Hamburger Gesellschaft gehören wollte, ratsfähig sein. Das wiederum hieß, dass sie lutherisch sein musste und so viel Geschäftserfolg aufweisen, dass mindestens ein Familienmitglied für die Tätigkeit als Senator auf Lebenszeit gestellt werden konnte.

Haben die Villen zum sozialen Aufstieg der Familien beigetragen? Pierre Godefroy hatte wohl keinen Ehrgeiz zur Hamburger Gesellschaft zu gehören, denn er versucht 1791 englischer Staatsbürger zu werden. Erst ein Enkel seines Bruders wurde 1855, also über 60 Jahre nach den Villenbauten, als erster der Familie Senator auf Lebenszeit. Die Villa im großen Landschaftspark war demnach kein Mittel des sozialen Aufstiegs. Der Villenbau der Außenseiter an der Elbe fand jedoch bald Nachahmung in den etablierten Hamburger Kreisen. 1828 kam der erste Hamburger aus der guten Gesellschaft, der Senator und Bankier Martin Johann Jenisch der Jüngere, für den Sommer an die Elbe und lässt sich nach seinem Geschmack das „Jenisch Haus“, eine spätklassizistische Villa bauen, zu der er Entwürfe des Hamburger Architekten Franz Gustav Joachim Forsmann (1795-1878) und des Berliner Architekten Karl Friedrich Schinkel (1781-1841) nutzte. Damit ist die exklusive Lage an der Elbe etabliert. Jenisch hatte ein Grundstück von dem im Niedergang begriffenen Mustergut des Kaufmanns und Sozialreformers Caspar Voght (Baron seit 1803) gekauft. Voght selbst hatte sich 1794 ein unpräntiöses Landhaus ohne Fassade und Elbblick von dem Hamburger Architekten Arens bauen lassen, das am

Ende doch mit einer Schauseite aus zahlreichen Säulen versehen wurde. Arens ist jedoch vor allem mit einer Figuration von Villenbauherren auf Hamburger Gebiet verknüpft.

4. Villen der Honoratioren Hamburgs

In Hamburg war nach Dubliner und Londoner Vorbild 1765 die Patriotische Gesellschaft zur Förderung von aufklärerischen und gemeinnützigen Zwecken gegründet worden. Sie sah es als ihr Anliegen an, sich mit modernen Entwicklungen auseinanderzusetzen und die Stadt zu fördern. Ihre Mitglieder kamen aus den Reihen der guten Hamburger Gesellschaft, aber auch aus solchen, die z. B. als Katholiken nicht zum Bürgerrecht zugelassen waren. Die Patriotische Gesellschaft kann ähnlich wie die Akademie der Künste in Berlin als Nukleus der Verflechtungszusammenhänge gelten, aus denen heraus auf Hamburger Gebiet die ersten klassizistischen Villen gebaut wurden. Ihr Architekt war Johann August Arens (1757-1806). Er war durch die Bemühungen der Patriotischen Gesellschaft zu seiner Ausbildung gekommen. Als Jugendlicher lernte er in der Zeichenschule der Patriotischen Gesellschaft und wurde weiter bei seiner Ausbildung als Architekt gefördert, indem man ihn an der Akademie in Kopenhagen studieren ließ. Dort hatte er wie Hansen bei Harsdorff studiert und England, Frankreich und Italien bereist. In Italien lernte er Goethe kennen. Arens hatte in der Folge nicht nur auf Wunsch Goethes am Weimarer Schloss mitgearbeitet, sondern auch 1792 das klassizistische Römische Gartenhaus im englischen Park an der Ilm für Herzog Karl August von Sachsen-Weimar entworfen und wurde zu weiteren baulichen Veränderungen daran von Goethe gedrängt.

Unter den 14 Hamburger Bauherren, die sich von Arens seit 1790 Garten- und Landhäuser bauen ließen, waren sechs Senatoren, vier Kaufleute, ein Pastor, ein Jurist und der preußische Geheimrat Michael Jacob von Faber. Letzterer war wie der Reiseschriftsteller Friedrich Johann Lorenz Meyer als zum Hamburger Domkapitel gehörig nicht zum Hamburger Bürgerrecht zugelassen und vermutlich über Meyer, der ein Freund Arens' war, mit diesem bekannt geworden.

Arens' Bauherren gehörten zu einem politisch und intellektuell einflussreichen Personenkreis um die Patriotische Gesellschaft. Arens' sehr unterschiedliche Villenentwürfe zeigen, dass sich wie bei Hansen auch die Bauherren mit ihrem Geschmack und Bedürfnissen Geltung verschafften. Die Villa von Senator Graepel (1795-96) in Hamm und die vor 1799 gebaute Villa für M. J. von Faber an der Alster offenbaren die Spannweite der Villenarchitekturen von Arens. Das Urteil, dass Arens einfacher und regionaler gebaut habe als Hansen, das sich in der Literatur



Abb. 7: Gartenhaus Geheimrat von Faber, vor 1799 erbaut von Johann August Arens; aus: C. Knupp (s. A 37), Abb. 15.

hält,³⁷ ist vor dem Hintergrund dieses Vergleichs wohl dem Geschmack und unterschiedlichen Einkommensverhältnissen der jeweiligen Bauherren zu danken. Die meisten Villen von Arens standen vor der Stadt in Harvestehude und Hamm. Etliche wurden schon 1813/14 zerstört, als die Franzosen Hamburg ein Jahr besetzt hielten und gegen russische Soldaten verteidigten, die es schließlich befreien konnten.

5. Resümee

Es zeigte sich, wie international verwoben die Anfänge der bürgerlichen Villenwohnkultur in Deutschland in dieser vornationalen Zeit waren. Die Idee der Villa als Sommerhaus im englischen Landschaftspark kam aus England, die klassizistische Schönheit der Villen aus Italien, aus Frankreich ihre Wohnlichkeit. Nicht klassizistische Schlösser in Deutschland, sondern das englische Herrenhaus und das französische Schlösschen Bagatelle waren Vorbilder für den Villenbau sowohl bei Altona wie bei Berlin. Die Verflechtungsprozesse zwischen Adel und Bürgertum, die zum Villenbau führten, begannen in den Königsresidenzen Kopenhagen und Berlin mit ihrem Bedarf an Baumeistern für Bauten des Hofes, aber auch für öffentliche Bauten für die Städte. Die Könige hatten Akademien gegründet und unterstützten nun um 1800 bürgerliche Baumeister darin, durch Reisen das Wissen

37 C. Knupp, Stadt- und Landhäuser in Hamburg, in: Katalog der Ausstellung Architekt Johann August Arens 1757-1806, Hamburg-Altona 1972, S. 24-28, hier S. 28.

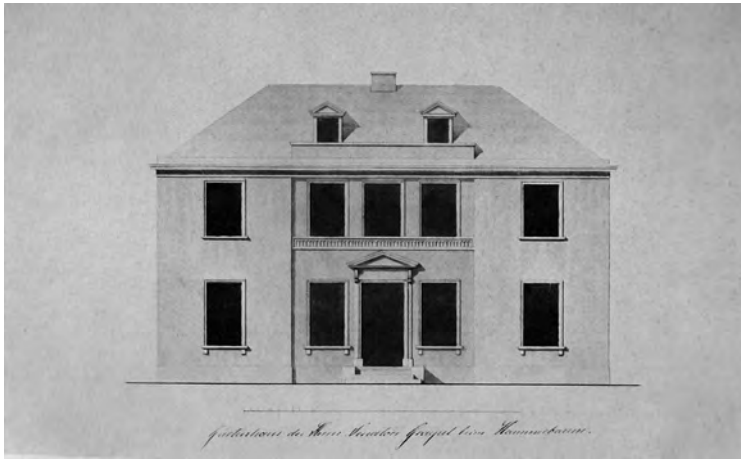


Abb. 8: Gartenhaus Graepel, erbaut von Johann August Arens, 1795-1796; aus: C. Knupp (s. A 8), Abb. 18.

über die neue Baukunst aus Italien, England und Frankreich in ihre Residenzen zu bringen.

Private bürgerliche Bauherren nutzten ihre Chance und fanden in Hamburg über die Patriotische Gesellschaft, in Berlin über die Akademie der Künste ihren Architekten, der ihnen den Ruhesitz für das Privatleben bauen konnte. Ohne eine solche vermittelnde Institution hatte sich als erste eine Figuration untereinander verwandter und befreundeter Kaufleute und Bankiers gebildet, die Villen und die damit verbundene Lebensform aus England kannten und ihre Wünsche einem dänischen Baumeister in Altona anvertrauten, der sie auch realisieren konnte.

Die Villa wird als Ort privater Freiheit auf dem Lande gesehen, als Möglichkeit sich von der einengenden Gesellschaft des Hofes bzw. der Stadt zu distanzieren. Die Villa ist damit ein Ort der Repräsentanz des ungebundenen bürgerlichen Individuums. Bauherren und Architekten erfinden gemeinsam die Villa als moderne Form des privilegierten bürgerlichen Wohnens im Sommer. Drei unterschiedliche Villenbaufiguren zeigten sich, die jeweils fortschrittliche Gruppen ihrer städtischen Gesellschaft repräsentierten. Sie machten deutlich, dass das Bedürfnis nach einem von der Etikette befreiten und vom Berufsleben gelösten Privatleben in Residenz- wie in den Handelsstädten fast gleichzeitig auftritt und die Nähe des Adels für den Villenbau keine Rolle spielte, auch wenn in der Residenz der königliche Tiergarten für das Ambiente der Villa genutzt wird. Den englischen Landschaftsgarten, den sich Bankiers und Kaufleute bei Altona selbst schufen, stellte in Berlin der preußische König.

Dass mit diesen drei Figurationen keineswegs das ganze Spektrum von innovativen Villenbauherren und ihren Architekten zwischen 1789 und 1810 erfasst ist, daran erinnern heute noch vorhandene Villen in Lübeck und Braunschweig oder Abbildungen von wenigen, aber verschwundenen Villen in Frankfurt am Main.³⁸

Der Bau von Villen mit größeren und kleineren Parks oder Gärten für den Sommeraufenthalt wird nach der Napoleonischen Ära bis ca. 1850 fortgesetzt. Die Villa wird zunehmend das Wohnideal auch von weniger wohlhabenden Schichten des Bürgertums. Je mehr die Villen nachgefragt werden, desto kleiner werden die Gärten der Villen. Als sie ab 1850 allmählich zum ständigen Wohnsitz einer Familie werden und nun erst die Bezeichnung Villa geläufig wird, sind sie eigentlich keine Villen mehr.³⁹ Es fehlten die Landschaftsparks, in die sie eingebettet waren, und die Lage vor der Stadt. Nur die ganz Reichen leisteten sich weiterhin den Typ der Sommervillen neben dem eigenen Stadthaus und dem Geschäftshaus. Berliner Sommervillen standen an der Ostsee, Hamburger Bankiers bauten Villen in großen englischen Landschaftsparks am Elbhochufer nun hinter Blankenese, Frankfurter Sommervillen befanden sich im Taunus.

38 Zu Frankfurt vgl. *M. Rodenstein* (2016), Reichtum in Schönheit verwandeln – Zur Soziologie von Bankiersvillen in Hamburg, Frankfurt und Berlin, in: *Historische Rundschau der Deutschen Bank e.V.* 2016: www.bankgeschichte.de/de/docs/HistorischeRundschau-web.pdf [06.02.2018].

39 Brömmer spricht deshalb von der „inneren Villa“, vgl. *W. Brömmer* (s. A 1), S. 75 ff.

Stadt, Politik, Kultur: Museen in Karlsruhe und Frankfurt 1840 und 1980

Einführung

Der Aufsatz untersucht Gründung und Fortbestehen von Museen in Karlsruhe und in Frankfurt am Main zwischen 1840 und 1980 in einer städtebaulichen und kommunalpolitischen Perspektive. Die beiden im Südwesten Deutschlands gelegenen Städte eignen sich sowohl in ihren Unterschieden als auch in ihren Gemeinsamkeiten zu einem museumsgeschichtlichen Vergleich. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Prosperität und liberalen Politik waren sie in der Lage, bedeutenden Kunstsammlungen architektonische Gehäuse mit Programmcharakter zu bauen – wie zu zeigen sein wird, nicht immer zur gleichen Zeit und mit durchaus unterschiedlichen Impulsen. Jeden Neu- oder Anbau nahm der politische Körper zum Anlass, seine Kommune städtebaulich weiterzuentwickeln – auch hier mit verschiedenem Anspruch und wechselnder Reichweite.

Zunächst wird die Beziehung zwischen Politik, Kommune, Ausstellungsbau und Architektur in einer ersten „Gründerzeit“ von Museen in der Hauptstadt des Großherzogtums Baden und in der Freien Reichsstadt Frankfurt ab 1840 untersucht. Anschließend werden diese Aspekte in einer Analyse der zweiten „Gründerzeit“ in den 1970er und 1980er Jahren weiterentwickelt, als die beiden Städte in den Bundesländern Baden-Württemberg und Hessen aufgegangen waren – jeweils nicht als ihre Hauptstädte: Zu jener Zeit wurden neue Museen nicht mehr als nationale oder freistädtische Institutionen, sondern auf der Ebene einer Kommune oder eines Bundeslandes gegründet. Demnach wirkten in Frankfurt und Karlsruhe also vor allem föderale und lokale Agenden und Akteure. Diese standen mit der bundesrepublikanischen Politik der Ära Brandt ideell in Verbindung. Als unter der 1982 gewählten Regierung CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl die „geistig-moralische Wende“ ausgerufen wurde und über die Neugründung von Nationalmuseen im geteilten Deutschland nachgedacht wurde, vermengten sich die Ebenen – wieder mit unterschiedlichem Ergebnis: Während in Frankfurt unter CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann und SPD-Kulturreferent Hilmar Hoffmann das Museumsuferprojekt in der Erbauungsphase war und sich anschickte, zu einem nationalen Vor-

reitermodell zu werden, ließen die CDU-Landespolitiker in Stuttgart die Chance zur Weiterentwicklung ihres reichen badischen Sammlungs- und Baubestands zu einem kulturellem Zentrum verstreichen.

Der Aufsatz stellt folgende Fragen: Mit welchem Ziel entwickelte sich die Interaktion von Städtebaupolitik, Architektur und Museum in den beiden „Gründerzeiten“? Wie werden Politiker von Museen und deren Fähigkeit beeinflusst, nicht nur als Sammlungshäuser mit Bildungsauftrag zu funktionieren, sondern zur Stadtraumqualität und Standortbildung beizutragen? Die zugrundeliegende These ist, dass Museen urbane Qualität stimulieren und verbessern können, indem sie räumliche Cluster und Netzwerke aus Personen, Wissensbeständen und Dingen bilden. Diese müssen für die (heutzutage globale) Öffentlichkeit lokalisierbar, also mit einem Ort oder einem Cluster verbunden sein. Solche Cluster bieten im günstigen Fall den Bürgern die Möglichkeit einer auf Differenzbildung beruhenden Kommunikation sowie einer aus positiven Bindungen bestehenden Identifikation mit der Stadt. Vorbedingung ist die Entwicklung einer konzertierten kulturpolitischen sowie baukulturellen Agenda und ihre kontinuierliche Umsetzung durch die Politik. Die folgende Analyse beginnt in Karlsruhe.

Der badische Liberalismus und die Kunsthalle

Das ebenso berühmte wie drastische „Heckerlied“ besingt Friedrich Hecker, Vorkämpfer der badischen Revolution von 1848/49. Weniger bekannt ist, dass der Kammerabgeordnete Hecker in der Ständeversammlung des Großherzogtums Baden als Angehöriger der liberalen Opposition die Gründung eines Kunstmuseums in der Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe unterstützte. Wie Wolfgang Zimmermann außerdem gezeigt hat, kritisierte Heckers Fraktion zugleich die Verschiebung von Geldern aus dem Staatshaushalt in die herzogliche Civilliste zur Finanzierung des Baus, wofür sie dennoch votierte.¹ Anders als in Württemberg² und Bayern³, wo die großen Museumsprojekte aus der könig-

*Wenn die Leute fragen,
Lebt der Hecker noch?
Könnt ihr ihnen sagen:
Ja, er lebet noch.*

*[Refrain:]
Er hängt an keinem Baume,
Er hängt an keinem Strick.
Er hängt nur an dem Traume
Der deutschen Republik.*

1 Vgl. W. Zimmermann, Ein badisches Nationalmuseum? Die Gründung der Großherzoglichen Kunsthalle 1837–1846, in: *Staatliche Kunsthalle/R. Heß* (Hrsg.), Bauen und Zeigen. Aus Geschichte und Gegenwart der Kunsthalle Karlsruhe, Bielefeld 2014, S. 46–59, S. 49 f.

2 Vgl. ebda., S. 50.

3 Winfried Nerdinger hat dargelegt, dass König Ludwig I. verschiedene Staatsfonds zur Finanzierung seiner Bauten zweckentfremdete, um die Civilliste aufzustocken; vgl. W. Nerdinger, Weder Hadrian

lichen Civilliste finanziert und damit von den Monarchen und ihren Baubürokratien allein gesteuert wurden, unterstützten Parlament und Regierung den großherzoglichen Gründungsplan der Kunsthalle und bewilligten einstimmig dafür Staatsgelder.⁴ Gleichwohl bestimmten auch hier über Entwurf, Ausstattung und Einrichtung Heinrich Hübsch, der Leiter der badischen Baudirektion, der Galeriedirektor und Hofmaler Carl Ludwig Frommel sowie der Auftraggeber und Galeriebesitzer, Großherzog Leopold.

Die 1846 eröffnete Großherzogliche Kunsthalle lag in einem jungen Staat: Das Herzogtum Baden war erst 1803 zum Kurfürstentum und 1806 unter Napoleon zum Großherzogtum aufgestiegen. Das dabei eingeführte französische Gesetzbuch, der *Code civile*, ermöglichte eine vergleichsweise liberale Feudalherrschaft. Zwei stimmberechtigte Kammern repräsentierten Adel und Bürgertum. In Baden wirkten aufklärerische Rechtsgelehrte von der Universität Heidelberg auf prorepublikanische Abgeordnete wie Hecker ein,⁵ welche die Kunsthalle als eine Institution zur „Veredlung des moralischen Sinns des Volkes überhaupt“ verstanden wissen wollten.⁶ Sie unterließen es folglich nicht, ihren Feudalherren an die Wahrung auch der „Interessen von Recht und Freiheit“, also an die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, zu erinnern.⁷ Leopold verstand seine Bildungsaufgabe jedoch stärker in der Vollendung der durch seinen Vater gestifteten staatlichen Einheit Badens auf dem Gebiet von Kunst und Kultur. Nur rund 100 Jahre älter als der Staat war seine Hauptstadt, das 1715 gegründete Karlsruhe, berühmt für seinen barocken Radialgrundriss mit dem Schlossbezirk als Verwaltungsmittelpunkt und den 32 ausstrahlenden Achsen. Unter Leopold wurde dieser vormals dem ersten Stand vorbehaltene Bezirk zum Anziehungspunkt für die Bürger, in dem Hübsch 1846 die Kunsthalle, 1854 das Theater und 1857 der Botanische Garten als romantisches Ensemble erbaute.

Die Kunsthalle war in der Ausstellung von antiken Gipsabgüssen, archäologischen Funden, Kunstgewerbe, Skulpturen und Gemälden nicht nur ein kunst- und kulturhistorisches Museum, sondern mit einem „Pantheon“ berühmter Landes-

noch Augustus. Zur Kunstpolitik Ludwigs I., in: *ders.* (Hrsg.), *Romantik und Restauration. Architektur in Bayern zur Zeit Ludwigs I. 1825–1848*, S. 9-16, vor allem S. 10-13.

4 Für den Bau und den Ankauf von Kunstwerken wurden 100.000 Gulden veranschlagt; vgl. Landtagsbeschluss zur Gründung der Kunsthalle Karlsruhe 1837 im Großherzoglich Badischen Staats- und Regierungsblatt vom 18. Juli 1837, https://de.wikisource.org/wiki/Landtagsbeschluss_zur_Gr%C3%BCndung_der_Kunsthalle_Karlsruhe_1837 [01.02.2018].

5 Vgl. S. Freitag, *Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49*, München 1998; S. 48 f..

6 Vgl. W. Zimmermann (s. A 1), S. 47.

7 Ebda., S. 49.

söhne ein badisches Nationalmuseum. Dessen prächtige Innenausstattung durch den Maler Moritz von Schwind, vor allem das Fresko „Die Einweihung des Freiburger Münsters“, verherrlichte ebenfalls das Narrativ vaterländischer Geschichte. Dass jedoch das herrschaftliche Einigungsgebot zur „Kulturnation“ den sozialen Konflikt nicht überdecken konnte, machen Heckers Entwicklung zum radikal-demokratischen Republikaner und sein „Heckerzug“ als ein Fanal der 1848er Revolution in Baden deutlich. Die Niederschlagung durch preußische Truppen leitete die anschließende Restaurationszeit ein. Auch der demokratische Aufbruch in der Kunsthalle, die in den Eröffnungswochen durchgängig bei kostenlosem Eintritt geöffnet und regen Besuch von „Menschen aller Klassen und Stände“ hatte,⁸ war im Mai 1846 schon wieder vorbei: Die Kunsthalle war ab da zunächst nur einen Vormittag, dann an drei Vormittagen in der Woche öffentlich zugänglich. An den Nachmittagen war es in der weder durch Gas- noch elektrisches Licht beleuchteten Kunsthalle für die arbeitende Bevölkerung ohnehin unmöglich ins Museum zu gehen. Wie Charlotte Klonk betont hat, wurde ein umfassender Bildungsauftrag auf diese Weise nicht erfüllt.

Das Museum als soziale Kontaktzone

Im 794 gegründeten Frankfurt am Main, Freie Reichsstadt und Sitz der revolutionären Nationalversammlung, existierte keine kulturelle ‚Trinität‘ aus Museum, Theater und Garten, wie es sie in Karlsruhe, Berlin oder Dresden gab. Es existierte kein prächtig ausgeschmücktes Nationalmuseum, war Frankfurt doch zu keiner Zeit die Hauptstadt eines Landes oder gar einer „Nation“ gewesen. Stattdessen gingen kleine Kulturinstitutionen aus bürgerlichen Stiftungen hervor, die in einfachen Stadthäusern innerhalb des Stadtmauerrings untergebracht waren.

1866 annektierte Preußen Frankfurt und beendete so die 664 Jahre währende Geschichte der mächtigen Reichsstadt. Die stark wachsende Industrie- und Handelsstadt betrieb nun auch den Ausbau der ansässigen Museen. 1815 hatte der Frankfurter Kaufmann Johann Friedrich Städel ein Kunstinstitut gestiftet, dem er seine Kunstsammlung, sein Vermögen und sein Wohnhaus vermachte. 1878 bezog das Städel'sche Institut mit seinen stark vermehrten Kunstsammlungen das heutige Ausstellungsgebäude am Frankfurter Mainufer, entworfen von dem Architekten Oskar Sommer. Indem es aus der mittelalterlichen Stadt heraus an das Mainufer zog, wo bislang nur Villen das ausgezeichnete Bauland besetzt hatten, bildete das Kunstinstitut den Grundstein des späteren Museumsufers.

8 Ch. Klonk, Vom Musentempel zum Galerieraum. Besucheralltag in der Kunsthalle Karlsruhe 1846-1936, in: *Staatliche Kunsthalle/R. Heß* (s. A 1), S. 60-69, hier S. 61..



Abb. 1: Das Stadel am neu besiedelten Mainufer im Südwesten Frankfurts;
Quelle: *Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt am Main, S7A2002/48, W. Klusmeyer.*

Kunsthalle wie Stadel wurden in die bürgerliche Wohnbebauung integriert; das Stadel in eine werdende *extra muros* (Abb. 1). Die Kunsthalle, obgleich im Schlossbezirk stehend und die Reihe der „Verwaltungspalazzi“ am Zirkel fortsetzend, wendet ihre Front und den Haupteingang der Bürgerstadt zu (Abb. 2). Beide Gebäude sind somit als urbane Kontaktzonen der Gesellschaft zu verstehen, in denen Adel und Bürgertum jenseits der üblichen Herrschafts- und Wirtschaftsbereiche kommunizieren konnten. Das betraf Kreise des Hofes und der Verwaltung, der Akademien und Polytechnica sowie Handwerker, Kunststudenten und -liebhaber, also vor allem jene, die beruflich oder aus Neigung mit Kunst zu tun hatten und in der Begegnung Standesgrenzen lockerten.

Kunsthalle und Stadel, 1846 und 1878 eröffnet, wurden aus einer sequentiellen Raumaufteilung und Fassadenikonographie entwickelt, wie sie dem mehrstöckigen Schlossbau zu eigen ist. Sie setzten in Wohn- und Verwaltungsgebieten den städtebaulichen Hauptakzent. Sie waren nicht nur ein neuer Bautyp, sondern auch ein neuer Begegnungsort in der Stadt, der die Kooperation von Adel und Bürgertum nicht nur ermöglichte, sondern – wie an der Finanzierung der Kunsthalle ersichtlich – voraussetzte.



Abb. 2: Die Großherzogliche Kunsthalle um 1870;
Quelle: *Stadtarchiv Karlsruhe (Archiv Arthur Valdenaire)*.

Die Museen im Gewebe der Stadt

Es ist bereits angeklungen, dass trotz ihrer Bedeutung in der 1948er Revolution die Städte Karlsruhe und Frankfurt politisch wie städtebaulich mehr unterscheidet als verbindet. Das gilt auch für ihre ersten Museen: Während die Kunsthalle Karlsruhe ein staatliches Haus ist, ist das Städel eine Bürgerstiftung, die seit 1899 von einem Verein getragen und seit 1907 von der Stadt unterstützt wird.⁹ Das Gebot der Kooperation ist hier Prinzip.

Die Zahl der Museen beider Städte ist gewachsen: Während es heute 19 Museen in Karlsruhe gibt, existieren 35 in Frankfurt. Dort wurde zwischen 1979 und 1988 ein Masterplan zur Gründung und Erbauung neuer Ausstellungsinstitutionen ausgeführt, der allein elf städtisch finanzierte Museen in das Umfeld des Städel einbrachte und jenes fortan Museumsufer nannte. Sieben weitere Museen wurden in der Innenstadt erbaut, die sich mit städtischem Theater und Oper parallel zum Main erstreckt.

⁹ Vgl. <https://www.staedelmuseum.de/de/geschichte> [04.01.2018].



Abb. 3: Innenstadtkarte Karlsruhe; Quelle: *Stadt Karlsruhe, Liegenschaftsamt, 2018 | 2461.*

Das Stadel ist in einen neu erschaffenen kulturellen Mittelpunkt eingebunden, der sich mit dem politischen Mittelpunkt überschneidet. Auch das kommerzielle Zentrum Frankfurts ist durch eine geeignete Wegführung an diese angebunden. Das Museum profitiert neben der exponierten Lage am Fluss und dem Besucherstrom aus der Altstadt von der räumlichen Verknüpfung und der Nachbarschaft der Kulturinstitutionen.

Auf dem Karlsruher Stadtgebiet verteilt liegen heute 19 Museen. Davon werden vier vom Land, neun von der Kommune getragen. Die Kunsthalle steht heute vom politischen und kommerziellen Mittelpunkt der Stadt abgerückt und auf der Grenze des dadurch etwas verwunschen wirkenden Schlossbezirks (Abb. 3). Sie reagiert auf die Stadt, ihr ihre prächtige Fassade zuwendend, ohne dass ihr von dort ein bauliches Pendant zurückstrahlt. Als Teil des Hübschen Ensembles im Schlossbezirk gehört sie der Zone des früheren Machtzentrums an, liegt jedoch vom heutigen politischen und kommerziellen Zentrum mit Markt-, Friedrich- und Rondellplatz entfernt. Der baulich-räumliche Counterpart, der sie in Beziehung (nicht zur Stadt, aber zum Schloss) setzte, ist das im Zweiten Weltkrieg beschädigte und später abgerissene Großherzogliche Theater von Hübsch, einer der bedeutendsten Theaterbauten der Romantik (Abb. 4). Auch vom nahegelegenen Badischen Landesmuseum, seit 1921 im Residenzschloss der badischen Großherzöge residierend, ist die Kunsthalle durch das fehlende Theater distanziert.

1989 eröffnete ein neuer Kulturkomplex mit dem Zentrum für Kunst und Medientechnologie, der Städtischen Galerie und der Hochschule für Gestaltung in



Abb. 4: Das Ensemble Heinrich Hübschs: Kunsthalle und Theater im Botanischen Garten, 1906; Quelle: *Karlsruhe, Generallandesarchiv*, 69 Baden, Sammlung 1995 F I Nr. 1553, Fotograf unbekannt.

einer ehemaligen Munitionsfabrik aus dem Jahr 1915. Als Industriebau weit entfernt vom Schloss erbaut bildet es keinen städtebaulichen Zusammenhang mit der Kunsthalle (vgl. Abb. 3). Das gilt auch für zwei Museen, die in einem früheren Adelspalais untergebracht sind (Literatur- und Stadtmuseum im Prinz Max Palais). Indem man also Großbauten des Adels und der Industrie für Museen umnutzte, ist im Gegensatz zu Frankfurt, wo man auf Neubauten oder den Umbau von Villen am Flussufer zurückgriff, kein urbanes Netz der Kulturinstitutionen entstanden. Das Theater im Schlossbezirk wurde durch einen Neubau auf dem Gebiet des alten Bahnhofs ersetzt, also ebenfalls außerhalb der Kernstadt (vgl. Abb. 3).

Es ist offensichtlich, dass die verschiedenen Zentren einer Stadt sich gegenseitig stützen und beleben, wenn sie räumlich klug verbunden sind. In mittelalterlichen Städten wie Frankfurt

überschnitten sich diese Zentren und rückten erst mit dem Fall der Stadtmauern auseinander. In der barocken Planstadt existierte diese Schnittmenge ebenfalls. Als Karlsruhe wuchs, bewiesen jedoch die radialen Achsen ihre zentrifugalen Kräfte.

Nach der Nachkriegszeit: Neue Museen

Hübsch hatte eine Vierflügelanlage entworfen, von der nur der Hauptflügel erbaut wurde. Dieser schloss an die großherzogliche Zeichenakademie von 1786 an, die abgerissen werden sollte. 1889 konzipierte Oberbaudirektor Josef Durm ausgehend von Hübsch wiederum eine Vierflügelanlage, von welcher ein Flügel errichtet wurde. Heinrich Amersbach, Leiter des Hofbauamtes, schloss 1909 die Lücke zwischen Durmflügel und Zeichenakademie. Deren Abriss wurde erneut aufgeschoben, bis sie im Krieg zerstört wurde. Erst 1990 wurde die Vierflügelanlage durch Heinz Mohl vollendet.

Betrachtet man die Gründungs- und Erweiterungsdaten der Museen in Karlsruhe und Frankfurt, so wird deutlich, dass eine Lücke von 50 Jahren besteht: In den Jahren zwischen 1920 und 1970 sind nicht nur in Karlsruhe und Frankfurt keine Museen neu entstanden, sondern sonst auch kaum in Deutschland. Dieser Zeitraum umfasst zwei Nachkriegszeiten von 1919 bis 1939 und nach 1945. In beiden Phasen waren Länder und Kommunen weder finanziell in der Lage noch willens, neue Museen zu errichten. Der Fokus der Politik lag nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst auf der Förderung von Literatur, Theater und Film. Erst als die Konsolidierung der Bundesrepublik nach rund 20 Jahren abgeschlossen war und die Epoche einer geschichtsvergessenen Moderne zu Ende ging, regte sich das Interesse am kulturellen und architektonischen Erbe erneut. Der teils schonungslose Umgang mit den Resten baulicher Substanz nach dem Krieg und der Mangel an demokratischen Kulturinstitutionen und Begegnungszentren wurden immer stärker kritisiert. In der zunehmend pluralistischen Gesellschaft und durch die Diversifizierung der Kulturproduktion entstand der Wunsch nach Musealisierung auch ehemals niederer Kunstgattungen wie Film, Fotografie und neuen Medien oder den Hinterlassenschaften des Kolonialismus, also der Kunst außereuropäischer Völker.

Und es war nun vor allem Frankfurt mit seiner Tradition bürgerlichen Kulturengagements, das in den 1970er Jahren einen Trend setzte. Hilmar Hoffmann, Kulturdezernent zwischen 1970 und 1990, initiierte diesen Prozess. In seiner Programmschrift „Kultur für alle“ (1979) fasste er seine kulturpolitischen Argumente und Forderungen als Aufgabenkatalog für die Städte zusammen. Der 1977 mit großer Mehrheit an die Macht gekommene CDU-Oberbürgermeister Walter Wallmann förderte den SPD-Kulturdezernent und dessen Plan eines kulturellen Clusters am Ufer. Nach einem Stadtratsbeschluss von 1979 setzte ihn Hoffmann bis 1988 um.

1978 gingen auch die Landespolitiker in Baden-Württemberg den Schritt hin zu einer der damaligen Zeit gemäßen Kunsthalle. Allerdings übersahen sie dabei, den Zusammenhang von Stadt und Museum zu stärken. Im nächsten Abschnitt wird wieder zuerst die Karlsruher, dann die Frankfurter Situation betrachtet.

Karlsruhe 1970/1980 – Wiederaufbau und Vollendung als urbaner Solitär

Als per Volksabstimmung 1952 das Bundesland Baden-Württemberg gegründet wurde, verlor Karlsruhe seine Funktion als Hauptstadt Badens. Die Finanzen der staatlichen Kulturinstitutionen werden seitdem von Stuttgart aus geregelt. Durch die Ansiedlung des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs zogen

die höchsten Gerichte in die Stadt. Das Bundesverfassungsgericht erhielt 1969 einen Bau von Paul Baumgarten an der Stelle des ehemaligen Theaters im Schlossbezirk. Das Gebäude ist ein Hochsicherheitstrakt, der in der Regel nicht für die Öffentlichkeit zugänglich ist. Dies trug zur Bedeutungsschwächung des Schlossbezirks als Kulturareal bei und rief Kritik hervor: Die Kunsthalle sei „[...] ein Museum, das zwar [wie das Badische Landesmuseum im Schloss] ebenfalls stadtnah liegt, aber städtebaulich etwas ins Abseits gedrängt scheint. Dies hauptsächlich, seitdem das Theater nicht mehr am Schloßplatz steht, das eine – auch der Kunsthalle dienende – aktivierende Kraft hatte.“¹⁰ Doch auch die Tatsache, dass die Kunsthalle bis 1990 zu einem Viertel Ruine blieb, minderte den Wert des Areals (Abb. 5). Warum dauerte ihr Wiederaufbau so lange?

Während des „Dritten Reichs“ hatte in der Kunsthalle 1934 eine der frühesten Ausstellungen verfemter Kunst stattgefunden. 1942 wurde sie geschlossen, die Sammlung evakuiert und das prachtvoll ausgeschmückte Kunstmuseum in ein von viel zu vielen Besuchern frequentiertes Behördenzentrum umgewandelt.¹¹ Die Bombenangriffe auf Karlsruhe beschädigten die Kunsthalle vergleichsweise wenig, zerstörten jedoch den alten Akademieflügel. Nach 1945 wurden in seinem provisorisch wiederhergestellten Erdgeschoss die Büros der Museumsmitarbeiter sowie ein Vortragssaal für die nun verstärkte Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet. So blieb die Kunsthalle bis 1990 ein Torso und Objekt des Wiederaufbaus.

Ein erster Versuch, die Kunsthalle zum ursprünglich geplanten Vierflügelbau zu vollenden, wurde durch das Staatliche Hochbauamt Karlsruhe durch den Entwurf einer quaderförmigen Kubatur eines Flügels 1962 unternommen.¹² Am Widerspruch der Stadt Karlsruhe und an einer Wirtschaftsrezession scheiterte die Vollendung des am besten erhaltenen Kunstmuseums in Deutschland durch einen unverputzten Kubus in Ziegelbauweise.

Als ehemals großherzoglicher Besitz untersteht die Kunsthalle dem baden-württembergischen Kultusministerium. Zieht man seine seit 1968 erscheinenden Jahresberichte als Quelle heran, so lassen sich bis in die 1970er Jahre hinein weder bauliche noch konzeptionelle Initiativen zur Weiterentwicklung feststellen – wie im Übrigen für die anderen staatlichen Museen auch. Jahr für Jahr vergeblich betonte Kultusminister Helmut Engler (CDU), dass für die Kunsthalle „der Aufbau des vierten Flügels unabdingbare Voraussetzung für die Erfüllung der ihr gestellten Aufgaben

10 J. Werner, Die Kunsthalle geriet in den Strom des hektischen Verkehrs, in: *Badische Neueste Nachrichten* vom 17.12.1971.

11 Vgl. T. Fr. Rosebrock, Zwischen ideologischem und baulichem Zusammenbruch. Die Kunsthalle im Nationalsozialismus, in: *Staatliche Kunsthalle/R. Heß* (s. A 1), S. 234-255.

12 Vgl. R. Heß, Vom zweiten zum dritten Flügel. Thoma-Museum, Museumsreform und Wiederaufbau der Kunsthalle, in: *Staatliche Kunsthalle/R. Heß* (s. A 1), S. 206-223.



Abb. 5: Die Kunsthalle mit dem Erdgeschoss der alten Zeichenakademie, 1970er Jahre; Quelle: SAAI, *Südwestdeutsches Archiv für Architektur und Ingenieurbau* (Nachlass Thilo Mechau).

ist“.¹³ Museumsförderung hatte – wie in Frankfurt auch – bis Ende der 1960er Jahre wenig Wert. Beispielsweise erhielt die Kunsthalle erst 1970 künstliche Beleuchtung und damit die Möglichkeit, das Museum an bewölkten Tagen und in Wintermonaten offen zu halten.¹⁴

Der 1973 berufene Direktor Horst Vey erklärte den Wiederaufbau des vierten Flügels zu seinem ersten Ziel. Er sah die Ordnung der Sammlung mit der Ordnung des Gebäudes verknüpft. Vey griff damit auch auf das Raumkonzept von Museen aus der ersten „Gründerzeit“ wie der Kunsthalle oder der Pinakothek in München um 1835 zurück, wo Formate und Volumen von Kunstwerken der Sammlung Größe und Gestalt der Räume prägten.¹⁵ Doch auch damals verhindert eine Rezession die Vollendung der Kunsthalle.

13 Bericht des Kultusministeriums Baden-Württemberg zur Beratung des Haushaltsplanes 1969, o. S., Kunstbibliothek der Kunsthalle Karlsruhe.

14 Vgl. Staatsanzeiger für Baden-Württemberg vom 07.11.1970, Archiv der Kunsthalle Karlsruhe.

15 Vgl. Heinrich Hübsch, Querschnitte durch die Galerieräume und durch das Treppenhaus, 1837, Karlsruhe, Generallandesarchiv, Karlsruhe 510, abgedruckt in: *Staatliche Kunsthalle/R. Heß* (s. A 1), S. 95. Zu Leo von Klenze und der Alten Pinakothek vgl. *W. Nerdinger* (Hrsg.), *Leo von Klenze. Architekt zwischen Kunst und Hof 1784-1864*, München 2000, S. 286.

Es waren 1974 die Mitarbeiter der Kunsthalle unter Leitung von Vey, die ein Konzept zur Vollendung ihres Hauses unter den Gesichtspunkten eines modernen Museums vorlegten.¹⁶ In der „Nutzungsanforderung für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Nordflügels“ forderten sie die Vollendung der Kunsthalle durch eine Architektur, welche die Qualität der bestehenden Flügel aufnimmt und zeitgemäß weiterführt. Außerdem sollte diese in der Lage sein, den gewachsenen Raum- und Funktionsbedarf eines Museums der Nachkriegszeit baulich umzusetzen.

Da die Kunsthalle als solitäres Wiederaufbauobjekt anstatt als Säule großstädtischer Kulturpolitik betrachtet wurde, reagierte die Landesregierung mit einem „Sonderprogramm zur Verbesserung der Karlsruher Stadtqualität“. Es enthielt 30 Mio. DM für Wiederaufbau des vierten Flügels, Umbau und Neubau der Kunsthalle.¹⁷ Das Programm umfasste außerdem (man muss angesichts des etwas hochtrabenden Titels sagen, nur) die Rekonstruktion des weit entfernt liegenden Schlosses Gottesaue am Stadtrand (vgl. Abb. 3). Es ging der Landesregierung um Stadtreparatur durch den Wiederaufbau fürstlicher Strukturen, doch beim Theater hatten sie eine Ausnahme gemacht. Die CDU-Politiker vergaben damit die Chance zur Clusterbildung von Kulturbauten, die ihre Frankfurter Parteifreunde zur gleichen Zeit ergriffen.

In Stuttgart verstand man die architektonische Weiterentwicklung des Karlsruher Museums durchaus als städtebaulichen Faktor und gestand den Nachholbedarf ein, wie die Tagespresse berichtete: „Das Land Baden-Württemberg als Bauherr steht zu seinem Wort, daß die Vervollständigung der Kunsthalle zu den vorrangigen Projekten gehört, mit denen der Staat durch lange hinausgeschobene Nachholaufgaben das Gesicht der Stadt Karlsruhe, sein Gewicht vermehren will.“¹⁸ Doch auf die bis heute andauernde Störung des architektonischen Gravitationsfelds, in welchem sich die Kunsthalle nach dem Abriss des Theaters und dem Neubau des BVG befindet, suchte man keine Antwort. Die (zu) lange aufgeschobene, späte Rekonstruktion kriegszerstörter Bauten wie Kunsthalle (vollendet 1990) und Schloss Gottesaue (vollendet 1982) ließ sie zu Solitären innerhalb einer vornehmlich der Moderne verpflichteten wiederaufgebauten Stadt werden. Zu den Gravitationsstörungen zählt auch das südlich der Kunsthalle gelegene Amtsgericht des Staatlichen Hochbauamts von 1956: ein qualitätvoller, nachkriegsmoderner Bau,

16 Vgl. H. Vey, Nutzungsanforderung für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Nordflügels der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe und für Baumaßnahmen am bestehenden Bau im Gefolge des Wiederaufbaus, Juli 1974, Regierungspräsidium Karlsruhe, Abteilung Denkmalpflege, Akte I, 22.9.46-8.86.

17 Vgl. S. Ulitz-Weber, Im Museum bald keine Raumnot mehr, in: Stuttgarter Nachrichten vom 11.07.1984.

18 J. Werner, Kunsthalle-Abschluß als Herausforderung, in: Badische Neueste Nachrichten vom 24.12.1980.

der die gedrungene Zweistöckigkeit des früheren Baus (vgl. Abb. 2) aufnimmt (dieser besaß allerdings eine andere Funktion) sowie die Transparenz postfaschistischer Gerichtsbarkeit überzeugend in seine Architektur inkorporiert. Als Nachbar, der die Kunsthalle in Spannung zu versetzen vermag, ist der denkmalgeschützte Bau jedoch ebenso ungeeignet wie der barocke Vorgänger.

1978 wurde ein Wettbewerb zu Wiederaufbau und Vollendung der Kunsthalle ausgeschrieben, den der 1931 geborene und in Karlsruhe ausgebildete Heinz Mohl gewann. Mohl hatte zuvor kein Museum erbaut, was zu jener Zeit nicht unüblich war. Die Landesregierung mischte sich in die Baumaßnahme nicht ein, sondern überließ die Findung Direktor Vey und Architekt Mohl – eine Paarung in der Geschichte des Museums, die durchaus zu Konflikten wie jenen zwischen Galerie-Inspektor Georg von Dillis und Leo von Klenze um die Alte Pinakothek¹⁹ führen kann –, natürlich nicht zwangsläufig.²⁰

Vey vertrat seine Position in der Presse, die ihn folgendermaßen zitierte: „[Die Aufgabe, ein Museum zu bauen] sei für Architekten eine ‚harte Nuß‘. Sie mit Erfolg knacken könne nur, wer sich von Anfang an darüber informiere, was ein Museum ist und welche Bedingungen es in Belichtung, Belüftung, Sicherheit u. ä. erfüllen müsse. [...] Von Herrn Mohl erwarten wir, daß er die Architektur unserer Zeit mit Takt und vielleicht einer gewissen Reverenz gegenüber der Vergangenheit macht.“²¹ Nun mischten sich auch in Karlsruhe die Nutzer in das Bauen ein. Das Ergebnis waren zwei neue Flügelbauten: Mohl- und Amersbach-Flügel in postmoderner Architektur. Letzterer wiewohl unbeschädigt wurde bis auf die schlossseitige Fassade niedergelegt und neu aufgebaut. Die Forderung von Vey nach einem Rundgang auf allen Geschossen der Kunsthalle wurde damit erfüllt, jedoch zu Lasten der Erscheinung des Innenhofs mit höhergelegtem Kellergeschoss und einer Viergeschossigkeit hinter einer dreigeschossigen Fassade.

In Baden sind nach 1945 abgesehen von wenigen Ausnahmen wie das Reuchlin-Haus in Pforzheim 1961 von Joseph Lehmbruck keine Museen errichtet worden. Ob es daher richtig war, ausschließlich badische Architekten zum Wettbewerb zuzulassen, darf bezweifelt werden, auch wenn der Mohl-Flügel sich zum Außenbau hervorragend mit dem Hübsch-Bau verträgt. Dass jedoch in der beginnenden Boom-Phase des europäischen Museumsbaus auch eine Steigerung möglich war, zeigt James Stirlings kurz darauf erbaute Erweiterung der Staatsgalerie Stutt-

19 Vgl. *W. Nerdinger* (s. A 15), S. 283-285.

20 Die Zusammenarbeit von Frommel und Hübsch in Karlsruhe scheint dagegen mit klar verteilten Rollen harmonisch verlaufen zu sein; vgl. *W. Zimmermann* (s. A 1), S. 50 f.

21 *M. Schwerdtfeger*, Anbau der Kunsthalle nach Plänen Prof. Mohls, in: *Badische Neueste Nachrichten* vom 21.03.1978.

gart. Seit ihrer Eröffnung 1982 liegt Stuttgart auf der internationalen Landkarte des Museumsbaus. Die Neue Staatsgalerie dient als Element des Clusters aus Museen, Schloss, Theater und Park nicht nur der räumlichen Qualität der Stadt, sondern auch ihrer Imagebildung.

Frankfurt 1970/1980 – Boomzeit der Museen

Hatte Karlsruhe seine Hauptstadtfunktion verloren, war Frankfurt nach dem Zweiten Weltkrieg in Erinnerung an das Paulskirchenparlament sogar kurz als Hauptstadt Westdeutschlands vorgesehen. In den Folgejahren wuchs Frankfurt als bereits im Mittelalter bedeutende Messe- und Handelsstadt zu einem international bedeutenden Banken- und Finanzplatz. Die Stadt weist als einzige in Deutschland eine Skyline aus Hochhäusern der Verwaltungszentralen von Banken und Versicherungen auf. Bereits seit der Gründung Karlsruhes 1715 der badischen Stadt an Einwohnerzahlen, Stadtfläche, Wirtschaftskraft überlegen, hat Frankfurt Karlsruhe in der neuen „Gründerzeit“ der Museen auch kulturell eingeholt. Dieser Aufbruch war städtebaulich begründet: Frankfurts Architektur der Nachkriegszeit galt als misslungen. Oberbürgermeister Wallmann nannte sie „Betonarchitektur“.²² Rückblickend behauptete Wallmann eine mangelnde Rechtsverbindlichkeit der Stadtplanung und kritisierte die heute abgerissenen Bauten des Technischen Rathauses und des Historischen Museums: „Mit Sicherheit vermitteln solche Bauten kein Harmoniegefühl und tragen zu einer ambivalenten, wenn nicht unzufriedenen Stimmung gegenüber der Stadt bei.“²³ Daher sollte das südliche Ufer mit seiner Anlage aus Villen und Parks erhalten bleiben. Einige moderne Flachbauten waren bereits am Ufer entstanden, „[...] deren erstarrende Wirkung auf landschaftliche und historische Umrisse ja auf der Cityseite [mit ihrer Hochhauskyline] erschreckend demonstriert wird.“ So urteilte Helene Rahms ganz im Sinne Wallmanns im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 1980 und schrieb weiter: „Das selbstgeprägte Schlagwort ‚Museumsufer‘ regte dazu an, sich auf den imaginären Wettstreit einzulassen, den westdeutsche Großstädte umso heftiger austragen, je unwirtlicher sie werden.“²⁴

Das städtebauliche Argument allein hätte jedoch das Projekt nicht so erfolgreich werden lassen, hätten nicht Hilmar Hoffmanns Ziele einer demokratischen Stadt-

22 W. Wallmann, Frankfurt. Gesichter einer Großstadt, Ophthalmologisches Symposium anl. der Eröffnung der neuen Augenklinik in Höchst am 26. April 1986, Frankfurt a. M., Institut für Stadtgeschichte, Bestand Büro OB Wallmann, Nr. 1, Ausstellungen und Eröffnungen 1977-88/Reden.

23 W. Wallmann, Im Licht der Paulskirche. Memoiren eines Politischen, Potsdam 2002, S. 119 f.

24 H. Rahms, Alte Villen, neue Ufer. Frankfurt im Museumsgründungsrausch: Ein Riesenprojekt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.12.1983.

kultur die geistigen Beweggründe des Ausbaus jenseits des Parteienstreits formuliert. Hoffmann verstand die Demokratie als die Gesellschaftsform, in der „[...] alle Bürger das Recht [haben], sich auch mit Hilfe der Künste verwirklichen zu können.“²⁵ „Kultur für alle“ war für Hoffmann auch „Kultur von allen“. Dieses inkludierend-pluralistische, High- und Low-Art umfassende Kulturkonzept bestimmte ab den 1980er Jahren die Frankfurter Kulturpolitik und wurde sowohl in den Stadtteilen wie in der Innenstadt verwirklicht. In den Kreis der Akteure aus Politik und Presse trat damals auch der Marburger Kunsthistoriker Heinrich Klotz, der Gründungsdirektor des Deutschen Architekturmuseums am Mainufer wurde. Klotz hob durch sein Engagement und seine Kontakte das Niveau der Frankfurter Baukultur entschieden an. Peter Iden, Feuilletonchef der Frankfurter Rundschau mit guten Verbindungen zu Sammlern zeitgenössischer Kunst, trat für die Gründung eines Museums moderner Kunst ein. Unterstützt wurden Klotz und Iden von Großbürgern und Vertretern der Frankfurter Wirtschaft, vor allem von global agierenden Banken, die ihrerseits Kunst als Element ihrer internationalen Corporate Identity Policy sammelten.

Unter der Leitung von Klotz wurden Oswald Mathias Ungers, Richard Meier, Hans Hollein, Robert Venturi und Denise Scott Brown zum Wettbewerb eingeladen.²⁶ Meier baute das Museum für Kunsthandwerk an die Metzlersche Villa an und gestaltete auch den anschließenden Park – sein erstes Projekt in Europa. Ungers baute eine Villa zum Deutschen Architekturmuseum um, Helge Bofinger eine zum Deutschen Filmmuseum. Venturi und Scott Brown entwarfen ein Museum für moderne Kunst, welches nicht errichtet wurde. Ihre Bauten und Entwürfe setzten Maßstäbe für Museumsbauten auch in anderen Städten. Dass Architekten des Auslandes (zum ersten Mal in der Nachkriegszeit auf der Internationalen Bauausstellung Berlin 1957) in Deutschland bauten, blieb in der alten Bundesrepublik die Ausnahme, nicht die Regel.

Die Stadt ließ Heinrich Klotz eine Sammlung aus Architekturzeichnungen und -modellen zusammenstellen und erwarb Nachlässe als Grundstock für das Filmmuseum einschließlich des Kommunalen Kinos. Die Museen für Kommunikation und für Völkerkunde bezogen zwei weitere Villen. Im Ganzen entstanden zwischen 1979 und 1988 fünf neue Museen am Mainufer. Das Kulturareal in der Frankfurter Innenstadt wurde, anders als in Karlsruhe, durch die – lang aufgeschobene und teure – Rekonstruktion der kriegszerstörten Oper an ihrem Standort arrondiert (1981), die seinen Abschluss im Nordwesten bildet.

25 H. Hoffmann, *Kultur für alle. Perspektiven und Modelle*, Frankfurt 1979, S. 19.

26 Vgl. „Die Klotz Tapes. Das Making-of der Postmoderne“, in: *Arch+ 47* (2014), S. 88-91.

Die Verantwortlichen in den bestehenden Museen dagegen blickten skeptisch auf das Museumsuferprojekt. So forderte der damalige Städel-Direktor Klaus Gallwitz den Ausbau des Städel anstatt der Gründung weiterer Museen.²⁷ Ellen Spikernagel vom Historischen Museum kritisierte das Fehlen eines Entwicklungsplans für die städtischen Museen.²⁸ Gallwitz und Spikernagel kritisierten den Kulturpopulismus der Frankfurter CDU, die auf symbolträchtigen Städtebau setzte, um, so Wallmann, „[...] die Bürger auf ihre Stadt stolz zu machen“.²⁹ Es war der heutige AfD-Vorsitzende Alexander Gauland, der als persönlicher Referent Wallman bei der Umsetzung des Museumsuferplans vertrat.³⁰

Neonationale Agenden?

Auch die Bonner Kulturpolitik erkannte die wachsende Bedeutung von Kulturarbeit für das Gemeinwesen. Hoffmanns erweiterter Kulturbegriff überschneidet sich mit demjenigen der sozialliberalen Regierung von Bundeskanzler Willy Brandt. 1971 hatte Außenminister Walter Scheel Kulturpolitik als wichtiges Element der öffentlichen Bildung herausgestrichen, was Hoffmann in seinem Buch aufgriff.³¹ Das berührt die Abwesenheit von Nationalmuseen. Die Bundesregierung zögerte mit der Gründung von Nationalmuseen wegen des Status als geteiltes Land ohne permanente Hauptstadt, bis Bundeskanzler Kohl 1987 das Tabu brach und das Deutsche Historische Museum in Westberlin gründete. Die neonationale Agenda führten die Frankfurter Kommunalpolitiker fort, indem sie zwei ihrer Museen einen nach Nationalmuseum klingenden Titel gaben: Deutsches Filmmuseum und Deutsches Architekturmuseum. Sie werden bis heute nicht von der Bundesregierung getragen, sondern sind kommunale Einrichtungen, die die Stadt Frankfurt alleine (und mit knappem Budget) finanziert.

Die baden-württembergische CDU unter Lothar Späth, einem Opponenten Kohls, nahm an dem neuen Kurs nicht teil und pflegt ihr föderales fürstliches Erbe, zu denen die großen Museen gehören. Wie die oben zitierten Statements der baden-württembergischen Politiker zeigen, waren sie nicht von der optimistischen Stimmung Hilmar Hoffmanns oder von dem Kulturpopulismus Kohls und Wallmanns angesteckt.

27 Ebd., Aktennotiz vom 11. September 1979, S. 61.

28 Vgl. E. Spikernagel, Museen – uferlos. Zum Plan des Frankfurter Museumsufers, in: Die Zukunft beginnt in der Vergangenheit. Museumsgeschichte und Geschichtsmuseen, Schriften des Historischen Museums Frankfurt am Main, Bd. XVI, Frankfurt a. M. 1982, S. 38-44, S. 39.

29 W. Wallmann (s. A 23), S. 118.

30 Vgl. Klotz Tapes (s. A 27), S. 53, 67, 88, 91, 135, 196-201.

31 Vgl. H. Hoffmann (s. A 25), S. 31.

Schluss

Die Ausgangsfragen waren: Mit welchem Ziel entwickelte sich die Interaktion von Städtebaupolitik, Architektur und Museum in den beiden „Gründerzeiten“? Wie beeinflussten Politiker die Museen und ihre Fähigkeit, nicht nur als Sammlungshäuser mit Bildungsauftrag zu funktionieren, sondern auch zur Stadtraumqualität und globalen Standortbildung beizutragen? In einem museumsgeschichtlichen Vergleich wurde der Blick auf die großen Linien der Interaktion von Kulturpolitik, Stadt, und Museum in Karlsruhe and Frankfurt um 1840 und 1980 gelenkt. Während 1846 Deutschlands viertältestes (und nach Glyptothek, Pinakothek und Altem Museum Berlin) das im Innern am besten erhaltene Museum in Karlsruhe eröffnete, unterstützte die Stadt Frankfurt erst ab 1907 ihr lokales Kunstmuseum.

Indem die Sammlungshäuser in bürgerliche Wohngebenden gebaut und damit neue Orte des schichtenübergreifenden Kontakts geschaffen wurden, reagierte die Politik auf den langsamen Abbau von Standesgrenzen im Zuge der Verbürgerlichung im 19. Jahrhundert.

In der Nachkriegsperiode verlor das Karlsruher Kulturareal im Schlossbezirk durch den Abriss des Theaters und den 45 Jahre währenden Torsocharakter der Kunsthalle an Attraktivität. In Frankfurt hingegen wurden dem Städel neue Museumsbauten der internationalen Postmoderne beigelegt. Der Name „Museumsufer“ wurde – zusammen mit den Rekonstruktionen der Alten Oper und des Römerbergs – zu einem weithin wahrgenommenen Begriff für die Wiedergewinnung des Urbanen durch eine Baupolitik, die das Lokale aufwertet und zeitgenössisch nachbaut. Der jüngst erfolgte Abriss des Historischen Museums (1972) und des Technischen Rathauses (1974) wurde im Zuge dessen bereits in den 1980er Jahren vorgedacht, wie der damalige Oberbürgermeister Wallmann in seinen Memoiren festhielt – sicherlich auch als Zeugen der langjährigen SPD-Stadtregerung. Den Neubau einschließlich der Rekonstruktion eines Teils der Frankfurter Altstadt hatte Wallmann dagegen nicht vorausgesehen.

In beiden Städten wuchs Zahl und Umfang der Museen, doch in Karlsruhe wurde die Signifikanz der Kunsthalle für die Stadtplanung nicht erkannt. Indem sie als Wiederaufbauprojekt und ohne die notwendige Flankierung durch neue Institutionen in ihrer Nachbarschaft betrachtet wurde, entstand bis heute eine konzeptuelle Lücke. In diese stieß der Kunsthallendirektor Vey, der sich für ein Museum mit Räumen für ein breites Bildungsangebot und für einen Rundgang durch die Sammlung engagierte. Für die Entwicklung der Umgebung seines Hauses konnte Vey jedoch, beschränkt durch sein Amt und ohne einen Kreis von Akteuren wie in Frankfurt, nichts erreichen.

Dort wurde mit dem Museumsufer eine neue architektonische Qualität städtischer Bebauung erreicht. Das war auch eine Folge des personellen Netzwerks, das das Projekt stützte: Ohne Gründungsdirektor Klotz und seine Sammlungsaktivitäten hätte die Stadt Frankfurt sicherlich keine Kontakte zu den postmodernen Architekten in den USA wie Venturi und Scott Brown oder Meier geknüpft. Jedoch zeichnet sich in Wallmanns Baupopulismus über die Köpfe der Experten hinweg, im Wirken Gaulands, das im Rückblick verdächtig erscheint und vor allem in der Rekonstruktionsinitiative des rechtsextremen Kommunalpolitikers Wolfschlag ein konservativer Traditionsstrang ab, der sich möglicherweise bis zur Debatte um die Rekonstruktion des Goethe-Hauses und zum antimodernen Abendlanddiskurs in den 1950er Jahren zurückverfolgen lässt.³² Der Wunsch nach Identifikation mit dem Ort, an dem man lebt und seiner Architektur ist politisch instrumentalisierbar. Das ist vor allem dann so, wenn nicht mehr Hilmar Hoffmanns und Friedrich Heckers Rufe nach „Kultur für alle“ die Politik prägen, und Grund genug, den Ausbau von Städten und Museen als Instrument der Politik zu betrachten.

32 Vgl. A. Schildt, Antikommunismus von Hitler zu Adenauer, in: N. Frey/D. Rigoll (Hrsg.), Der Antikommunismus in seiner Epoche. Weltanschauung und Politik in Deutschland, Europa und den USA, S. 186-203, 191-193.

Urbane Interventionen im öffentlichen Raum

Transformationspotenziale in Stadtteilzentren

Stadtteilzentren und urbane Interventionen

Flexibilisierung und Dynamisierung gesellschaftlicher Prozesse prägen die Stadtentwicklung zunehmend. Temporäre Raumnutzungen sowohl im gebauten als auch im öffentlichen Raum geben Impulse für die Stadtentwicklung und fördern die Kommunikation über Nutzungsoptionen, die einen gesellschaftlichen und nicht *ausschließlich* einen wirtschaftlichen Mehrwert darstellen. Zwischennutzungen – mittlerweile ein gängiges Modell der Raumnutzung – haben sich zum Motor der kreativen, sozial orientierten Stadterneuerung entwickelt.¹ Auch im Rahmen der IBA StadtRegion Stuttgart 2027 sollen temporäre Orte und Interventionen eine zentrale Rolle spielen, sie bilden eine der drei Ebenen der IBA-Konzeption.²

Urbane Interventionen sind eine besondere Form der Zwischennutzung. Sie eröffnen neue Perspektiven auf gewohnte Raumnutzungsmuster sowie die Wahrnehmung des öffentlichen Raums. Sie überbringen Botschaften und sind oft Ausdruck eines Protestes gegen Missstände. Eine inzwischen etablierte Form der Subkultur wird zu einem Mittel der Kommunikation: Was ist das für ein Raum? Was kann er leisten? Welche Potenziale bringt er mit sich? Welche Möglichkeiten eröffnen sich für ein lebendiges Miteinander?

Die Stadtzentren sind in erster Linie „Hot Spots“ urbaner Interventionen. In den Suchradius von Akteuren urbaner Interventionen geraten jedoch zunehmend auch die Stadtteilzentren. Stadtteilzentren verändern sich, gewachsene Versorgungsstrukturen brechen weg, neue Formen der Zentralität werden gesucht: Wo ist unsere soziale und kommunikative Mitte? Bietet sie Teilhabe für alle Menschen im Stadtteil mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen, die sich im Zuge des demografischen Wandels verändern?

Im Forschungsprojekt „Transformation gewachsener Zentren – Neue Entwicklungsperspektiven durch soziale, ökonomische und ökologische Innovationen“

1 Vgl. P. Oswalt/K. Overmeyer/P. Misselwitz, Einführung, in: P. Oswalt/K. Overmeyer/P. Misselwitz (Hrsg.), Urban Catalyst, Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln, Berlin 2014, S. 10.

2 Vgl. www.iba2027.de [12.05.2018].

des Bundesministeriums für Bildung und Forschung untersuchen die HafenCity Universität Hamburg, die Hochschulen Hamburg, Hildesheim/Holzminden/Göttingen und die Hochschule für Technik Stuttgart akteursbezogene Strategien und Ansätze der Transformation gewachsener Zentren (2017-2020). Zentrale Forschungsfrage ist, welche Möglichkeiten sich unter den gegebenen Rahmenbedingungen aus den spezifischen Akteurskonstellationen vor Ort ergeben und wie unterschiedliche Interessen und Handlungsmöglichkeiten für eine nachhaltige und resiliente Transformation der Zentren genutzt werden können. Übergeordnetes Ziel ist es, Beiträge zur nachhaltigen Transformation und Entwicklung gewachsener Zentren zu leisten. Es werden transformative Kräfte vor Ort identifiziert und gestärkt, um soziale, ökonomische und ökologische Innovationen anzustoßen. Dabei geht es auch darum, den Wirkungsradius von urbanen Interventionen in Stadtteilzentren zu untersuchen. Wichtige grundlegende Erkenntnisse über die Rahmenbedingungen urbaner Interventionen lieferte das Projekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „Whats`SUB Stuttgart – Kreative Stadt gestalten – Subkultur erhalten“ (Hochschule für Technik Stuttgart in Kooperation mit der Landeshauptstadt Stuttgart 2015-2017).³

Transformation der Zentren

Von den räumlich selektiven Prozessen der Stadtentwicklung wie wachsenden Bevölkerungszahlen oder steigenden Immobilien- und Bodenpreisen profitieren nicht alle Städte und Stadtteile. Manche Räume geraten vielmehr unter hohen Anpassungs- und Erneuerungsdruck. Hierzu zählen gewachsene Zentren, wie Nahversorgungs- und Stadtteilzentren sowie Randbereiche der Innenstädte. In Klein- und Mittelstädten sind häufig die Innenstädte selbst von diesen Entwicklungen betroffen. Ehemals vitale Zentren verlieren zunehmend an Bedeutung und Wertschätzung, es kommt zu Transformationsprozessen. Transformation wird im Duden als Umformung, Umwandlung und Umgestaltung beschrieben. Transformation ist nach dieser Definition ein wesentliches Merkmal von Stadtentwicklung. Kontinuität, Stadtteilleben und die Eigenlogik eines Stadtteils sind dabei von Bedeutung.⁴

Stadtteilzentren haben eine wichtige Bedeutung für das Zusammenleben in den Städten und Gemeinden. Die Vitalität dieser Zentren ist von entscheidender Bedeu-

3 Vgl. D. Kurth/C. Simon-Philipp, What`SUB Stuttgart – ein Streifzug durch temporäre Räume, Stuttgart 2017.

4 Vgl. F. Fischer/U. Altröck/G. Bertram, Die Neustrukturierung der stadtrégionalen Politik und das Forschungsfeld „Von der Stadt der Moderne zur Nachmodernen Stadtregion“, in: U. Altröck/J. Aring/U. Hahne/I. Reuther (Hrsg.), Gewinnen, Verlieren, Transformieren, Die europäischen Stadtregionen in Bewegung, Berlin 2011, S. 25.

tung, wenn es um die Funktionsfähigkeit einer Gesamtstadt geht. Als Identifikationsanker für Gesellschaft und Alltagsorte haben sie vielfältige Aufgaben inne. Sie sind Orte des sozialen Zusammenhalts, der ökonomischen Tragfähigkeit und der kulturellen Innovationen.⁵ Viele dieser gewachsenen Zentren, insbesondere kleinere Nahversorgungszentren, Stadtteilzentren und Randbereiche zentraler Lagen sind von Funktionsverlusten betroffen. Im Rahmen der Städtebauförderung konnte die Nutzungsvielfalt in den Zentren durch die Kombination von investiven und nicht investiven Maßnahmen zwar deutlich gestärkt werden, nicht immer lassen sich die Erfolge jedoch längerfristig verstetigen.

Auswirkungen von Transformationsprozessen auf Stadtteilzentren

Der Strukturwandel im Einzelhandel setzt den Zentren stark zu.⁶ Viele Geschäftsflächen erscheinen für Investoren unter heutigen Gesichtspunkten nicht mehr interessant. Umfangreiche Konzentrationsprozesse, die mit einer Zunahme der Verkaufsfläche pro Ladeneinheit bei gleichzeitiger Ausdünnung des Standortnetzes einhergehen, machen die kleinteiligen Strukturen uninte-



Abb.: 1, 2: Verödung der Stadtteilzentren durch Strukturwandel; Foto: Chr. Simon-Philipp.



Abb. 3: Alternative Nutzungen von ehemaligen Ladenflächen als Ateliers und Werkstätten; Foto: Chr. Simon-Philipp.

5 Vgl. www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/AktiveStadtUndOrtsteilzentren/Programm/Grundlagen/grundlagen_node.html [24.04.2018].

6 *Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Innenstädte und Zentren strategisch entwickeln, Eine Arbeitshilfe zur Erstellung von integrierten Handlungskonzepten, Düsseldorf 2016, S. 16.*

gängigen Verkaufsflächen.¹² Oftmals führt dies zu einer Abwärtsspirale außerhalb der 1A-Lagen.¹³

Nebenzentren sind die großen Verlierer der genannten Entwicklungen. Besonders gefährdet sind Zentren mit einem ausgedehnten Geschäftsbereich und fehlenden Flächen für größere Einheiten.¹⁴ Die Kunden weichen auf andere Möglichkeiten aus.¹⁵ Dies schwächt das Nebenzentrum auch als Wohnstandort. Gelegenheitseinkäufe reichen nicht aus, um den Handel überleben zu lassen.¹⁶ Letztlich bleiben Investitionen aus und die Funktionsfähigkeit des Zentrums ist gefährdet.¹⁷ Es kommt zu Bedeutungs- und Funktionsverlusten, zu „Erosionsprozessen“ in kleineren Städten, dezentralen Nebenlagen oder auch im suburbanen Raum.¹⁸

Die Bedeutung des öffentlichen Raums

Standortfördernde Rahmenbedingungen beziehen auch das Image und die Stadtgestaltung ein. Attraktive öffentliche Räume steigern den Lagewert und die Investitionsbereitschaft.¹⁹ Aufenthaltsqualität und Verweildauer stehen in direktem Zusammenhang mit gastronomischen Angeboten und Kultur(einrichtungen), Dienstleistungsangeboten und der infrastrukturellen Standortqualität.²⁰ Der öffentliche Raum ist das Gerüst einer Stadt bzw. eines Stadtteils, wirkt identitätsstiftend und ermöglicht Begegnungen. Als wesentlicher Standortfaktor fällt ihm demnach eine zentrale Rolle bei der Transformation von Zentren zu.

„Der öffentliche Raum bildet die Werkstatt der Aneignung und des Ausprobierens neuer Formen der Bürgerbeteiligung, der politischen Demonstration und der politischen Mitwirkung.“²¹ Jane Jacobs misst gerade den Straßen und Bürgersteigen einer Stadt eine tragende Rolle zu. Für sie sind die Gehwege und Aufenthalts-

12 Vgl. P. Achten, Risikopatient Innenstadt – Trading Down und Leerstand, in: E. Frauns/J. Imorde/R. Junker (Hrsg.), Standort Innenstadt – Raum für Ideen, Eppstein 2007, S. 66 f.

13 Ebda, S. 66 f.

14 Ebda, S. 69.

15 Vgl. P. Oswald/K. Overmeyer/P. Misselwitz, Einführung, in: P. Oswald/K. Overmeyer/P. Misselwitz (Hrsg.), Urban Catalyst, Mit Zwischennutzungen Stadt entwickeln, Berlin 2014, S. 10; F. Pesch/M. Schenk/T. Sperle (s. A 7), S. 24.

16 Vgl. F. Fischer u. a. (s. A 4), S. 26.

17 Ebda, S. 17.

18 F. Pesch/M. Schenk/T. Sperle (s. A 7), S. 24.

19 Vgl. www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/SharedDocs/Publikationen/StBauF/AktiveStadtOrts-teilzentren/Transfer5Berding.pdf?__blob=publicationFile&v=2 [24.04.2018].

20 Vgl. P. Achten (s. A 8), S. 72 ff.

21 Vgl. T. Sieverts, Die Gestaltung des öffentlichen Raumes, in: A. Havemann/K. Selle (Hrsg.), Plätze, Parks & Co. Stadträume im Wandel – Analysen, Positionen und Konzepte, S. 366.



Abb. 4: Sperrung der B 14 im September 2014 – Straßenraum als Lebensraum (Initiative Aufbruch Stuttgart); Foto: Chr. Simon-Philipp.

bereiche die wichtigsten Orte einer Stadt, die lebenskräftigsten Organe.²² Es liegt auf der Hand, dass funktionierende Stadt- und Stadtteilplätze einen wesentlichen Teil zur Attraktivitätssteigerung und Belebung der Zentren beitragen. Auch Bildungseinrichtungen und Orte der administrativen Versorgung können den öffentlichen Raum beleben.²³ Einkauf ist jedoch mit Abstand der wichtigste Grund für einen Besuch des Zentrums.²⁴

Es gibt vielfältige planerische Instrumente, Strategien und Programme, die dazu beitragen, die Zentren aufzuwerten und zu stärken. Vorhandene Flächen werden qualifiziert, der öffentliche Raum aufgewertet und die Infrastruktur gestärkt.²⁵ Die Städtebauförderung trägt wesentlich zur Qualifizierung der Zentren bei. Dabei nimmt die Attraktivierung des öffentlichen Raums und dessen positive Wirkung auf die soziale Kohäsion und damit die Zentrenentwicklung eine zentrale Rolle ein.²⁶ Erweitert werden die bewährten Instrumente durch neue Formen der Pla-

22 J. Jacobs, *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, Basel 1963, S. 27.

23 *Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr* (s. A 6), S. 5.

24 *Bundesministerium für Wirtschaft und Energie* (s. A 10), S. 8.

25 Vgl. E. Greipl (s. A 11), S. 16 f.

26 Vgl. www.bbbsr.bund.de/BBBSR/DE/Stadtentwicklung/Staedtebauforderung/Forschungsprogramme/AktiveStadtOrtsteilzentren/Projekte/ASO_Zwischenevaluierung/01_Start.html;jsessionid=E5435617498D3A1DAB13F9BFF1D3004A.live21303?nn=441738¬First=true&docId=742698, [24.04.2018].



Abb. 5: Temporäre Intervention „Wo ist überhaupt dieser Österreichische Platz?“, Stadtlücken e.V. 2016; Quelle: Hochschule für Technik Stuttgart.

nung, Aktivierung und Kommunikation. Durch temporäre Intervention werden Erlebnisräume geschaffen, die neue Impulse für die Stärkung der Zentren geben können.²⁷

Interventionen im öffentlichen Raum

Unter Interventionen werden „Aktionen von Künstlern, die den Grenzbereich zwischen Stadtentwicklung und Kunst immer mehr überwinden lassen [verstanden]. Planerische Strategien nutzen künstlerische Mittel und performative Kunstformen wollen die Stadtentwicklung beeinflussen.“²⁸ Bei Interventionen werden planerische und künstlerische Strategien simultan angewendet. Durch Installationen oder Aktionen werden Räume hinsichtlich einer stadtentwicklungsbezogenen Aussage verändert. Sowohl experimentelle Nutzungsarrangements, künstlerische Inszenierungen als auch raumbezogene Aktionsspiele können als Interventionen bezeichnet werden.²⁹

²⁷ Ebda, S. 16.

²⁸ U. Altröck/S. Beeck, Stadtentwicklung und die Praxis von „Interventionen“, in: RaumPlanung 167 (2013), S. 21.

²⁹ Ebda, S. 21.

Um 1960 veränderte sich der Kunstkontext. Fluxus, Neo-Realismus, die Konzeptkunst und Land Art wurden zu Alltagspunkten künstlerischer Produktion. Der Ruf „Raus aus den Museen“ bewegte zum Aufbrechen und Aufsprengen des bestehenden Kunstbegriffs. Daniel Beuren, Hans Haacke und Joseph Beuys etablierten die performativen und temporären Aspekte des künstlerischen Geschehens jenseits von Bühnen und Museen. Mit der Public Art in den 1990er Jahren wurde die Aufmerksamkeit auf die Lebenssituationen von Bürgern, die Auseinandersetzung mit einer sozialen Situation und künstlerische Herangehensweisen gelegt. Die Probleme und resultierenden Fragestellungen wurden oftmals mit den Menschen vor Ort genauer untersucht und dieser Ort dann als Bühne genutzt.³⁰

Wirkung von Interventionen im öffentlichen Raum

Interventionen im öffentlichen Raum bergen vor allem durch ihre provokative Art vielfältige Potenziale. Im öffentlichen Raum können viele Menschen erreicht werden. Kunst kann neue Erkenntnisse zum Thema Stadtraumnutzung und Stadtentwicklung liefern. Jedoch ist nicht immer abzusehen, wie publikumswirksam ein temporärer Eingriff wird, da der öffentliche Raum und der jeweilige soziale Kontext eine gewisse Eigendynamik haben. Temporäre Interventionen, die Anstöße für Veränderungen sein können, erfordern Gestaltungswillen, die Bereitschaft für Öffentlichkeit und ein hohes Maß an Flexibilität und Zeit.³¹ Der öffentliche Raum hat einen hohen Stellenwert für Kunst und Kultur. Es können Akzente gesetzt und Aufmerksamkeit erregt werden.³² Eine Umdeutung durch Intervention kann das Image von peripheren oder entwerteten Räumen nachhaltig verändern. Der öffentliche Raum erhält eine neue Bedeutung und es können ungeahnte stadträumliche Bezüge geknüpft werden.³³

Temporäre Interventionen können als eine Art „Diagnoseinstrument“ angewendet werden.³⁴ Funktioniert ein öffentlicher Raum nicht, ist dies meist ein Hinweis auf ein Zuviel oder Zuwenig, auf eine zu starke Kommerzialisierung oder Übernutzung, auf Vernachlässigung, Verdrängung oder Ausgrenzung. Durch temporäre Interventionen können Räume neu „codiert“ werden. Mit einem geringen bauli-

30 Ebda, S. 22.

31 Ebda, S. 25; *W.J. Beeren/U. Berding/F. Kluge*, RAUMaufZEIT, Bd. 1, Temporäre Interventionen im öffentlichen Raum, Erfstadt 2013, S. 15.

32 *F. Pesch/M. Schenk/T. Sperle* (s. A 7), S. 47.

33 *A. Hartz/O. Kühne*, Transformation von Stadtlandschaften: ästhetisch-partizipative Planungsansätze, in: *U. Altrock/J. Aring* (s. A 4), S. 168.

34 Vgl. *U. Berding/F. Kluge*, Vorübergehen – Stadtgestaltung durch Kunstaktionen?, in: *W.J. Beeren u. a.* (s. A 31), S. 16.

chen Aufwand können Stadträume so verändert werden, dass die Seh- und Nutzungsgewohnheiten von Passanten und Bewohnern bewusst gebrochen werden. Unscheinbare, alltägliche Plätze können belebt und beispielsweise neue Nutzungsmöglichkeiten erprobt werden.

Durch ihren temporären Charakter und die Unverbindlichkeit können Interventionen im öffentlichen Raum zu neuen Möglichkeiten und Lösungen führen. Interventionen stellen eine Art Abstand zu den bisherigen „ernsten Gegebenheiten“ her und sind gleichzeitig eine sichtbare und erfahrbare, künstlerische Welt im Alltag. Es entsteht die Möglichkeit mit anderen Augen eine neue Selbstverständlichkeit auszuprobieren.³⁵ Temporäre Interventionen können verstetigt werden, sie verändern dadurch jedoch ihren ursprünglichen Charakter.³⁶

Camilo Sitte hat bereits darauf hingewiesen, dass ein Ausprobieren im Stadtraum wichtig sei, um zu entscheiden, ob eine auf Dauer angelegte Veränderung in Angriff genommen werden solle oder nicht. So können Interventionen auch großmaßstäbliche Eingriffe vorbereiten.³⁷ Genauso kann das Spezifische eines Ortes hervorgehoben werden, um seine Qualitäten zu unterstreichen oder es können gemiedene Orte in Szene gesetzt werden, um sie ins Bewusstsein zu rufen. Die vielen „Talente“ eines öffentlichen Raums können präsentiert werden.

Interventionen erstrecken sich meist nur über einen kurzen Zeitraum und sind daher vergleichsweise leicht zu planen und mit überschaubarem Aufwand durchzuführen.³⁸ Sie können als „Orte auf Zeit“ die gewohnte und alltägliche Wahrnehmung dennoch grundsätzlich und längerfristig verändern. Durch die Verknüpfung von ungewohnten Bildern mit dem Alltäglichen entstehen neue, bis dahin kaum wahrgenommene Situationen.³⁹ Urbane Interventionen greifen die lokale Atmosphäre auf und „schleusen sich“ in die Alltagswahrnehmung der Passanten ein. Passanten und Bewohner werden dazu ermutigt, an der Gestaltung ihres Lebensumfelds teilzunehmen.

Interventionen als Impulse für kommunale Planungen

Öffentlichkeitsbeteiligung ist ein fester Bestandteil jeder städtebaulichen Planung. Oftmals führt sie jedoch zu unbefriedigenden Ergebnissen. Bürger fühlen sich trotz der Einbeziehung machtlos, Planende fürchten einen ungewissen Ausgang. Tem-

35 U. Altröck/S. Beeck (s. A 28), S. 22.

36 Vgl. U. Berding/F. Kluge (s. A 34), S. 16.

37 J. Heiler, Gelebter Raum Stadtlandschaft, Taktiken für Interventionen an suburbanen Orten, Bielefeld 2013, S. 318.

38 W. J. Beeren/U. Berding/F. Kluge (s. A 31), S. 9 ff.; U. Berding/F. Kluge (s. A 34), S. 16.

39 A. Hartz/O. Kühne (s. A 33), S. 167; U. Berding/F. Kluge (s. A 34), S. 15.

poräre Interventionen ermöglichen ein ungezwungenes Ausprobieren und eine ergebnisoffene Kommunikation.⁴⁰ „Hier, wo Stadtplanung und Immobilienmarkt gescheitert sind, eignen sich neue Stadtmacher die Räume an. Mit minimalen finanziellen Mitteln, aber viel Improvisation und Kreativität verwirklichen sie ein breites Spektrum an Nutzungen. Ihr innovativer Charakter erzeugt Orte intensiven städtischen Lebens. Was zunächst flüchtig erscheint, wirkt sich nachhaltig auf das Image des Ortes, auf die Milieus, auf die Akteure und auf die Entstehung neuer Kulturen aus. Bei genauerer Betrachtung offenbaren sich die verborgenen Logiken des Ungeplanten.“⁴¹ Diesen alternativen Raumnutzungsformen liegen Potenziale inne, die nicht durch herkömmliche Planungsprozesse behoben werden können.

Klassische Instrumente der Bau- und Planungskultur erfahren einen Mehrwert, wenn sie durch temporäre Interventionen ergänzt werden.⁴² Diese sind als Planungsprinzip, Untersuchungsmethode und Gestaltungsmittel inzwischen zu einem festen Teil der Stadtplanung geworden. Die Diskussion über Stadt wird angeregt, es können neue Fragen aufgeworfen, Ideen und Perspektiven entwickelt werden.⁴³ „Viele Aktionen setzen ganz bewusst auf den Dialog und die Interaktion zwischen den „Machern“ der Aktion auf der einen und den „Zuschauern“ auf der anderen Seite, um die oft skeptischen Betrachter aktiv einzubinden.“⁴⁴

Interventionen thematisieren, kommentieren und verändern Räume, in den besten Fällen schaffen sie auch neue Orte. Dieser so genannte „Open Source“-Urbanismus zielt darauf ab, so viel wie nötig und so wenig wie nötig festzulegen. Dies ist für eine dynamische Entwicklung wichtig. Durch eine temporäre Intervention wird das Wirkungsgefüge eines Ortes sichtbar, es wird eine Vorstellung möglicher Nutzungen generiert.⁴⁵

Eine offene Planungskultur ist ein Erfolgsfaktor für eine gelungene Transformation.⁴⁶ Die Entwicklung kann nicht allein der Verwaltung und der Ökonomie überlassen werden.⁴⁷ Kommunen sind in der Verantwortung, temporäre Interventionen als Symptome eines alternativen Planungsverständnisses zu verstehen und die Initiativen ökonomisch schwacher Akteure zu unterstützen und kooperativ zu

40 Vgl. P. Oswald / K. Overmeyer / P. Misselwitz, Einführung, in: P. Oswald / K. Overmeyer / P. Misselwitz (s. A 15), S. 14.

41 Ebda, S. 32 f.

42 U. Altröck / S. Beeck (s. A 28), S. 24.

43 Ebda, S. 24.

44 W. J. Beeren / U. Berding / F. Kluge (s. A 31), S. 13.

45 Vgl. C. Büttner, Kunst im Urbanen Raum, in: P. Oswald / K. Overmeyer / P. Misselwitz (s. A 15), S. 139; vgl. P. Oswald / K. Overmeyer / P. Misselwitz, Was tun?, in: ebda., S. 218..

46 Ebda., S. 220.

47 Vgl. F. Haydn / R. Temel, Einleitung, in: F. Haydn / R. Temel, Temporäre Räume. Konzepte zur Stadtnutzung, Basel 2006, S. 6.

begleiten. Die öffentliche Hand hat die Aufgabe, Freiräume für Entwicklungen zu schaffen, in denen sich Stadt und Kunst überschneiden können.⁴⁸

In Stuttgart hat die Initiative Stadtlücken e.V. durch eine Intervention einen starken Impuls für die kommunale Planung geben können. Ein weitgehend als Parkplatz genutzter öffentlicher Raum unter einer stark befahrenen Verkehrsachse wurde mit partizipativen und künstlerischen Projekten wieder ins Bewusstsein gerückt. Bewohner und Passanten wurden nach ihren Ideen und Wünschen für die Nutzung des Platzes gefragt. In einem Souvenirshop konnten Andenken zum Österreichischen Platz erworben werden, ein Anachronismus, der die Orte der autogerechten Stadt neu interpretiert und als Möglichkeitsräume definiert. Auf Kommentartafeln, die digital mit dem Rathaus verbunden waren, entwickelte sich ein reges Frage-Antwort-Spiel. Die Intervention erfuhr ein breites Echo in der Stadtöffentlichkeit und in der Stadtpolitik. In einem weiteren Schritt sollen mit finanzieller Unterstützung der Stadt Stuttgart experimentelle Nutzungskonzepte entwickelt werden.⁴⁹

In Stuttgart - Bad Cannstatt gab eine temporäre Intervention im Rahmen eines INTERREG Forschungsprojektes den Anstoß für die autofreie Gestaltung des Marktplatzes. Nach jahrelangen kontroversen Diskussionen pro und kontra Autofreiheit gab die Aktion den notwendigen Impuls für die kommunalpolitische Entscheidung. Studierende der HFT Stuttgart entwickelten in enger Kooperation mit Anliegern, Gewerbetreibenden und Dienstleistern ein kreatives, temporäres Nutzungskonzept. Der Platz wurde einen Tag für Autos gesperrt und die Parkplätze an Interessierte „vermietet“. So entstand ein buntes Treiben unterschiedlicher Nutzungen, die jeweils einen Parkplatz in Beschlag nahmen: Ein Frisör schnitt Haare, ein Café eröffnete einen Freibereich, eine Stadtplanungs-Beratungsstelle wurde eingerichtet, ein offenes Wohnzimmer aufgebaut, ein Schrottauto demoliert, eine Bühne eingerichtet, etc.⁵⁰

In Stuttgart - Wangen, einem Stuttgarter Neckarvorort mit schlechtem Image und vielfältigen städtebaulichen und funktionalen Missständen bringt ein international und interdisziplinär zusammengesetztes Studierenden-Team die Straßen im Juni 2018 zum Sprechen. Unter dem Titel „Talking Streets“ werden verschiedene Interventionen Stadt-Geschichten sichtbar machen und die Wünsche der Bewohner artikulieren, die an der Entwicklung des Stadtteils aktiv teilhaben möchten. Die Intervention ist ein wichtiger Bestandteil der Auseinandersetzung über die Zukunft

48 U. Altrock/S.Beeck (s. A 28), S. 24.

49 Vgl. www.stadtluecken.de [12.05.2018].

50 Vgl. <https://www.hft-stuttgart.de/Aktuell/Rueckblick/2011/Felderwelten/de> [12.05.2018].

des Zentrums, das sich von einem ehemaligen Dorfkern zu einem Ort des interkulturellen Miteinanders entwickelt.

Ausblick

Urbane Interventionen bieten vielfältige Möglichkeiten kreative Impulse für die Stadtentwicklung zu setzen. Zentren und Stadtteilzentren verändern sich in einem zunehmend dynamischen Prozess, sie sind vom Strukturwandel betroffen und insbesondere die Nebenzentren in ihrer Funktion als kommunikative Mitten bedroht. Bewährte Instrumente der Stadtentwicklung, wie die Städtebauförderung können wichtige Impulse setzen, aber sie sind nicht allein verantwortlich für die Bewältigung der Transformationsprozesse. Urbane Interventionen, die von Raumpionieren oder institutionellen Einrichtungen durchgeführt werden, können dazu beitragen, transformative Kräfte vor Ort zu identifizieren und zu stärken. Sie tragen neben den bewährten Instrumenten dazu bei, soziale, ökonomische und ökologische Innovationen anzustoßen. Sie schaffen Erlebnisräume und können als friedliche und kreative Form des Protestes eingefahrene Denkmuster auflösen.

Die Forschungsprojekte TransZ und What'SUB Stuttgart zeigen, welche Potenziale temporäre Interventionen und Raumnutzungen für die Stadtentwicklung entfalten können. Bewährte Planungsprozesse verändern sich, Innovationszyklen werden kürzer und die Transformationsfähigkeit der europäischen Stadt wird auf die Probe gestellt. In der sozialwissenschaftlichen Raumforschung wird immer stärker auf die zunehmende Bedeutung von nicht-geographischen Standortfaktoren wie Netzwerkbildung zwischen Akteuren hingewiesen.⁵¹ Im Rahmen des Forschungsprojekts TransZ wurde festgestellt, dass die Akteure vor Ort – Bewohner, Händler, Vertreter sozialer und kultureller Einrichtungen, etc. – zahlreiche Ideen für die Gestaltung der Zukunft ihres Zentrums haben. Nicht nur Wirtschaft, Politik und Verwaltung können einen positiven Einfluss auf die Stadtentwicklung entfalten. Es geht gleichermaßen um kreative Ideen und Projekte, die vor Ort von den Bürgern, von engagierten „Impulsgebern“ und Raumpionieren entwickelt werden. „Bottom up“ und Top-Down Stadtentwicklung sind keine Gegensätze mehr.

51 M. Kühn, Peripherisierung und Stadt, Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg, Bielefeld 2016, S. 14 f, S. 177.

Bauen oder kaufen?

Eine qualitativ-vergleichende Studie zu Wohnpräferenzen in Einfamilienhausgebieten in Nordwestdeutschland

1. Einführung

Kommunen versuchen zunehmend, den durch Einfamilienhäuser verursachten Flächenverbrauch zu minimieren und Altbestände zu nutzen bzw. neu zu entwickeln. Da insbesondere die Differenzierung des Wunsches nach Alt- und Neubau bei den Käufern wichtiges Wissen für die kommunale Planung darstellt, untersucht der vorliegende Beitrag die beiden Wohnpräferenzen komparativ mit qualitativen Methoden. Gebrauchtimmobilien zeigen sich in der Analyse als Wohnform für eine bestimmte Lebensphase bei Fortführung eines gewohnten Lebens- und Konsumstils. Langfristig werden sie eher als nutzbares Kapital und weniger als Alterssitz imaginiert. Der Neubau stellt dagegen einen Bruch im bisherigen Alltag und eine verzichts-basierte Investition dar. Er wird im Sinne einer familialen Gemeinschaftsleistung emotionalisiert und mit langfristigen Perspektiven verbunden, die sich auch in einer Vorstellung des Hauses als Alterssitz äußern.

Einfamilienhausgebiete der 1950er bis 1980er Jahre sind in den letzten Jahren vermehrt Gegenstand von Forschung und von kommunaler Planung geworden.¹ Ein spezifisches Wissens- und Handlungsfeld ergibt sich aus dem weit verbreiteten Wunsch insbesondere junger Familien nach Neubauten einerseits, und andererseits aus den Bemühungen der Kommunen, den Flächenverbrauch zu minimieren und innerörtliche Altbestände zu nutzen sowie Einfamilienhausgebiete der 1950er bis 1980er Jahre für neue Nutzungen zu entwickeln.² Hierzu liegen Studien vor, die zu-

1 Siehe dazu u. a. B. Adam/A. Berndgen-Kaiser/K. Jochimsen/A. Münter/P. Zakrzewski, Ältere Ein- und Zweifamilienhausbestände im Umbruch. Eine Clusteranalyse zur Identifizierung regionaler Betroffenheiten in Nordrhein-Westfalen, in: Raumforschung und Raumordnung 1 (2018); I. Lachmann, Endstation Eigenheim. Zur deutschen Einfamilienhausförderung im Spannungsfeld von Raumordnungszielen und Wohnungsbaupolitik, Kassel 2004; L. Feldmann/M. Klemme/K. Selle, Kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse in der Siedlungsflächenentwicklung. Ein Teilprojekt. Ergebnisse im Überblick über sechs Modellkommunen, Aachen 2007.

2 Zu nennen sind hier mittlerweile zahlreiche Strukturentwicklungsinitiativen, wie etwa das vom Land Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt „Jung kauft alt“ der Gemeinde Hiddenhausen (seit 2007), bei dem die Potenziale von Einfamilienhaussiedlungen der 1950er bis 1980er Jahre entwickelt

nächst einmal Umfang und Art des Bestandes sowie Wanderungsentscheidungen dokumentieren und untersuchen.³ In der neueren Planungsforschung ist immer wieder auf Werthaltungen zugunsten des neu gebauten Einfamilienhauses verwiesen worden, die den Kommunalverwaltungen sowohl von kommunalpolitischer Seite als auch von der Bürgerschaft entgegengebracht werden, und die die Vermittlung anderer, flexiblerer Wohnformen sowie die Nutzung von Bestand erschweren.⁴ Unser Beitrag leistet dazu einen vertiefenden und differenzierenden Beitrag, indem der Neubau von Einfamilienhäusern und die Nutzung gebrauchter Einfamilienhäuser mit qualitativen Methoden vergleichend untersucht werden. Der Fokus liegt auf mit der Wohnform zusammenhängenden familialen Lebensweisen und kulturellen Wertvorstellungen. Insbesondere die Differenzierung des Wunsches nach Alt- und Neubau liefert wichtiges Wissen für das Handlungsfeld der kommunalen Planung. Zudem berücksichtigt unsere Studie drei unterschiedliche Ortstypen (1. ländlich-agrarisch geprägter Ort, 2. mittelstädtische Siedlung, 3. suburbaner Ortsteil einer Großstadt). Qualitativ untersucht wurden insgesamt 40 Fälle, wobei wir ausschließlich Familien befragten, die in einem freistehenden Einzelhaus leben.

werden und die graue Energie der Eigenheime weiter genutzt werden soll; weitere Informationen unter: www2.hiddenhausen.de/Hiddenhausen/Wohnen/Jung-kauft-Alt [28.08.2017], sowie mehrere Projekte zur Entwicklung von alternden Einfamilienhausgebieten in der Regionale 2016; weitere Informationen unter: www.regionale2016.de/de/projekte/projekte/projekt-kategorie-heimat-landschaft-freizeit/quartiersanpassung-wulfen-barken-berg.html [28.08.2017] oder www.regionale2016.de/de/projekte/projekte/projekt-kategorie-heimat-landschaft-freizeit/wohnzukunft-suedkirchen.html [28.08.2017]. Siehe zu Handlungsoptionen und Handlungsempfehlungen z. B. auch C. Simon-Philipp, Suburbane Wohngebiete. Konzepte zur städtebaulichen Qualifizierung des Ein- und Zweifamilienhauses in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1999, Diss. Universität Stuttgart, Stuttgart 2001.

- 3 Zum Beispiel M. Menzl, *Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg*, Frankfurt a.M. 2007; K. Driessen, *Verkehrliche Konsequenzen des Suburbanisierungsprozesses und deren volkswirtschaftliche Bewertung am Beispiel der Region Köln*, Berichte Stadt Region Land des Instituts für Stadtbauwesen und Stadtverkehr der RWTH Aachen 54 (2010), Diss. Universität Aachen 2010; A.H.C. Münter, *Wanderungsentscheidungen von Stadt-Umland-Wanderern in vier Stadtregionen. Regionaler Vergleich der Muster und Motive, Informations- und Wahrnehmungslücken sowie Beeinflussbarkeit der Wanderungsentscheidung*, Diss. TU Dortmund 2012; in historisch weiter ausgreifender Übersicht und als Problemaufriss: T. Harlander (Hrsg.), *Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland*, Stuttgart 2001; S. Hnilica/E. Timm, *Das Einfamilienhaus als neue anonyme Architektur. Bestand und Begehren*, in: *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* 7 (1/2017), S. 15-28.
- 4 Siehe dazu G. Schiller/J.M. Gutsche/S. Siedentop/C. Deilmann, *Von der Außen- zur Innenentwicklung in Städten und Gemeinden. Das Kostenparadoxon der Baulandentwicklung*, Dessau-Roßlau 2009; http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3858. [28.08.2017]; H. Dieterich/D. Löhr/S. Tomerius, *Jahrbuch für Bodenpolitik* 2006/2007. Schwerpunktthema: Flächenneuanspruchnahme, demographische Entwicklung und kommunale Finanzen. *Auswege aus der Leerkostenfalle?*, Berlin 2006.

In jedem der Untersuchungsgebiete wurden sowohl Interviews geführt mit Familien, die in den letzten zehn Jahren ein Einfamilienhaus neu bauten, als auch mit Familien und Paaren, die in eben jenen Siedlungen eine Gebrauchtimmoblie erworben haben.⁵ Die Untersuchungsgebiete werden im Folgenden als Kontextinformation kurz vorgestellt, obgleich die Unterschiede zwischen diesen Gebieten nicht im Fokus der folgenden Analyse stehen.⁶

Unser Untersuchungsgebiet im ländlich-agrarischen Raum liegt in der Grafschaft Bentheim. Die Gemeinde Ohne hatte im Jahr 2016 587 Einwohner.⁷ Ohne liegt im südlichen Niedersachsen an der Grenze zu Nordrhein-Westfalen. Die Entfernung nach Münster als nächstgelegene Großstadt beträgt 45 Kilometer. Bis zur Autobahnauffahrt und zu den Einrichtungen des täglichen Bedarfs sind es acht Kilometer. Das Dorf wuchs in den Jahren 2003 bis 2008 um 20 Personen.⁸ In den letzten zehn Jahren wurden zwei Neubaugebiete in Ohne ausgeschrieben. Eines davon liegt am nördlichen Rand und trägt zum Flächenwachstum der Gemeinde bei. Das zweite Neubaugebiet „Volkers Kamp“ entstand als Projekt der Dorfentwicklung Süd⁹ im Zentrum und verdichtet das Dorf. Hier entstanden in Zusammenarbeit mit der Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft Grafschaft Bentheim (GGB)¹⁰ elf Bauplätze, deren Größe zwischen 388 und 936 Quadratmetern liegt.¹¹ Der Quadratmeterpreis beträgt 67,50 Euro.¹² Für die Finanzierung der Einfamilienhaus-Neubauten haben die Bauherren laut eigenen Aussagen zwischen 150.000

5 Das Material wurde mit offenen Leitfadeninterviews erhoben. Alle folgenden Zitate wurden – mit Ausnahme der Zuordnung zu den Untersuchungsorten – anonymisiert sowie sprachlich geglättet.

6 In weiteren Publikationen des Forschungsverbundes stehen die mit den Untersuchungsgebieten einhergehenden Spezifika der Lebensweise in den Einfamilienhausgebieten im Mittelpunkt der Analyse (insbesondere: Dissertationforschung von K. Wagenknecht: Gebaute Familie (Arbeitstitel).

7 Vgl.: *Kreisverwaltung Landkreis Grafschaft Bentheim*, Zahlen Daten Fakten 2017/2018. Nordhorn; http://www.grafschaft-bentheim.de/pics/medien/1_1501837457/Zahlenspiegel_2017.pdf [30.08.2017].

8 Vgl.: *Bürogemeinschaft Honnigfort und Brümmer* (im Auftrag der Gemeinde Ohne), Dorferneuerung. Gemeinde Ohne, Entwurf April 2009, Haren/Ems, S. 28; das durchschnittliche Alter in der Grafschaft Bentheim betrug 2008 noch 41 Jahre; prognostiziert steigt das Durchschnittsalter 2030 auf 47 Jahre an; vgl. *Landkreis Grafschaft Bentheim, Fachbereich 2, Kreisentwicklung 2013: Der demografische Wandel im Landkreis Grafschaft Bentheim*, Nordhorn, S. 9 ff; http://www.grafschaft-bentheim.de/pics/medien/1_1377684963/Anlage_11_Demografischer_Wandel_in_der_Grafschaft_Bentheim.pdf [28.08.2017].

9 *Bürogemeinschaft Honnigfort und Brümmer* (s. A 8), S. 20.

10 Dabei handelt es sich um die Grundstücks- und Entwicklungsgesellschaft Landkreis Grafschaft Bentheim mbH.

11 Grundstückszuschnitte mit exemplarischen Größen; http://www.ggb-grafschaft.de/pics/medien/1_1449146008/Verk-VolkersKamp.pdf [22.08.2017].

12 Verkaufsdaten zum Baugebiet Volkers Kamp: http://www.ggb-grafschaft.de/pics/medien/1_1449146227/Verk-Daten-VolkersKamp.pdf [22.08.2017].

und 250.000 Euro aufgebracht. Die Preise für Gebrauchtimmobilien bewegen sich, ebenfalls nach Aussagen der Bauherren, zwischen 55.000 und 200.000 Euro. Das steuerpflichtige Einkommen beträgt in der Grafschaft Bentheim für das Jahr 2010 im Durchschnitt 27.500 Euro.¹³

Bei dem mittelstädtischen Untersuchungsgebiet handelt es sich um Rorup, einen seit 1975 eingemeindeten Stadtteil von Dülmen mit 2.270 Einwohnern.¹⁴ Dülmen ist eine Mittelstadt mit 46.000 Einwohnern.¹⁵ Die administrative Zugehörigkeit von Rorup bildet sich räumlich-geografisch nicht ab: Zwischen dem Ortsteil und dem Stadtgebiet von Dülmen liegen acht Kilometer Wegstrecke. Dülmen verzeichnet für die Jahre von 2006 bis 2012 eine Bevölkerungsabnahme um 1.102 Wohnberechtigte.¹⁶ Das Neubaugebiet, in dem die Interviews stattfanden, umfasst insgesamt 47 Grundstücke. Es handelt sich um das dritte Erweiterungsgebiet in Rorup, seit im Jahr 1980 das Baugebiet Schlüters Heide beschlossen wurde.¹⁷ Die Grundstücke haben eine Größe zwischen 400 und 600 Quadratmetern. In Dülmen liegt der Baulandpreis bei 160 Euro pro Quadratmeter,¹⁸ für den Ortsteil Rorup bei 130 Euro, wobei die Stadt Dülmen finanzielle Vergünstigungen anbietet, sollten Kinder im Haushalt vorhanden sein.¹⁹ Für die Finanzierung der Einfamilienhaus-Neubauten wurden, wie unsere Erhebungen ergaben, jeweils zwischen 180.000 und 290.000 Euro von den Bauherren aufgewendet. Der Bedarf an Baugrundstücken ist nicht gedeckt. Die aktuelle Neuausweisung eines weiteren Baugebiets für Einfamilienhäu-

13 Vgl.: *Landesamt für Statistik Niedersachsen* (Hrsg.), *Statistische Berichte Niedersachsen. Einkommen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen und seine Besteuerung 2010*, Hannover 2010; <https://www.statistik.niedersachsen.de/download/97826> [28.09.2017].

14 Vgl.: *Stadt Dülmen, Fachbereich 312, Bürgerbüro*, Einwohnerstatistik für den Monat Juli 2017, Stand 29.08.2017; https://www.duelmen.de/fileadmin/user_upload/allgemein/medien/buergerbuero/aktuelle_einwohnerstatistik.pdf [30.08.2017].

15 Die größte Bevölkerungsgruppe der Stadt Dülmen sind mit 19,7 % die 65-jährigen und älter. Den zweitgrößten Anteil gestalten die 50- bis 60-jährigen mit 17 %; vgl. *Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) Geschäftsbereich Statistik* (Hrsg.), *Kommunalprofil Dülmen*, Stadt Kreis Coesfeld, Regierungsbezirk Münster, Gemeindetyp: Kleine Mittelstadt, Stand 31.05.2017, Düsseldorf 2017; <https://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105558016.pdf> [14.08.2017].

16 Vgl.: *Stadt Dülmen, 010 Zentrales Controlling*, Strukturdatenbericht der Stadt Dülmen, Stand April 2014, 2. Auflage; https://www.duelmen.de/fileadmin/user_upload/duelmen.de/stadtportrait/strukturdatenbericht_stand_2014.pdf [28.08.2017].

17 *Stadt Dülmen*, Bebauungsplan Nr. „Schlüters Heide – Erweiterung, Teil II“, Gemarkung Rorup, Stadtbezirk Dülmen-Rorup, Flur 5, 1993, S. 4; www.o-sp.de/download/duelmen/7738 [28.08.2017].

18 Der Landesdurchschnitt Nordrhein-Westfalens liegt bei 142 Euro pro Quadratmeter; vgl.: *NRW Bank*, *Wohnungsmarktbericht NRW 2016* (Sonderthema: Wird dort genug gebaut, wo neue Wohnungen gebraucht werden?), Düsseldorf 2016, S. 49; <http://www.kas.de/wf/doc/21233-1442-1-30.pdf> [28.08.2017].

19 Vgl.: <https://www.duelmen.de/1588.html> [14.8.2017].

ser wird von der Kommune mit der anhaltend hohen Nachfrage junger Familien nach solchen Bauplätzen begründet.²⁰ Die Preise der gebrauchten Einfamilienhäuser am Ort wiederum liegen unseren Erhebungen zufolge zwischen 155.000 und 250.000 Euro. Es handelt sich dabei um Häuser aus den 1960er bis 1990er Jahren. Die Kosten für den Umbau werden von den Käufern mit einer Spanne von 30.000 bis 200.000 Euro angegeben. Das durchschnittliche Einkommen pro steuerpflichtigem Einwohner liegt in Dülmen bei jährlich 33.732 Euro (Angabe für 2010).²¹

Beim suburbanen Untersuchungsgebiet handelt es sich um einen Stadtteil im Südosten der Stadt Münster.²² Wolbeck hat 9.200 Einwohner und wurde 1975 durch die Gemeindegebietsreform zum Stadtteil der Großstadt Münster mit heute 310.039 Einwohnern.²³ Bis 2040 wird für die Stadt Münster eine Bevölkerungszunahme von 16,6 Prozent prognostiziert.²⁴ Auch der suburbane Vorort Wolbeck wächst: Im Jahr 2014 waren in Wolbeck 8.981 Wohnberechtigte registriert, 2015 waren es bereits 9.213.²⁵ Am nördlichen Rand Wolbecks sind in den letzten zehn Jahren mehrere Baugrundstücke ausgeschrieben worden. Der mittlere Kaufpreis von Bauland für Einfamilienhäuser 2015 liegt in Münster bei mehr als 300 Euro pro Quadratmeter. Das durchschnittliche steuerpflichtige Einkommen lag für die Stadt Münster bei 37.105 Euro (Angabe für 2010).²⁶

20 *Stadt Dülmen*, Begründung zum Bebauungsplan Nr. 235 „Pastor-Rück-Straße“ Gemarkung Rorup, Flur 34, 2016; www.o-sp.de/download/duelmen/122601 [21.08.2017].

21 Vgl.: *Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)*, Pressemitteilung: Neue Vorausberechnung zur Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen: Bevölkerungszahl steigt bis 2025 um ein Prozent, Düsseldorf 2015; https://www.it.nrw.de/presse/pressemitteilungen/2015/pres_101_15.html [28.08.2017].

22 In der Bevölkerungsentwicklung Münsters ergibt sich der größte Zuzugsgewinn in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen (was überwiegend Studierende sind). Das verfügbare Einkommen privater Haushalte je Einwohner liegt 2014 bei 22.000 Euro; vgl. *Landesdatenbank NRW* (Hrsg.), Kommunalprofil Münster, krfr. Stadt, Düsseldorf 2017; <https://www.it.nrw.de/kommunalprofil/105515.pdf> [22.08.2017].

23 Stand vom 30. Juni 2017; <http://www.stadt-muenster.de/stadtentwicklung/zahlen-daten-fakten.html#c36301> [28.08.2017]. In den letzten sieben Jahren (2010 bis Stand 30. Juni 2017) ist die Bevölkerung Münsters um 30.236 Personen gewachsen; vgl. *Stadt Münster, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Informationsmanagement und Statistikdienststelle* (Hrsg.), Jahres-Statistik 2016 Bevölkerung, Münster 2017; http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/61_stadtentwicklung/pdf/jahr/Jahres-Statistik_2016_Bevoelkerung.pdf [28.08.2017].

24 Vgl.: *Information und Technik Nordrhein-Westfalen* (s. A 21).

25 Vgl.: *Stadt Münster – Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung Verkehrsplanung Informationsmanagement und Statistikdienststelle*, Stadtteilsteckbrief 2015, 87 Wolbeck, Münster 2016; http://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/61_stadtentwicklung/pdf/steckbriefe/Stadtteilsteckbrief_87_Wolbeck.pdf [28.08.2017].

26 Vgl.: *Information und Technik Nordrhein-Westfalen* (s. A 21).

2. Der Traum vom eigenen Haus ist der Traum vom Neubau

Die qualitative Analyse zeigt, dass das Leben in einem eigenen Haus prinzipiell mit dem Erstellen eines Neubaus gleichgesetzt wird. Das wird insbesondere bei denjenigen Bauherren deutlich, die sich für den Kauf einer Bestandsimmobilie entschieden haben: Sie erklären ihre Entscheidung stets in Bezug auf einen Neubau. Viele der Altbauigentümer werten die erworbene Bestandsimmobilie ab bzw. beschreiben sie als Kompromiss, da man sich ein neues Haus nicht leisten konnte.

Bei Familie Flasberg, die 2011 ein Haus aus dem Jahr 1997 in Ohne, Grafschaft Bentheim erworben hat, wird in der Erzählung deutlich, dass die Familie von einem höheren Preis für Neubauten ausgeht, und dass sie die Kosten für einen Altbau für besser einschätzbar hält [bw]:²⁷ *Bei Ihnen blieb mit den Kosten ja dann im Prinzip alles im Rahmen? Herr Flasberg: Ja das ist ja der große Vorteil, wenn man ein fertiges oder älteres bestehendes Haus kauft. Man weiß genau, das und das kostet das und wenn ich was ändern will, kann ich besser rechnen, als wenn ich den ganzen Bau neu mache.*

In Herrn Flasbergs Vorstellung vom gebrauchten Einfamilienhaus verbindet sich die Möglichkeit einer Individualisierung des Hauses mit größerer Kostenkontrolle. Vermutete höhere Kosten für einen Neubau waren auch für Familie Reißner der Grund ihrer Entscheidung für eine Altimmobilie. Ein Haus, wie es die Familie sich eigentlich vorstellte, konnte innerhalb des finanziellen Rahmens nicht realisiert werden. Die Reißners kauften daher in Rorup ein im Jahr 1975 gebautes Einfamilienhaus für 135.000 Euro. Insgesamt 30.000 Euro hat die Familie seit dem Kauf 2012 in Umbau- und Sanierungsarbeiten investiert. Frau Reißner beschreibt die Entscheidung für eine Bestandsimmobilie sowie die Suche einer geeigneten Gebrauchtimmobilie als Umweg. Zunächst musste die Familie feststellen, dass ihr Traumhaus nicht finanzierbar war.

Frau Reißner: *Wir sind über Umwege an das Haus hier gekommen. [...] Das ist jetzt nicht so unser Traumhaus in dem Sinne, so wie wir es gerne gehabt hätten. Das kann man sich nicht leisten. [...] Nein das ist jetzt gemein, aber ich fand das ist nicht mein Haus. [...] Es steht ja auch auf Erbbauzins [...]. Es ist ein nettes Haus, aber es ist jetzt nicht mein Traum. Und dadurch ist es auch nicht so, dass ich sag, das habe ich mir jetzt genauso gewünscht. Ich denke, der Keller wird so wie ich mir das vorstelle, weil wir den halt wirklich komplett neu gebaut haben. [...] Es ist jetzt nicht so wie bei manchen, die vielleicht selber bauen und wirklich dranhängen. Unser Plan ist auch nicht, dass wir hier alt werden.*

27 [bw] = Kürzel des Interviewers Benjamin Widholm.

Frau Reißner geht hier rational mit den finanziellen Möglichkeiten um: Ein Neubau am gewünschten Standort war nicht finanzierbar. So erwarb die Familie als Kompromiss eine Gebrauchtimmoblie. Für die Frage nach kulturellen Werthaltungen ist nun relevant, dass der Neubau wie selbstverständlich der Bezugspunkt für die getroffene Entscheidung bleibt. Nur der Keller der eigenen Gebrauchtimmoblie entspricht ihren Erwartungen, da er ihren Aussagen zufolge „wirklich komplett neu gebaut“ worden ist.

Der Erwerb einer Bestandsimmoblie hingegen erscheint als zweite Wahl. Frau Reißner distanziert sich im Interview von ihrer Wohnimmoblie. Das wird verstärkt durch ihre Annahme, dass man an einem Neubau eher hängen würde, da man das Haus dann selber gebaut habe. Aufgrund der Tatsache, dass sie nun an einer Gebrauchtimmoblie weniger hänge, würde sie sich auch im Alter einen anderen Wohnsitz suchen und den Ort gegebenenfalls sogar verlassen. Das gebrauchte Haus firmiert als Gebrauchsgegenstand für eine spezifische Lebensphase. Da das Grundstück im Erbbaurecht²⁸ vergeben wurde, ist die Familie nicht Grundeigentümer sondern Pächter und kommt über das Prädikat „nett“ nicht hinaus. Eigentum dient hier zur kulturellen Abgrenzung gegenüber denjenigen Familien, die nicht Grundeigentümer sind.

Neugebaute Eigenheime werden als Selbstverwirklichungsprojekte betrachtet, die als solche nur auf eigenem Grund und Boden mit dem notwendigen Gestaltungsspielraum realisiert werden können. Eine Pacht steht den Sicherheits- wie Autonomievorstellungen entgegen. Familie Meier, die einen Neubau errichtet hat, hebt diesen Aspekt besonders hervor:

Herr Meier: *Altbauten hatten wir uns trotzdem nochmal vorher angeguckt. So ein paar hier in Rorup.* Frau Meier: *Aber irgendwie macht es keinen Sinn.* Herr Meier: *Der Vorteil ist, dass man ein großes Grundstück hat, aber nicht das Haus, wie man es möchte. Deswegen haben wir gebaut.* Frau Meier: *Und ich denke mal, wenn man einen Altbau kauft und dann erst noch anfängt zu renovieren, ist man auch bei den Kosten für einen Neubau.*

Familie Meier hatte im März 2011 mit dem Bau ihres Eigenheims in Rorup begonnen. Viele der Arbeiten wurden in Eigenleistung erledigt und damit eine längere Bauzeit in Kauf genommen. Inklusive des Grundstücks beliefen sich die Kosten

28 Beim Erbbaurecht handelt es sich um ein dingliches Recht. Der Inhaber erhält die Erlaubnis, auf einem ihm nicht gehörenden Grundstück ein Bauwerk zu errichten. Anstatt der Zahlung eines einmaligen Kaufpreises wird eine monatliche Rate vereinbart. Zeit und Höhe dieser Miete werden im Erbbaugrundbuch geregelt. Das Grundstück kann sowohl veräußert als auch vererbt werden; *Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz* (Hrsg.), Gesetz über das Erbbaurecht (Erbbaurechtsgesetz – Erbbaurechtsgesetz) Ausfertigungsdatum: 15.01.1919; <https://www.gesetze-im-internet.de/erbbaurechtsgesetz/BjNR000720919.html> [18.07.2017].

auf 300.000 Euro. Die Meiers gehen davon aus, dass ein Altbau nicht so sein könne „wie man es möchte“. Dem Wunsch nach optimaler Individualisierung des Hauses könne nur ein Neubau gerecht werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Neubau sowohl bei den Eigentümern eines neugebauten Einfamilienhauses, als auch bei den Käufern einer Gebrauchtimmoblie eine höhere Anerkennung erfährt, als die Nutzung von Bestandsimmobilien. Das wird zum einen durch die Abwertung deutlich, die Eigentümer einer Altimmoblie gegenüber ihrem Haus formulieren. Der Kauf einer Altimmoblie wird als zweitbeste Lösung dargestellt. Zum anderen artikuliert sich diese Werthaltung durch die kategorische Ablehnung des Kaufs einer gebrauchten Immobilie als Alternative bei den Neubaeigentümern.

3. Unsichtbare Last und Qual – finanzielle und alltägliche Folgen der Bauphase

Eine unmittelbare Folge des Kaufens oder Bauens ist die finanzielle und auch persönliche Belastung im Alltag. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass viele Käufer Gebrauchtimmobilien als Kompromiss betrachten. Dieser Kompromiss soll sich für sie dadurch lohnen, dass im Alltag weniger finanzielle Einschränkungen zu spüren sind: Die Käufer von Bestandseinfamilienhäusern legen Wert darauf, dass sie auch im neuen, größeren Haus keine konsumbezogenen Einschränkungen im Alltag spüren. Die Neubaeigentümer hingegen thematisieren finanzielle Folgen eher nicht im Detail und stellen demgegenüber die großen körperlichen und persönlichen Anstrengungen und Verzichtleistungen heraus, die für den Bau des individuellen Traumhauses in Kauf genommen wurden.

3.1. Das gebrauchte Einfamilienhaus in der Nutzung: Funktionsorientierung

Wenn Eigentümer von Gebrauchtimmobilien über ihre Kreditrahmen und Zahlungsraten berichten, sind positive Gegenrechnungen zum Verzicht, egal ob aus finanzieller Belastung oder Eigenleistung folgend, zentral. Entweder ist eine finanzielle Belastung für sie im Alltag gar nicht spürbar, oder sie wird, wie bei Familie Borbach, auf ein schnelles Abzahlen und damit viel höhere Raten geschoben als eigentlich erforderlich:

Herr Borbach: *Also im Moment zahlen wir einen sehr hohen prozentuellen Anteil vom Gehalt ans Haus. Mehr als man eigentlich sollte, wenn man das so liest bei Finanzierungsempfehlungen.* Frau Borbach: *Aber wir wollen es halt relativ schnell abbezahlen. Ich möchte es schnell fertig haben und wir können ja immer noch vernünftig leben, wir können in den Urlaub fahren. Wir sind alle nicht verhungert.*

Der aus dem Hauskauf resultierende, finanzielle Druck wird hier heruntergespielt, da man „nicht verhungert“. Die zu spürenden Folgen im Alltag werden als erträglich definiert und dem Vorteil der schnellen Schuldenfreiheit hintenangestellt. Typisch für die Erzählungen zum Erwerb von Gebrauchtimmobilien ist, dass die Eigentümer die finanzielle Belastung im Alltag geringhalten wollen. Frau Großkötter, die mit ihrer Familie ein Haus in Münster Süd-Ost bewohnt, benennt explizit, dass sie durch den Kauf der Gebrauchtimmobilie auf nichts verzichten wollte:

[bw]: *Aber, dass Sie jetzt beispielsweise auf Urlaubsreisen verzichten müssen, äußert sich das auch?* Frau Großkötter: *Ne, das haben wir aber auch vorher alles mit eingeplant, weil wir beide gerne verreisen und da wollten wir auch beide nicht drauf verzichten. Das haben wir schon so kalkuliert, dass das dann trotzdem möglich ist.*

Frau Großkötter macht deutlich, dass von vornherein die monatlichen Raten für das Haus so kalkuliert wurden, dass sie wie bisher verreisen können. Auch Frau Reißner wollte trotz des Erwerbs eines Hauses einen finanziellen Spielraum für alltäglichen Konsum behalten: *Ja für uns war wichtig, dass wir unseren Lebensstandard beibehalten? Also sprich, wenn wir jetzt ein Haus kaufen, dass wir nicht in Schulden kommen oder so in Schulden kommen, dass wir auf irgendwas verzichten. Wir haben kostspielige Hobbys und leben auch sehr gerne mit sehr viel Geld und haben keine Lust gehabt, darauf zu verzichten.*

Schulden werden in diesem Zusammenhang nicht als permanente Verbindlichkeiten gesehen, sondern als fehlender finanzieller Spielraum im Alltag interpretiert. Auf Nachfrage fährt Frau Reißner fort, dass die monatlichen Raten trotz Nachfinanzierung niedriger seien, als die Miete zuvor.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass diejenigen Familien, die eine Bestandsimmobilie erworben haben, weniger von Konsumeinschränkungen im Alltag erzählen. Das neue, alte Haus fügt sich für sie in einen laufenden Alltag ein, es markiert weniger einen Bruch in der Lebensweise und soll diese – mit Ausnahme der Realisierung des Wunsches nach mehr Wohnfläche – insgesamt nicht verändern oder gar einschränken.

3.2. Der Neubau als zentrales Lebensprojekt

Anders als die Eigentümer von Gebrauchtimmobilien erzählen die Familien, die neu gebaut haben, vom eigenen Haus als zentralem Lebensprojekt, das den Alltag verändert, und zwar indem man sich auf vielfältige Weise einschränkt. Frau Schulz hebt die in das Haus investierte Zeit deutlich hervor. Hier wird auch nochmals die Ablehnung von Kompromissen als kulturelle Werthaltung derjenigen, die einen Neubau bevorzugen, sichtbar:

[kw]:²⁹ *Wie kann ich mir das vorstellen, man muss ja eine Menge aussuchen, wenn man so ein Haus baut? Frau Schulz: Ich hab mir ganz viele Häuser angeguckt und Klinker. Da war ich sehr viel mit meinem Mann unterwegs, viele Sonntage und Samstage. Nach dem Motto: guck mal da und so und so und von dem Stil und diesen Stein. Dann wollte ich unbedingt einen bestimmten Stein haben, den wir jetzt auch haben und dann fing das mit dem Verfugen an. Erst war es zu weiß, das mag ich nicht, dann war es zu gelb. Wir haben von außen Sandsteinfensterbänke und ich wollte die Fugen genau in der Farbe wie die Sandsteinbänke haben.*

In der Aussage von Frau Schulz wird klar, dass der Neubau viel Detailarbeit erfordert hat. Von den Klinkern über die Fugen bis hin zu den Fensterbänken wurde jede Entscheidung einzeln abgewogen und anhand anderer Häuser abgeglichen. Alleine mit dem Einholen von Inspiration für die Gestaltung des eigenen Neubaus wurden der Familie folgend viele Wochenenden zugebracht. Auch Familie Sattler betont die zeitlichen Anforderungen, die ihr Neubau mit sich brachte:

Herr Sattler: *Das Problem ist einfach, wenn man ein Jahr wirklich überhaupt keine Freizeit hatte und nur entweder auf der Baustelle oder der Arbeit ist, dann ist man fertig, also erstmal in Anführungszeichen. Dann zieht man ein und dann hat man auch keine Lust mehr – dann geht nix mehr, das ist so. Frau Sattler: Aber gut, dafür haben wir's jetzt auch fertig.*

Das neugebaute Einfamilienhaus wird hier zum alltagsbestimmenden Projekt, das jegliche Freizeitunternehmung und Energie absorbiert. Das Leben der Sattlers während der Bauphase war bestimmt durch das Pendeln zwischen Arbeit und Baustelle. Zuhause wurde nur noch gegessen oder geschlafen, familiärer Austausch und kurze Entspannungsphasen blieben auf der Strecke. Beschreibungen wie „dann ist man fertig“ und zwar so sehr, dass man am Ende keine Lust mehr hat und nichts mehr geht, zeigen hier den Unterschied zum oben zitierten Herunterspielen der Eigenleistungen an der Bestandsimmobilie. Anders als bei den Gebrauchtimmobilieneigentümern wird die Bauphase hier nicht nur zentral, sondern auch als ein Lebensabschnitt großer persönlicher Einschränkung und stetiger eigener Grenzüberschreitung bis zur totalen Erschöpfung dargestellt.³⁰ Auch in Ohne wird die Baustelle zum temporären Lebensmittelpunkt:

Frau Müller: *Ich arbeite im Schichtdienst und hatte immer mal Tage frei. Und wenn man aus dem Nachtdienst oder so kam, kam man dann auch hierhin. Mein*

29 [kw] = Kürzel der Interviewerin Katherin Wagenknecht.

30 Ganz anders gestalteten sich die Bauphasen im suburbanen Wolbeck: Während die Familien aus Rorup und Ohne teilweise jeden Tag zur Baustelle fuhren, den Fortschritt besichtigten oder/und selbst handwerkliche Tätigkeiten verrichteten, gaben viele Familien in Wolbeck diese Verantwortung an den Bauunternehmer ab. Manche von ihnen besuchten die Baustelle ihres zukünftigen Hauses mehrere Wochen lang nicht.

Mann hat das immer nach der Arbeit gemacht. Wir haben uns hier immer getroffen. Das war ein Jahr lang der Lebensmittelpunkt.

Frau Müller erzählt, wie sie die Besuche auf der Baustelle in den Rhythmus ihrer Schichtarbeit integrierte. Die Baustelle wurde für die Zeit bis zum endgültigen Einzug zum Treffpunkt des Paares. Anders als bei denjenigen, die Gebrauchtimmobilien nutzen, werden die eigenen, zeitlichen wie finanziellen Investitionen als sehr anstrengend und als sehr aufwendig betrachtet und auch deutlich kommuniziert. Der Neubau hat für die Eigentümer einen so hohen Wert, dass viele andere Dinge nebensächlich werden.

4. Das Einfamilienhaus als Altersvorsorge oder als Familiensitz

Die bundesdeutsche Eigenheimpolitik mit den Wohnungsbaugesetzen der 1950er Jahre hat das Eigenheim zentral mit dem Argument der Vermögensbildung versehen.³¹ Seit den 1980er Jahren hat ein Umbau des Wohlfahrtsstaates hin zu Responsibilisierung stattgefunden. Im Kontext des „asset based welfare“ der Wohlfahrtsregime hat die Gleichung aus Eigenheim und Sicherheit nochmals einen neuen Akzent bekommen.³² Dass eine Immobilie eine Absicherung für das Alter darstellen könnte, bildet sich auch als Auffassung in unseren Befragungen ab. Sowohl die Neubau- als auch die Bestandseigentümer erwägen eine Nutzung ihrer Wohnimmobilie im Alter, wollen dies aber unterschiedlich realisieren: Es zeigt sich eine Differenzierung zwischen finanzieller Altersvorsorge und materiellem Alterswohnsitz. Während die Gebrauchtimmoblie eher als *gegenwärtige* Wohnform und als zur Verfügung stehendes Kapital gedacht ist, wird der Neubau im Sinne einer familialen Gemeinschaftsleistung als *Alterssitz* emotionalisiert und mit langfristigen Wohnwünschen verbunden.³³ Die Präferenz für den Neubau ist verknüpft mit der Vorstellung, im Alter miet- und schuldenfrei wohnen zu können.³⁴ Die

31 C. Zimmermann, Wohnungspolitik – Eigenheime für alle?, in: T. Harlander (s. A 3), S. 330-349.

32 Vgl. I. Helbrecht / T. Geilenkeuser, Homeownership in Germany. Retirement Strategies of Households in a Tenant Society, in: Teorija in Praksa 47, 5 (2010), S. 975-993, hier S. 976.

33 Mit dem kulturellen Dispositiv des Eigenheims als familialgebaute Zukunftsvision beschäftigte sich auch Bourdieu in seiner Studie zum Eigenheimmarkt im Frankreich der 1980er Jahre. Er untersuchte das Haus als „zentrale[s] Element eines Besitzstandes, der erwartungsgemäß ebenso lange anzudauern hat wie sein Eigentümer, ja ihn als Nachlass überdauern soll“; vgl.: P. Bourdieu/S. Bouhedja/R. Christin/C. Givry, Eine sichere Geldanlage für die Familie. Das Einfamilienhaus: Produktspezifik und Logik des Produktionsfeldes, in: P. Bourdieu et al., Der Einzige und sein Eigenheim, Schriften zu Politik & Kultur 3, Hamburg 2006, S. 49-107, hier S. 50.

34 Anders als das Abbezahlen der Kreditraten, die mittelbar zur Bildung von Eigentum führen, gelten (auch ggf. niedrigere) Mietzahlungen in den Argumentationen der Befragten als ‚verlorenes Geld‘. Wie nicht zuletzt die Finanzkrise von 2007/2008 gezeigt hat, beinhaltet aber auch diese rechnerische Abwägung eine kulturelle Annahme über einen Wert von Wohnimmobilien, die durch die Markt-

Gebrauchtimmobielieneigentümer hingegen rechnen finanziell mit einem Gewinn, der durch den späteren Verkauf des Hauses erzielt wird. Familie Goll zum Beispiel erwägt einen Verkauf des sanierten Hauses im Alter:

[bw]: *Können Sie sich vorstellen vielleicht auch mal wieder zu verkaufen? Herr Goll: Eventuell auf Dauer, klar! Wenn man mal irgendwo Mitte 60 ist oder sowas, dann muss ich ganz ehrlich sagen, möchte ich den Garten nicht noch unbedingt machen. Frau Goll: Entweder es wird dann verkauft oder eins der Kinder nimmt es.*

Die Eigentümer gebrauchter Einfamilienhäuser gehen nicht nur beim Erwerb Kompromisse ein, sondern haben auch hinsichtlich der Nutzung ihres Hauses eine größere Flexibilität und eine räumlich gesehen erhöhte Bereitschaft zur Mobilität: Es ist möglich, das Haus zu verkaufen und den Wohnort zu wechseln. Zudem zeigen sich im Material konkrete Überlegungen zur späteren Verkaufssumme der Gebrauchtimmoblie, die den Eigentümern als Altersvorsorge dient:

Herr Goll: *Wir liegen hier eingeschätzt bei 240.000 Euro mit Grundstück und Haus, wobei ich sagen muss, dafür würde ich es nicht verkaufen. Also wenn man jetzt mal rechnet, müsste man über 300.000 Euro haben.*

Am Beispiel von Herrn Goll wird deutlich, dass der Wert des Hauses durch die an dem Objekt erbrachten (Eigen-)Leistungen in der Vorstellung des Eigentümers steigt, und dass die Eigentümer sich deshalb, ungeachtet der vorliegenden Schätzung für eine Finanzierung, einen höheren erzielbaren Preis des Hauses vorstellen. Hier deutet sich einer der Gründe dafür an, warum die Entwicklung von alternden Einfamilienhausgebieten nicht nur mit finanziellen Rechnungen der Eigentümer konfrontiert ist: Die von den Eigentümern geleisteten, materiellen und immateriellen Investitionen und persönlichen Wertzuschreibungen bilden sich in überhöhten Vorstellungen vom Verkehrswert der Immobilie ab.

Familie Eckert, die 2009 ein freistehendes Einfamilienhaus in Münster Süd-Ost mit Baujahr 1963 erworben hat, bezeichnet ihre Immobilie angesichts der steigenden Preise in Münster als „gutes Geschäft“:

[bw]: *Gibt's eigentlich irgendwelche Überlegungen das Haus im Alter zu verkaufen? Herr Eckert: [...] ich meine, was sollen Sie machen, wenn Sie im Rentenalter sind, haben Sie zwar Zeit das Haus zu putzen, aber ist das die Erfüllung? Nee natürlich nicht. Da bin ich nicht ganz so leidenschaftslos wie meine Frau, aber da würde ich sagen „Gut, das hat dann halt seine Zeit gehabt“. So wie das momentan läuft, ist das ja auch finanziell eine ganz clevere Entscheidung zu sagen: „Hier, alles, was ich hier schön mache, was ich in das Haus stecke, krieg ich irgendwann wieder.“ Wenn wir*

entwicklung konterkariert werden kann. Auch diese Gewissheiten vermeintlich ‚vergeudeter‘ Mietzahlungen einerseits und vermeintlich ‚sicherer‘ Geldanlage im Eigenheim, sind Ausdruck einer kulturellen Ordnung und einer bestimmten historischen Situation.

jetzt schauen, was mit den Grundstückspreisen hier passiert ist und was zum Beispiel unsere Nachbarn für das Haus bezahlt haben. Puh, das ist ein gutes Geschäft, kein Problem.

Familie Eckert sieht den Erwerb ihres Einfamilienhauses hier als finanziell „clevere Entscheidung“. Im Vordergrund steht nicht der Wunsch nach einem generationenübergreifenden Wohnstandort, sondern vielmehr die Aussicht auf einen guten finanziellen Erlös beim Verkauf. Die Immobilie als Investitionsgut ist hier in enger Verbindung zum prosperierenden Immobilienmarkt in Münster zu sehen. Im Kontrast dazu steht die Aussage von Herrn Ellwanger, der 2006 ein Haus aus den 1930er Jahren in Ohne, Grafschaft Bentheim erworben hat. Der Eigentümer investierte 180.000 Euro in den Kauf des Hauses und bezeichnet dieses als Wertanlage, obwohl er bereits jetzt mit einer Verkaufssumme von lediglich 100.000 bis 150.000 Euro rechnet, was die Immobilie zu einem Verlustgeschäft macht:

[bw]: *Also, du hoffst auf jeden Fall, dass das Haus für dich eine gewisse Wertanlage ist? Herr Ellwanger: Ja, wenn du für 100.000 Euro oder für 150.000 Euro die Scheiße wieder loswerden kannst. Dann kannst du damit noch 10 Jahre leben, wenn du es ein bisschen ruhig angehst. Ein kleines Auto und ein bisschen Wohnen. Im Alter brauchst du auch nicht viel mehr.*

Herr Ellwanger hofft, sich vom Käuferlös des Hauses im Alter noch eine kleine Mietwohnung in der Region leisten zu können. Im weiteren Verlauf des Interviews führt er aus, dass ein Auszug aus dem Haus im Alter von 60 bis 65 Jahren bereits für ihn feststehe, da er dann nicht mehr so viel Raum benötige und Leerstand vermeiden möchte.

Während Gebrauchtimmobilieneigentümer also zusammenfassend einen eher dynamischen Zukunftsplan mit einem Verkauf des Hauses und Umzug im Alter entwerfen, tendieren Neubaeigentümer demgegenüber eher dazu, den Bau zu emotionalisieren und zu intimisieren und ihre Immobile als Teil der Familiengeschichte³⁵ zu sehen:

Herr Schroer: *Und wenn man älter wird, wird man ja auch nicht gerade fitter, irgendwann mal. Man kann das gar nicht sagen. Andersrum sagt man sich wieder, man hat das Haus selbst aufgebaut und ob man das einfach so zurücklassen kann? Da stecken ja auch ganz viele Erinnerungen drin.*

Bei Familie Schroer wird eine persönliche Bindung an das Haus deutlich, da man dieses „selbst aufgebaut“ hat und „ganz viele Erinnerungen“ daran hängen. Dementsprechend schwierig gestaltet sich das Nachdenken über Alternativen: Was im Alter mit dem Haus geschehe, wie lange also das Einfamilienhaus durch die

35 O. Druta/R. Ronald, Young Adults' Pathways into Homeownership and the Negotiation of Intra-Family Support: A Home, the Ideal Gift, in: *Sociology* 51, 4 (2016), 1-17: 7-10.

Ersteigentümer bewohnt werden könne, bleibt offen. Klar jedoch ist für Familie Schroer, dass sie das Haus nicht „einfach so zurücklassen“ können. Auch für Frau Schmeling gibt es wenig Grund, das selbstgebaute Eigenheim im ländlichen Ohne zu verlassen.

[kw]: *Wissen Sie wie lange Sie in Ihrem Haus wohnen wollen?* Frau Schmeling: *Ja, hoffentlich bis wir alt sind. Ich glaube, wenn man alt wird, dann muss man hier nochmal ein bisschen altersgerecht umbauen, also mit Lifta Treppenlift. Wir haben auch oben schon eine ebenerdige Dusche. Also daran soll es nicht scheitern.*

Die körperlichen Veränderungen des Alterns sind für Familie Schmeling kein Argument, das Eigenheim zu verlassen. Vielmehr werden bauliche Anpassungen erwogen, die das Haus barrierefrei umgestalten. Auch das Ehepaar Meier aus Rorup rekurriert in seinen Ausführungen auf die körperlichen Umstände des Alterns. Da jedoch, wie Herr Meier ausführt, jeder anders alt werde, seien kaum allgemeingültige Pläne zu fassen:

Herr Meier: *Wie lange jetzt noch? Ich bin jetzt vierzig, gut vierzig.* Frau Meier: *Sechzig Jahre!* Herr Meier: *Ja vielleicht. Sechzig Jahre, das fänd ich gut. Ich wüsste jetzt nicht, warum ich hier ausziehen sollte. Das kann natürlich irgendwann kommen. Jeder Mensch wird anders alt und das müsste man dann, wenn es soweit ist entscheiden, aber jetzt würde ich erstmal nicht sagen, zu dem und dem Zeitpunkt möchte ich hier ausziehen.* Frau Meier: *Also es gibt Nachbarn, die sagen, hier werde ich nicht alt. Die wollen dann irgendwann wegziehen. Also da haben wir noch nicht so dran gedacht.*

Familie Meier verbindet hier scherzhaft das Wohnen im Einfamilienhaus mit dem Traum, dass dies auch noch im stolzen Alter von 100 Jahren möglich sei. Mit der Aussage, dass schließlich „jeder Mensch anders altert“ wird hier die Hoffnung verbunden, dass man selber zur agilen Altengeneration gehören könne, für die es keinen Grund gäbe, aus dem selbst erbauten Eigenheim auszuziehen.

Sowohl die Nutzung von Gebrauchtimmobilien als auch das Errichten eines Neubaus beinhaltet eine „Wette auf die Zukunft“.³⁶ Die hier erörterten Beispiele zeigen, dass die Vorstellungen über die Nutzung des Einfamilienhauses im Alter auch auf die jeweilige Immobilien- und Bodenmarktsituation reagieren. Jedoch gehen sie darin nicht auf, sondern beinhalten unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen über die Warenförmigkeit der eigenen vier Wände: die Gebrauchtimmobilien sind eher temporär nützliche Gebrauchsgegenstände, die Neubauten eher intimer Familienbesitz.

36 P. Bourdieu et al. (s. A 33), S. 51.

5. Fazit

In unserer Studie zeigten sich deutliche Unterschiede im Bereich der Werthaltungen und Einstellungen der jeweiligen Eigentümer zu ihren Häusern.

Der Neubau wird als ein lebenslanges und alltagsveränderndes Projekt beschrieben. Das neu gebaute Haus hat den Wert eines intimen, familialen, persönlich gestalteten Gutes. Die Ausrichtung der gesamten persönlichen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen auf das Lebensprojekt Neubau wird von den Eigentümern als kraftraubender Prozess beschrieben, der alles andere absorbiert. Die enge, persönliche Bindung an den Neubau äußert sich in dem Umstand, dass sich Neubaeigentümer ihr Haus als Alters- und Familiensitz denken.

Die Gebrauchtimmoblie hingegen wird von den Eigentümern als Kompromiss beschrieben. Sie soll sich als Kompromiss auch finanziell lohnen. Eigenleistungen sind daher selbstverständlich für die Eigentümer. Die damit verbundene Mühsal wird wie selbstverständlich akzeptiert und in tägliche Abläufe integriert. Diese Eigentümer denken ihr Haus nicht als Alterssitz, sondern eher als Altersvorsorge, die mit einer räumlichen Mobilität der Eigentümer einhergehen könnte.

Information: Der vorliegende Beitrag entstand im Kontext des Forschungsverbundes „Der Lauf der Dinge oder Privatbesitz? Ein Haus und seine Objekte zwischen Familienleben, Ressourcenwirtschaft und Museum“; Leitung: Elisabeth Timm (WWU Münster, Seminar für Volkskunde/Europäische Ethnologie), gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Programm „Die Sprache der Objekte – materielle Kultur im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen“. [www.hausfragen.net, Förderkennzeichen 01UO1504A]

Das empirische Datenmaterial zu den neu gebauten Einfamilienhäusern im Erhebungsgebiet entstammt dem Teilprojekt „Ein Haus für uns bauen: eine Ethnographie tradierter Familienideale im Wandel“ des o.g. Forschungsverbundes. Das empirische Datenmaterial zu den gebrauchten Einfamilienhäusern im Erhebungsgebiet entstammt dem Teilprojekt „Wie für uns gemacht?! Gebrauchtimmoblien und familienspezifische Wohn- und Lebensvorstellungen“ des o.g. Forschungsverbundes; Leitung des Teilprojekts: Christiane Cantauw (Volkskundliche Kommission für Westfalen, Landschaftsverband Westfalen Lippe), Förderkennzeichen 01UO1504B.

Zitierte Interviews: Neubauten, Interviews geführt von Katherin Wagenknecht; Rorup, Dülmen: Familie Schroer, 12.11.2015; Familie Meier, 18.11.2015; Familie Schulz, 24.11.2015; Familie Sattler, 19.12.2015; Ohne, Grafschaft Bentheim: Familie Schmeling, 21.03.2016; Familie Müller, 11.03.2016. Gebrauchtimmoblien, Interviews geführt von Benjamin Widholm; Rorup, Dülmen: Familie Reißner, 07.01.2016; Familie Goll, 04.11.2015; Familie Borbach, 19.11.2015; Ohne, Grafschaft Bentheim: Familie Ellwanger, 07.04.2016; Familie Flasberg, 15.03.2016; Wolbeck, Münster Süd-Ost: Familie Eckert, 07.09.2016; Familie Großkötter, 05.12. 2016.

AUTORINNEN/AUTOREN

Dr. phil. Anne Caplan

Nach Studium des Kommunikationsdesign an der Hochschule Düsseldorf Promotion in Kunst- und Designwissenschaften an der Folkwang Universität der Künste in Essen und 2008-2014 wiss. Mitarbeiterin im Fachbereich Gestaltung; anschließend wiss. Geschäftsführerin in einem BMBF-Forschungsverbund zum Einfamilienhaus am Seminar für Volkskunde/Europäische Ethnologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; derzeitige Forschungsschwerpunkte im Bereich Fertigteilarchitektur, Wohnen und Heimat sowie Partizipation und Wissenskommunikation.

Dr. phil. Regine Heß

1996-2003 Studium der Kunstgeschichte und Neuere und Mittlere Geschichte an der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. und Promotion 2008; 2008-2014 kuratorische Assistentin und Kuratorin an der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe; seit 2011 Kuratorin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Architekturmuseum der TU München/Lehrstuhl für Architekturgeschichte und kuratorische Praxis; seit 2015 Habilitationsprojekt über die Architektur der Nachkriegsmoderne, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Prof. Dr. Marianne Rodenstein

Studium der Soziologie, Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte an der LMU München und der FU Berlin; danach freiberufliche Tätigkeit in der „Arbeitsstelle für Verkehrssoziologische Forschung, München; Promotions- und Forschungsstipendien am Max-Planck-Institut zur Erforschung der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg, Abt. Habermas (1972-1977); wiss. Mitarbeiterin am Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin (1979-84); Lehr-

stuhlvertretungen u.a. an der RWTH Aachen. 1988-2007 Universitätsprofessorin für Stadt-, Regional- und Gemeindeforschung sowie Sozialpolitik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Mitherausgeberin der Reihe Stadt, Raum und Gesellschaft; Beiratsmitglied der Stiftung Maecenia für Frauen in Wissenschaft und Kunst.

Prof. Dr. rer. Pol. Dirk Schubert

Dr. rer. Pol., Prof. em., HafenCity Universität Hamburg, Arbeitsschwerpunkte vergleichende Stadt(planungs)geschichte, Wohnen und Wohnungsbau, Transformationsprozesse an Hafen- und Uferzonen, Buch- und Zeitschriftenpublikationen, Vorsitzender der Fritz Schumacher Gesellschaft e.V. (FSG) und Präsident der International Planning History Society (IPHS).

Prof. Dr.-Ing. Christina Simon-Philipp

Architektin und Stadtplanerin, Professorin für Städtebau und Stadtplanung an der Hochschule für Technik Stuttgart, zahlreiche Forschungsprojekte und Veröffentlichungen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung; Forschungsschwerpunkte: Entwicklung der Zentren, Weiterentwicklung des Wohnungsbauerbes der 1950er bis 1970er Jahre, öffentlicher Raum, energieeffiziente Stadtentwicklung, Quartiersentwicklung und demografischer Wandel.

Katherin Wagenknecht, M.A.

Nach Studium der Kulturwissenschaften sowie Stadt- und Raumforschung in Leipzig, Budapest und Darmstadt 2015-2018 wiss. Mitarbeiterin im BMBF-Forschungsverbund „Der Lauf der Dinge“ am Seminar für Volkskunde/Europäische Ethnologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Ihre Promotionsforschung beschäftigt sich mit den Idealen und Praktiken des familialen Wohnens im Einfamilienhaus.

Johannes Warda

Stadt als Ort öffentlicher Konflikte und Proteste

Sammelbesprechung

CHRISTOPH BERNHARDT (Hrsg.), *Städtische öffentliche Räume/Urban public spaces. Planungen, Aneignungen, Aufstände 1945-2015 / Planning, appropriation, rebellions 1945-2015 (Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung, 9)*, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2016, 27 s/w-Abb., 313 S., 59,- €.

ULRICH BRIELER/RAINER ECKERT (Hrsg.), *Unruhiges Leipzig. Beiträge zu einer Geschichte des Ungehorsams in Leipzig (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, 12)*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2016, 524 S., 62,- €.

SEBASTIAN BECK/OLAF SCHNUR, *Mittler, Macher, Protestierer. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung, Berlin: Jovis 2016, 10 Abb., 128 S., 12,95 €.*

Ungeachtet der zahlreichen Forschungsarbeiten, die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten mit dem Spannungsverhältnis von Stadt, Öffentlichkeit und öffentlichem Raum beschäftigt haben, erfahren diese Themen derzeit eine verstärkte Aufmerksamkeit. Es ist zwar schon eine Weile her, dass etwa die Anti-Hartz-IV-Proteste für eine Neuauflage der „Montagsdemonstrationen“ gesorgt haben (Beginn 2004) oder Städte wie Seattle (1999) und Genua (2001) zu Schauplätzen der globalisierungskritischen Bewegung geworden sind – zuletzt führte der G20-Gipfel in Hamburg (2017) hierzulande zu anhaltenden

Diskussionen um legitimen Protest gegen weltpolitische Spitzentreffen als einer Art Stadtmarketing. Spätestens die Ereignisse des Arabischen Frühlings, auf dem Kiewer Maidan und den Straßen und Plätzen Istanbuls haben die Stadt als Raum des Politischen jedoch wieder in den Blick gerückt. In Deutschland hat die Entwicklung der islamfeindlichen HoGeSa- und PEGIDA-Bewegung (seit 2014) mit der Präsenz von Hass-Botschaften in teils drastischer Weise gezeigt, wie verfassungsmäßig geschützte Grundrechte und der universelle Geltungsanspruch humanistischer Werte im öffentlichen Raum konflikthaft zusammenprallen. Die drei im Folgenden behandelten Publikationen widmen sich auf je ihre Weise der Stadt als Ort öffentlicher Konflikte und Proteste. Beleuchtet werden dabei sowohl stadt-, architektur- und planungsgeschichtliche Aspekte als auch Mechanismen der Beteiligung und Interessenmoderation.

Der Sammelband „Städtische öffentliche Räume“ widmet sich dem Zusammenspiel von gebautem öffentlichem Raum, Freiraumplanung und gesellschaftlichen Entwicklungen. Christoph Bernhardts Einleitung hat einführenden und durchaus grundlegenden Charakter und bietet einen guten Forschungsüberblick zu dem hier behandelten vielschichtigen Themenfeld. Bernhardt verweist gleich zu Beginn auf die weltweit weiter voranschreitende Urbanisierung. Städtische öffentliche Räume sowie die Möglichkeiten und Beschränkungen ihrer Aneignung gewinnen dadurch zunehmend gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Mit Blick auf den transdisziplinären

Charakter des Forschungsgegenstandes plädiert Bernhardt für integrierte Ansätze der Beschäftigung mit dem öffentlichen Raum (9). Die Vielfalt der Beiträge, die im Umfeld des Leibniz-Instituts für Raumbezogene Sozialforschung Erkner (IRS) entstanden sind, spiegelt diesen Anspruch: Sie beleuchten den öffentlichen Raum in seiner architektur- und planungsgeschichtlichen, materiellen, sozialen und politischen Dimension. Während die in den Einzelbeiträgen betrachteten Fallstudien zumeist eine Verschneidung aller Dimensionen aufweisen, bietet die sinnvolle Kapitelgliederung des Bandes eine weitere Orientierung. Das erste Kapitel nimmt „Freiraumplanungen: Strategien, Netzwerke und Akteure“ in den Blick. Am Beispiel des Wirkens von Walter Hebebrand als Hamburger Stadtbaudirektor zeigt der Beitrag von Elke Beyer, in welcher Weise internationale Expertennetzwerke und deren Leitbilder die Planwerke der Nachkriegszeit beeinflussten. Andreas Butter zeichnet die Geschichte des Wettbewerbs von 1956/57 für das Wohngebiet „Am Fennpfuhl“ in Berlin-Lichtenberg nach. Der Beitrag macht einmal mehr deutlich, dass Architektur und Stadtplanung nach 1945 lange noch „deutsch-deutsch“ verstanden wurden und alte Netzwerke einer gemeinsam von Neuem Bauen und Emigration geprägten Architektengeneration zwischen Ost und West nachwirkten. Standen einer direkten Übernahme der jeweils anderen Architektur- und Freiraumkonzepte zunehmend ideologische Differenzen im Weg, so schlugen sich diese laut Butter zu diesem Zeitpunkt zumindest noch nicht in einer Dominanzarchitektur nieder. Vielmehr hätten in den Beiträgen aus Ost wie West die Bedürfnisse der Bewohner im Vordergrund gestanden und damit die Suche nach „Raumkonzepten, die [...] den Bewohnern helfen sollten, aus einem Gefühl der Freiheit heraus Bindungen einzugehen – zum Ort, an dem man lebt, aber besonders zu seinen Mitmenschen.“ (97) Eine solche Motivation für das Planen und Entwerfen wird den Architekturschaffenden der großmaßstäblichen Nachkriegszeit außerhalb von Fachkreisen oft abgesprochen. Umso wichtiger



ist es, das Bewusstsein für Freiraumplanungen als eigenständige Entwurfsleistungen zu stärken, wenn es heute darum geht, historische Qualitäten zu reaktivieren oder weiterzuentwickeln.

In welcher Weise die frühe Kritik an Großwohnsiedlungen und Trabantenstädten zu einer bewussteren Beschäftigung mit den Freiräumen führte, zeigt der Beitrag von Loïc Valderoge. Er führt detailreich aus, wie die zentralen Förderprogramme für Kunst im öffentlichen Raum bereits in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren die französischen *cités* aufwerten sollten. Das zweite Kapitel beleuchtet die Produktion öffentlicher Räume gewissermaßen aus der Bottom-up-Perspektive und untersucht diese „als Orte eigensinniger Aneignung im Alltag“. Die Beiträge widmen sich so unterschiedlichen Fällen wie den Spielplätzen auf Trümmergrundstücken in England (Krista Cowman), einem Vergleich der Fußgängerzonen in Frankfurt a.M. und Karl-Marx-Stadt (Sylvia Necker), den Subkulturen auf dem Alexanderplatz und dem Breitscheidplatz in Berlin (Harald Engler) sowie den Konflikten um Alkoholkonsum und Freizeitaktivitäten im öffentlichen (und zunehmend privatisierten) Raum (Gerd Kuhn). Englers Beitrag bietet zudem weitere Hinweise auf Theorieansätze, die das Kapitelthema zwangsläufig mitführt, etwa zu den Spielarten der „Aneignung“, die mit Bourdieu als affirmative, kritische

oder ablehnende Reaktion auf den physischen öffentlichen Raum beschrieben werden können (197).

Das dritte Kapitel spitzt die Wahrnehmung und Aneignung öffentlicher Räume „als Brennglas sozialer und politischer Revolten“ weiter zu. Dramaturgisch gut gegliedert, stellt hier gleich der erste Beitrag von Sandra Hunning einige grundsätzliche Überlegungen zum öffentlichen Raum als Raum des Politischen an. Hunning führt Hannah Arendts Begriff des Handelns ein und hebt dessen wechselseitige Abhängigkeit vom Raum hervor: So wie der Mensch handelnd in die Welt tritt und als Individuum sichtbar wird, so konstituiert sich im physischen Raum das Politische über die hier aufeinander treffende Pluralität der Themen und Positionen (235 f.). Hunnings vergleichend betrachtete Fallbeispiele (Leipziger Montagsdemonstrationen 1989 und G8-Gegengipfel, Genua 2001) verweisen auf ein weiteres grundsätzliches Merkmal urbaner Protestbewegungen, nämlich dass sie als transnationales Phänomen aufzufassen sind. Mit Blick auf aktuelle Tendenzen der Planung und Bewirtschaftung öffentlicher Räume sieht Hunning deren politisches Potenzial gefährdet. Demokratische Gesellschaften bedürften auch weiterhin Räume, die nicht bereits implizit durch Konsummuster vorgeprägt und Ordnungsregimes normiert seien (254). Der Beitrag von Ailyn Topal rekonstruiert die Geschichte des Istanbuler Taksim-Platzes und macht so seine symbolische Bedeutung für die Ereignisse der jüngeren Vergangenheit rund um die Gezi-Protteste deutlich. Unter Rückgriff auf Lefebvres und Gramscis arbeitet Topal die Produktion des Platzes durch unterschiedliche politische und gesellschaftliche Gruppen sowie die Mechanismen räumlicher Hegemonie heraus (259 f.). Wiederum ergänzend dazu liest sich der Beitrag von Nora Laß, die aus dem Geschehen der tunesischen Revolution von 2011 eine Typologie der Interaktionsmuster von Protestierenden mit dem (geplanten und ungeplanten) öffentlichen Raum entwickelt. Sie stellt fest, dass nicht nur repräsentative Boulevards und große Plätze zu Orten des Protests werden,

sondern Orte und Räume ganz unterschiedlicher Maßstäbe: Wohngebiete, Supermarktplätze und gehobene Vororte – letztere, weil dort zahlreiche Botschaften ihren Sitz haben. Um die Dynamiken urbaner Protestbewegungen nachvollziehen zu können, resümiert Laß, müsse die rein morphologische Betrachtung öffentlicher Räume um jene der symbolischen Bedeutung und aktueller, fluider Umdeutungen ergänzt werden (291).

Im Schlusskapitel des Bandes plädiert Christoph Bernhardt zusammenfassend für eine „translokale [...] Gesellschaftsgeschichte städtischer öffentlicher Räume“. Dabei geht es ihm vor allem um eine noch deutlichere Erweiterung der Forschungen zu Öffentlichkeit und öffentlichem Raum um die soziologische Perspektive und Ansätze der Bewegungsforschung. Den von Bernhardt eingangs visionierten transdisziplinären Charakter der Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung unterstreicht schließlich der Vorschlag, über die Erforschung der Materialität von Freiräumen hinaus „Ortsbiographien“ als komplexe Geschichten des Zusammenwirkens physischer, planerischer und sozialer Faktoren bei der Produktion öffentlicher Räume zu untersuchen (301). Inwieweit Manifestationen politischen Protests im öffentlichen Raum gegenwärtig nur noch innerhalb der Logik des kapitalistischen Systems Wirkung entfalten können, wie Bernhardt die Debatte um die „Postdemokratie“ abschließend paraphrasiert, wird sich zeigen. Nicht unterschätzt werden sollte jedenfalls jene Bewegung, die sich explizit außerhalb des Systems stellt und an der Produktion eigener Resonanzräume arbeitet.

Wie sich die Stadt als Raum des Politischen durch die Zeiten hindurch entwickelt und dabei auch so etwas wie eine spezifische Protestkultur entstehen kann, untersucht der Sammelband „Unruhiges Leipzig“. In einem historischen Längsschnitt widmet sich die Publikation eines stadgeschichtlichen Kolloquiums der Geschichte bürgerschaftlichen Aufbegehrens in jener Stadt, die spätestens seit der Montagsdemonstration

vom 9. Oktober 1989 als Wiege der „friedlichen Revolution“ gilt. Enno Bünz' Beitrag, der den „erste[n] Leipziger Bürgeraufstand“ 1215/16 untersucht, bietet zugleich eine solide Einführung in die Gründungsgeschichte Leipzigs. Sodann thematisiert Bünz die Verrechtlichung städtischer Gemeinwesen im Hochmittelalter. Diese bildet den Hintergrund für das Hauptthema des Beitrags, den angeblich ersten „Bürgeraufstand“. Nach intensiver Quellendiskussion muss Bünz diesen allerdings im Reich der Legenden verorten – beziehungsweise als Ergebnis ebenjener Geflechts aus beurkundeten Privilegien und widerstreitenden Interessen von Landesherr, Ministerialen und Stadtbürgern (38). Sehr anschaulich zeigt der Beitrag wieder einmal, wie weit populäre Mittelalterbilder von den „dark ages“ als rechtsfreie Räume und historische Forschung auseinander liegen. Der Beitrag „Armut und Ungehorsam“ von Elke Schlenkrich thematisiert eingangs die frühneuzeitliche Ordnungsvorstellung der ‚guten Policey‘ (54). So ist im 18. und 19. Jahrhundert eine Zunahme an städtischen und gebietsherrschaftlichen Ordnungen zu verzeichnen, welche die ‚der Obrigkeit schuldigen Folgsamkeit‘ regeln sollten (53). Die Autorin regt damit eine begriffs- und methodenkritische Auseinandersetzung mit Phänomenen wie Ungehorsam, widerständiges Verhalten, Eigensinn usw. an, die man im Band als eigenständigen Beitrag ansonsten vermisst. Denn naturgemäß drängt sich hier die Frage auf, gegen wen oder was Ungehorsam geübt wird, und auf welcher Basis er bewertet werden könnte: Als legitimer Widerstand gegen staatliche Repressionen oder Übergriffe bestimmter Gruppen? Oder eben auch als Angriff auf eine bestehende Rechtsordnung wie zum Beispiel das Grundgesetz, das gewisse Grundfreiheiten schützt, vor allem aber der Würde jedes einzelnen Menschen verpflichtet ist?

Abschließend sei noch auf den soziologischen Beitrag von Dieter Rink eingegangen, der komplementär zu den oben erwähnten Fallstudien von Hunning, Topal und Lafı zu lesen ist. Rink zieht einen weiten Bogen „von den Bürgerbewe-



gungen zu Legida. Proteste in Leipzig 1991-2015“ und zeichnet auf empirischer Basis die Protestgeschichte der Transformationsphase nach. Vor dem Hintergrund aktueller Debatten über „Abgehängte“ und die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in den ostdeutschen Bundesländern leistet der Beitrag wichtige Erinnerungsarbeit. Denn allzu schnell gerieten die nach 1990 im öffentlichen Raum geführten Auseinandersetzungen über den ad hoc verfügbaren wirtschaftlichen Strukturwandel und dessen soziokulturelle Begleiterscheinungen in Vergessenheit. So folgt man gerne Rinks Ausführungen über die großen Leipziger „Arbeiter- und Sozialstaatsproteste“, die sich zwischen 1991 und 2008 gegen Privatisierungen, Betriebsschließungen und die Hartz-IV-Reformen wandten (485). Oder die Friedensdemonstrationen wie etwa der Protestzyklus von siebzehn Montagsdemonstrationen gegen die Intervention im Irak, der 2003 zeitweilig bis zu 45.000 Menschen auf die Straße brachte. Den hohen Politisierungsgrad in den Konflikten um urbane Freiräume in Leipzig zeigt schließlich die Geschichte der Hausbesetzer- und soziokulturellen Szene im Stadtteil Connewitz. Die Deutungshoheit über den öffentlichen Raum und damit letztlich auch die Frage, welchen Werten sich eine Nachbarschaft verpflichtet fühlt, ist hier in den 1990er und 2000er Jahren zwischen rechtsradikalen und linksradikalen

Gruppen buchstäblich auf der Straße ausgefochten worden. Dass Letztere sich auf eine immer breitere Basis stützen konnten, zeigt die anfänglich hohe Beteiligung an den NoLEGIDA-Protesten im Jahr 2015. Rinks Ausführungen werfen in diesem Zusammenhang auch ein Schlaglicht auf die Entstehungsprozesse von Bewegungen wie PEGIDA, die oft nur als kurzlebige Phänomene wahrgenommen werden. Ob LEGIDA letztlich im klassischen Sinne als „soziale [...] Bewegung“ bezeichnet werden kann, müsse aber offen bleiben (507). Mit Blick auf die Leipziger Protestkultur insgesamt konstatiert Rink das „Protestparadigma der Montagsdemonstration“, das als lebendiges Erbe von 1989 gelten könne (508).

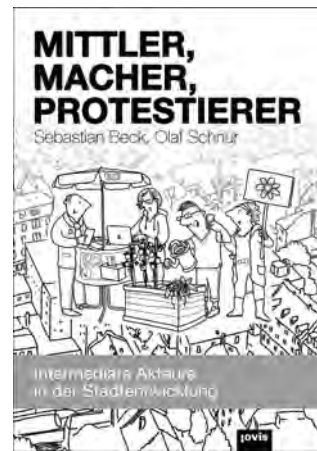
Die Beiträge des Bandes stehen, als Ausarbeitungen eines Kolloquiums zur Stadtgeschichte, zunächst für sich und gehen teilweise auf bereits veröffentlichte Forschungsergebnisse zurück. Es verbindet sie aber mehr als das übergeordnete Interesse an der „Geschichte des Ungehorsams in Leipzig“: Ihre chronologische, thematisch breit angelegte Abfolge spiegelt zugleich die zunehmende Komplexität der Stadtgesellschaft und der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen, der sie unterworfen war. Dabei zeigt sich, dass Herrschaftsmechanismen in verschiedene Richtungen wirkten. Wenn auch grundsätzlich von einem asymmetrischen Machtverhältnis zwischen „Obrigkeit“ und Individuen bzw. Gruppen innerhalb der Stadtgesellschaft ausgegangen werden muss, so ist zu allen Zeiten ein emanzipatorisches Moment in den Aushandlungsprozessen städtischen Zusammenlebens festzustellen. Für die Zeit nach 1989 muss eine wichtige Erkenntnis wohl lauten, dass den so genannten Neuen Bundesländern nicht zugestanden wurde, eine „Transformationsgesellschaft“ zu sein. Stattdessen dominierte der Diskurs das Defizitäre, des Aufholens, der Angleichung der Lebensverhältnisse. Und so setzt sich nach dem letzten großen Umbruch von 1989/90 der Eindruck fort, dass Geschichte (auch) „auf der Straße“ gemacht wird. „Die Straße“ bedeutet aber nicht mehr nur eine solche Zuspitzung wie zu Zeiten der „außerparlamentarischen Opposition“ oder aktuell des *GIDA-Phänomens.

Informelle Beteiligungs- und Protestformen sind längst institutionalisiert und werden als Formate in Planungsprozessen angewendet. Dabei artikuliert sich der bürgerschaftliche Anspruch auf Mitgestaltung des Gemeinwesens nicht nur in den erweiterten Entscheidungsverfahren der gouvernementalen Ebene mit ihren repräsentativ-demokratischen Gremien. Unterschiedliche Akteure nehmen als „Koproduzenten“ an der Gestaltung der Stadt teil: Mieterbündnisse, Gartenprojekte, die Transitiontown-Bewegung und Kulturinitiativen, aber auch Wirtschaftsverbände und viele andere. Für diese Dynamisierung und Verbreiterung des Akteursspektrums hat die Politikwissenschaft den Begriff der Governance geprägt und die damit einhergehende Aufweichung klassischer Top-down-Herrschaftsmechanismen als „postmodern“ charakterisiert.

Mit der Publikation „Mittler, Macher Protestierer“ des Bundesverbandes Wohnen und Stadtentwicklung (vhw) liegt jetzt eine leicht zugängliche Einführung in die Thematik der so genannten intermediären Akteure der Urban Governance vor. Das Buch versteht sich ausdrücklich als praxisorientiertes „Debattenbuch“ (12), arbeitet aber auch mit etablierten Theorieansätzen und bietet eine weiterführende Auswahlbibliografie (123-127). Ziel ist es, die funktionalistische Sicht auf die Instrumente von Beteiligungsverfahren um eine integrierte Perspektive auf die Veränderungen im Gefüge kommunaler Selbstverwaltungsgremien, Behörden und anderen Akteuren zu erweitern. Die neuen urbanen Akteure und Aushandlungsformen spricht das Buch explizit als „integrative[n] Teil eines inklusiven repräsentativ-demokratischen Systems“ an. (12) Damit ist es an der Schnittstelle planungspraktischer Reflexion und demokratietheoretischer Diskurse angesiedelt und rührt an so wichtigen Fragen wie jenen nach Teilhabe und Repräsentation. Zunächst fächert der Band mit der „Typologie der Intermediären“ (41 ff.) das Spektrum der an der Koproduktion von Stadt zwischen Politik, Verwaltung und Gesellschaft beteiligten Akteure auf. Zu unterscheiden sind demnach „klassische

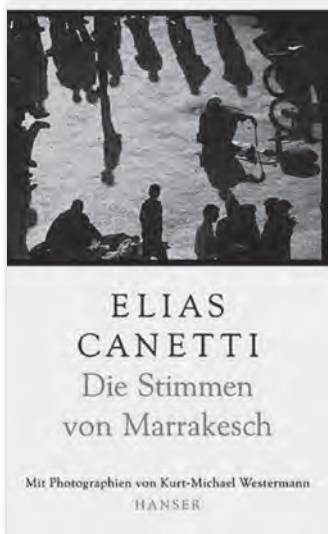
Intermediäre“ wie Parteien, Vereine und Verbände (43), „Neo-Intermediäre“ (46) wie Protest- und Sozialbewegungen, Kiezinitiativen und Urban-Gardening-Projekte sowie „Para-Intermediäre“ als „Player ohne Bürgerbasis“ (52). Zu Letzteren werden Wohnungsunternehmen, Privatstiftungen und Unternehmen mit kommerziellen Interessen gezählt. Welchen Einfluss die Intermediären geltend machen können, hängt nicht zuletzt von ihrem Vernetzungsgrad und ihrem Zugriff auf Ressourcen wie kulturelles oder ökonomisches Kapital ab. Auch das thematisiert der Band, um sich dann sehr ausführlich dem Problem der Legitimation zu widmen und hierfür Prüfsteine vorzuschlagen (92 ff.). Das ist deshalb von Bedeutung, weil die Kooperation von Staat und Intermediären grundsätzlich empfohlen wird – vor allem um „schwer anzusprechende Gruppen“ in der Stadt zu erreichen (89).

Der Band löst sein Versprechen ein, das komplexe Thema für ein breiteres (Fach-)Publikum aufzuschließen und vermag über die informativen, sehr gut lesbaren Texte Interesse zu wecken. Allerdings unterstützt das Layout, abgesehen von den zahlreichen anschaulichen Grafiken, die Inhalte leider nicht. Insgesamt vermittelt der Band den Eindruck, dass ein stärkeres Bewusstsein für intermediäre Akteure einen positiven, demokra-



tiestärkenden Effekt auf die institutionalisierten Funktionslogiken urbaner Gestaltungs- und Partizipationsprozesse haben kann. Die Fokussierung von Politik und Verwaltung auf organisierte Akteure birgt aber auch die Gefahr, die Stadt als Ganzes, als „Parapolis“ (Mark Terkesidis) mit ihrer Vielfalt unterschiedlicher Lebensstile aus dem Blick zu verlieren. Die Frage, wer wie an der Produktion von Stadt teilhaben kann, muss unabhängig vom Organisationsgrad bestimmter Interessen immer wieder gestellt werden.

Stadterzählung



Elias Canetti, Die Stimmen von Marrakesch, München/Wien: Carl Hanser Verlag 2002, 160 Seiten, 14,90 Euro.

Die Verstädterung der Welt und das „Erlebnis Stadt“ haben vielfältigen Niederschlag in der Literatur gefunden. Abseits von ihrem wissenschaftlich-interdisziplinären Zugriff greift die Zeitschrift Forum Stadt mit der Reihe „Stadterzählung“ Bruchstücke literarischer Stadterfahrungen auf.

1954 reiste Elias Canetti als Begleiter eines Filmteams nach Marrakesch. Nach seiner Rückkehr schrieb er die Eindrücke seiner Reise nieder. Der nachfolgende Textauszug erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Carl Hanser Verlags.

STILLE IM HAUS UND LEERE DER DÄCHER

Um in einer fremdartigen Stadt vertraut zu werden, braucht man einen abgeschlossenen Raum, auf den man ein gewisses Anrecht hat und in dem man allein sein kann, wenn die Verwirrung der neuen und unverständlichen Stimmen zu groß wird. Dieser Raum soll still sein, niemand soll einen sehen, wenn man sich in ihn rettet, niemand, wenn man ihn wieder verläßt. Am schönsten ist es, in eine Sackgasse zu verschwinden, vor einem Tore stehenzubleiben, zu dem man den Schlüssel in der Tasche hat, und aufzusperren, ohne daß es eine Sterbensseele hört.

Man tritt in die Kühle des Hauses und macht das Tor hinter sich zu. Es ist dunkel und für einen Augenblick sieht man nichts. Man ist wie einer der Blinden auf den Plätzen und Gassen, die man verlassen hat. Aber man gewinnt das Augenlicht sehr bald wieder. Man sieht die steinernen Stufen, die in die Etage führen, und oben findet man eine Katze vor. Sie verkörpert die Lautlosigkeit, nach der man sich gesehnt hat. Man ist ihr dankbar dafür, daß sie lebt, so läßt es sich auch leise leben. Sie wird gefüttert, ohne daß sie tausendmal am Tage ›Allah‹ ruft. Sie ist nicht verstümmelt und sie hat es auch nicht nötig, sich in ein schreckliches Schicksal zu ergeben. Sie mag grausam sein, aber sie sagt es nicht.

Man geht auf und ab und atmet die Stille ein. Wo ist das ungeheuerliche Treiben geblieben? Das grelle Licht und die grellen Laute? Die hundert und aberhundert Gesichter? In diesen Häusern gehen wenig Fenster auf die Gasse, manchmal keines; alles öffnet sich auf den Hof, und dieser öffnet sich auf den Himmel. Nur durch den Hof ist man in einer milden und gemäßigten Verbindung mit seiner Umwelt.

Man kann aber auch auf das Dach steigen und alle flachen Dächer der Stadt auf einmal sehen. Es ist ein ebener Eindruck und alles wie in großzügigen Stufen gebaut. Man meint, man könnte oben über die ganze Stadt spazieren. Die Gassen erscheinen nicht als Hindernis, man sieht sie nicht, man vergißt, daß es Gassen gibt. Die Berge des Atlas glänzen nahe und man würde sie für die Kette der Alpen halten, wäre das Licht auf ihnen nicht gleißender und wären nicht so viele Palmen zwischen ihnen und der Stadt.

Die Minarets, die sich da und dort erheben, sind nicht wie Kirchtürme. Sie sind wohl schlank, aber nicht zugespitzt, ihre Breite ist oben dieselbe wie unten, und es kommt auf die Plattform in der Höhe an, von der zum Gebete gerufen wird. Sie sind eher wie Leuchttürme, aber von einer Stimme bewohnt.

Über den Dächern der Häuser praktiziert eine Bevölkerung von Schwalben. Es ist wie eine zweite Stadt; nur geht es in ihr so rasch zu wie auf den Gassen der Menschen langsam. Nie ruhen sich diese Schwalben aus, man fragt sich, ob sie je schlafen, es fehlt ihnen an Faulheit, Gemessenheit und Würde. Sie rauben im Fliegen, die Dächer, die leer sind, mögen ihnen wie ein erobertes Land erscheinen.

Denn man zeigt sich nicht auf den Dächern. Hier, dachte ich, werde ich Frauen sehen wie in Märchen, von hier werde ich in die Höfe der Nachbarhäuser schauen und ihr Treiben belauschen. Als ich das erste Mal auf das Dach stieg, das zum Haus meines Freundes gehörte,

war ich voller Erwartung, und solange ich in die Ferne blickte, auf die Berge, über die Stadt, war er es zufrieden und ich fühlte seinen Stolz, daß er mir etwas so Schönes zeigen konnte. Aber er wurde unruhig, als ich an der Ferne ermüdete und meine Neugierde für das Nahe sich regte. Er ertappte mich bei einem Blick in den Hof des Nachbarhauses, von wo ich zu meiner Freude weibliche und spanische Laute vernahm. »Das tut man hier nicht«, sagte er. »Das soll man nicht. Ich bin oft davor gewarnt worden. Es gilt als unfein, sich um die Vorgänge im Nebenhaus zu kümmern. Es gilt als unanständig. Man soll sich eigentlich überhaupt nicht auf dem Dache zeigen, schon gar nicht als Mann. Denn manchmal gehen die Frauen auf die Dächer und sie wollen sich ungestört fühlen.«

»Aber es sind doch gar keine Frauen da.«

»Vielleicht hat man uns gesehen«, meinte er.

»Man kommt in Verruf. Man spricht auch keine verschleierte Frau auf der Straße an.«

»Und wenn ich nach dem Weg fragen möchte?«

»Dann mußt du warten, bis dir ein Mann entgegenkommt.«

»Aber du könntest dich doch auf dein eigenes Dach setzen. Wenn du jemand auf dem Nachbardach bemerkst, ist es nicht deine Schuld.«

»Dann muß ich wegschauen. Ich muß merken lassen, wie uninteressiert ich bin. Hinter uns ist eben eine erschienen. Es ist eine alte Magd. Die hat keine Ahnung, daß ich sie bemerkt habe. Aber sie ist schon verschwunden.«

Ich hatte nicht einmal Zeit, mich umzuwenden. »Man ist also unfreier auf dem Dach als auf der Straße.«

»Gewiß«, sagte er. »Man will bei der Nachbarschaft nicht in Verruf geraten.« Ich sah den Schwalben zu und beneidete sie, wie sie unbekümmert über drei, fünf, zehn Dächer zugleich hinwegschossen.

BESPRECHUNGEN

ARNOLD BARTETZKY (Hrsg.), *Geschichte Bauen. Architektonische Rekonstruktion und Nationenbildung vom 19. Jahrhundert bis heute*, Köln: Böhlau 2017, 147 s/w-Abb., 59 farb. Abb., 420 S., 60,- €.



Architektonische und städtebauliche Rekonstruktionen sind Formen des Erinnerns und werden als solche „immer mehr als soziale und kulturelle Konstruktionen erkannt, die sich in der Zeit verändern und ihre eigene Geschichte haben“ (Aleida Assmann). Dass dieser Satz besonders für das kollektive Erinnern von Nationen gilt, macht der beeindruckende Band des Herausgebers Arnold Bartetzky in aller Schärfe, aber auch in aller Ambivalenz des jeweils Rekonstruierten und dabei Konstruierten an Osteuropäischen Nationen deutlich.

In insgesamt 15 Beiträgen, einer exzellenten Einleitung und 14 Beiträgen zu Städten oder Einzelobjekten, wird das gerade für Osteuropa so außerordentlich brisante Problem der Nationenbildung und des nationalen kollektiven Gedächtnisses auf der Basis von architektonischen und städtebaulichen Rekonstruktionen entfaltet: Fünf

Beiträge zu Polen (Marienburg, Kalisz, Warschau, Danzig, Stettin, administrative Voraussetzungen der Rekonstruktion in Polen), zwei zu Ungarn (Burg Vajdahunyad, Denkmalpflege in Ungarn), jeweils einer zu Griechenland (Athen), Kroatien (Split), Rumänien (Adamclisi und allgemein zur Geschichtspolitik), Tschechien (Prag), Ukraine (Rekonstruktion von Kirchen), zu den baltischen Ländern Lettland (Riga) und Litauen (Vilnius) und zu Mazedonien (Ohrid) vermitteln ein intensives, detailreiches Bild der unterschiedlichen Bemühungen in diesen Ländern um Geschichte und Identität vielfach gebrochener, verunsicherter, aber auch selbstbewusster Nationen, die dennoch durchaus Parallelen zu Westeuropa aufweisen.

Zusammenfassungen, Konzentration auf wenige Schlüsselbegriffe über das hinaus, was der Herausgeber in seiner Einleitung in dieser Hinsicht leistet, sind kaum möglich. In allen Beiträgen wird in vorbildlicher Weise eine kritische Distanz zu den „Konstruktionen“ einer Nationenbildung gewahrt und betont, die mit den „Rekonstruktionen“ unternommen werden. Dennoch ziehen sich einige Leitlinien durch die Beiträge, die als nationale Motive für Rekonstruktion, für „schöpferische Rekonstruktion“ oder klare „Konstruktion“ häufig von Eliten gegen das Alltagsempfinden der Bevölkerung (z.B. die Entwicklung eines klassizistischen Athens zur Hauptstadt eines neuen Griechenlands, das seine Wurzeln in der Antike suchte) immer wieder auftauchen. Es sind Motive, die aus der Forschung zum kollektiven Gedächtnis und zum Nationalismus gut bekannt sind und deren Umsetzung in Architektur und Städtebau der Band anschaulich macht: Ein Selbstverständnis als Opfer fremder Mächte, eine Erinnerung an kollektiv erduldetes Leid – das nach Ernest Renan enger verbindet als die Erinnerung an Triumphe – ein moralisch-normativer Dominanzanspruch mit missionarischen Implikationen, die Überzeu-

gung von der „eigenen Redlichkeit“ (Ulrich Beck) gegenüber der moralischen Verworfenheit und Unterlegenheit eines Anderen und Gegners, Abgrenzungs- und Distinktionsbedürfnisse, wenn die eigene Geschichte allzu eng mit der von Nachbarstaaten und Konkurrenznationen verwoben zu sein scheint, vor allem aber die Konstruktion einer Nation als eines kulturell und häufig auch ethnisch homogenen Kollektivs, das seine Wurzeln in den Tiefen der Geschichte sieht. Aus dieser historischen Verwurzelung, die Brüche von Jahrhunderten überbrücken soll, wie z. B. beim modernen Griechenland, das einer Fremdherrschaft und nationalen Nicht-Existenz von fast 2.000 Jahren diese Kontinuität der eigenen Kultur entgegenzusetzen sucht. Sehr beeindruckend wird gerade an diesem Beispiel deutlich, wie sehr diese Kontinuität als Mythos sogar von außen gegen die Bevölkerung implementiert wird – im Fall Athens nach 1830 durch eine bayrische Adelsfamilie und deutsche Architekten – und wie sehr die Durchsetzung dieses Mythos die Eliminierung gegenteiliger Zeugnisse, hier der zahlreichen byzantinischen Kirchen und Kapellen, verlangt. Je konsistenter eine Tradition erscheint und je tiefer sie in die Geschichte reicht, umso verpflichtender kann sie gegenüber der Zukunft, gegenüber kommenden Generationen behauptet werden. Und das scheint es schließlich zu sein, was Rekonstruktion antreibt, Legitimation für eine Formung der Zukunft, nicht wissenschaftliche Quellensicherung für die Arbeit von Historikern.

Die Aneignung historischer Zeugnisse vom 19. Jahrhundert bis heute in Rekonstruktionen unterliegt auf nationaler Ebene in Osteuropa – und vermutlich nicht nur hier, hier aber besonders deutlich und nachvollziehbar – den Anforderungen, Herrschaftsansprüche der jeweils aktuell Handelnden zu legitimieren. Der Status von Rekonstruktion als „Gemachtheiten“ für bestimmte Zwecke, den alle Beiträge betonen und zum größten Teil auch kritisch reflektieren, scheint bei Erinnerungen so unvermeidlich zu sein wie bei allen kulturellen Artefakten. Dass dabei ein und dieselbe Symbolik von gegensätzlichen Kräften jeweils als Bestätigung der eigenen Position gese-

hen und genutzt werden kann, wird eindringlich am Beispiel der polnischen Stadt Kalisz deutlich, deren rekonstruierte Bebauung nach Zerstörung großer Teile der Stadt durch die deutsche Armee im Ersten Weltkrieg sowohl als „typisch deutsch“ als auch als „typisch polnisch“ von den opponierenden Parteien in Anspruch genommen wird. Häufiger aber noch scheint die schlichte „Erfindung“ einer Symbolik zu sein, die als typisch für eine bestimmte Nation behauptet werden kann und nach einer gewissen Zeit von großen Teilen der Bevölkerung auch in dieser Weise akzeptiert und verteidigt wird. Symbolik, auch die der Rekonstruktion, unterliegt um so mehr der Interpretation, dem Willen einer Zeit, je mehr ein Gegenstand, der mit ihr zum Ausdruck kommen soll, selbst in den Bereich der Mythologie und des Glaubens gehört, wie es beim Begriff der Nation als kulturellem Kollektiv der Fall ist.

So liest sich dieser eindrucksvolle Band als eine Sammlung detaillierter Baugeschichtsstudien mit umfangreichem wissenschaftlichem Apparat; darüber hinaus aber auch als Buch der Tragödie eines Nationalismus, der aus dem 19. Jahrhundert stammend schon für überwunden galt, der aber ganz im Gegenteil besonders in Osteuropa – aber wie gesagt nicht nur hier – zurzeit eine bedrückende Wiederauferstehung erlebt, und dessen anti-zivilisatorischen Implikationen der Homogenisierung, der Abgrenzung und kulturellen Dominanzansprüche auch durch die zivilisatorischen Leistungen von Rekonstruktion nicht verdeckt werden können. Im Gegenteil werden sie gerade in diesen deutlich, auch wenn die Begründungen der Rekonstruktion als Kompensation von Unterdrückung, Verfolgung, als Überwindung einer Opferrolle historisch zutreffend sein mögen.

Einer rationalen Modernisierung des Nationalen sind offenbar enge Grenzen gesetzt. Unausweichlich scheint es, dass „Nationen bestimmte Erfahrungen in ‚Mythen‘ verwandeln, denen sie eine auto-hypnotische Wirkung verleihen, indem sie sie mit Hilfe von Monumenten, Denkmälern und Orten präsent halten“ (Aleida Assmann). Wie das in Einzelnen geschieht, wie die „Konstruktion exklusiver Nationalgeschichten in der

östlichen Hälfte Europas bis auf Weiteres eines der zentralen Motive von Rekonstruktionsprojekten bleiben wird“ (Arnold Bartetzky), zeigen die Beiträge des Bandes.

Albrecht Göschel, Berlin

BENEDIKT GOEBEL, *Mitte! Modernisierung und Zerstörung des Berliner Stadtkerns von 1850 bis zur Gegenwart, Berlin: Lukas Verlag 2018, 190 Abb., 157 S., 19,80 €.*



Die Mitte neu zu denken, ohne dabei die Vergangenheit außen vor zu lassen! Kurz und knapp – diese Zuschreibung scheint eher weniger auf die unzähligen Darstellungen der Berliner Stadtentwicklung zu passen. Mit einem Fokus auf Fotografien und Illustrationen zur städtebaulichen Transformation des historischen Berliner Stadtkerns gelingt Benedikt Goebel – Architektur- und Stadthistoriker sowie Kurator zahlreicher Ausstellungen zur Geschichte der Berliner Mitte – eine knapp erläuterte und dennoch umfangreich-anschauliche Abhandlung.

Heute existiert die Berliner Mitte als ewigwährende Baustelle, durch ein Konglomerat privater und öffentlicher Bauinvestierenden städtebaulich zerrissen. Die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Bebauung und der Verlust städtebaulicher Qualität wurden weithin medial, in Ausstellungen sowie in Stadtdebatten der letzten

Jahre thematisiert und diskutiert. Daraus entstand die Einsicht einer Notwendigkeit, ein breiteres Verständnis und Wissen über die frühere Stadtgestaltung und die Umstände ihrer Zerstörung zu schaffen, um über das zukünftige Stadtbild der Berliner Mitte mitzuentcheiden.

In einer chronologischen Abfolge der einzelnen städtebaulichen Phasen schildert der Autor sowohl die Dynamik baulicher und funktionaler Veränderungen – zwischen Verfall, Abriss, Zerstörung sowie Neubebauung und Modernisierung – als auch die gesellschaftlichen Verwerfungen der Zeit. Pläne und Skizzen erleichtern dabei die Orientierung.

Beginnend mit einem kurzen Überblick über die Rahmenbedingungen der jeweiligen Phase und den Veränderungen im historischen Berliner Stadtgebiet werden die Schicksale einzelner Gebäude oder auch signifikanter Straßenzüge hervorgehoben. Die Bandbreite des bisher kaum publizierten Bildmaterials erstreckt sich von Fotografien, Luftbildern, Verkehrs- und Bebauungsplanungen, Entwurfszeichnungen bis hin zu aktuellen Themenkarten veränderter städtebaulicher Strukturen. Die kürzeren, zum Teil auch längeren Bildunterschriften sowie die Angabe der Archivquellen ermöglichen eine vertiefte Auseinandersetzung und weiterführende Quellenrecherche, wenn auch Angaben verwendeter Literatur fehlen. Durch die umfangreichen Abbildungen wird das Ausmaß des Abrisses bzw. der Zerstörung nicht nur von Gebäuden, sondern auch von Geschichte und Identität veranschaulicht zugunsten neuen, zeitgenössischen Bedürfnissen und Anforderungen einer ‚modernen‘ Stadt.

In einem kurzen Abriss zur Geschichte der ‚Alten Mitte‘ seit dem 12. Jahrhundert erläutert Goebel die Ausgangslage der mittelalterlichen Berliner Stadtstruktur, welche mit der Bedeutungszunahme zunächst als preußische, dann als kaiserliche Hauptstadt sowie der rasanten Industrialisierung und Urbanisierung im späten 19. Jahrhundert ihre historische Bebauung als auch ihre Funktionalität maßgeblich veränderte. Die aufgrund der neuen urbanen Dichte erforderli-

chen infrastrukturellen Anpassungen der ‚Engen Mitte‘ und die Modernisierung des Stadtkerns zur ‚Monumentalen Mitte‘ prägen das Stadtbild durch repräsentative und große Gebäudekomplexe von Handel, Verwaltung wie politischen und kulturellen Institutionen bis zur Jahrhundertwende maßgeblich.

Als Zäsur städtebaulicher Planungen greift Goebel die weitrezipierten Ereignisse des Jahres 1910 auf und hebt die gesamtstädtischen Neugestaltungskonzepte mithilfe von Panorama-Fotografien hervor. Im Kapitel zur ‚Verplanten Mitte‘ schildert der Autor die widersprüchlichen, zum Teil utopischen Vorstellungen städtebaupolitischer Akteure der späten Kaiserzeit bis zum Ende der Weimarer Republik. Ob durch kriegsbedingte, politisch-institutionelle Wechsel, ökonomische Entwicklungen oder radikal-funktionalistischer Planungsleitbilder – die historische Berliner Mitte dient als Experimentierfeld einzelner Entscheidungsträger.

Die sich anschließende Epoche des Nationalsozialismus, geprägt von Enteignung, Abriss und Neubau zugunsten einer monumentalistisch-ideologischen Aufladung führt in die Kriegswirren und bis 1945 schließlich zur ‚Zerstörten Mitte‘. Die Aufbruch-Stimmung der Nachkriegsjahre und die politische wie auch gesellschaftliche Orientierung am Fortschritt führten zu einer endgültigen Abkehr vom historischen Zentrum. Goebel schildert die Konkurrenzsituation des geteilten Berlins und den verstärkten Drang und Druck nach Modernisierung bis zur Mitte der 1960er Jahre vor allem anhand von Zentrumsplanungen sowie Luftbildern zum Ausmaß der Freiflächen einer mal so dicht bebauten Altstadt.

Als zweite wegweisende Zäsur stellt Goebel den Umbau der ‚Dekonstruierten Mitte‘ zum autogerechten Stadtzentrum zwischen 1965 und 1975 dar. Baustellen-Fotografien ikonischer Gebäude wie dem Fernsehturm, den Wohnhäusern der Fischerinsel oder dem Palast der Republik zeugen vom städtebaulichen Einzug der ‚Moderne‘. Mit der Neuinterpretation und Aufwertung des historischen Erbes seit 1975 wurden Monumentalbauten als postmoderne Interpretation der Berliner

Städtebau-Geschichte rekonstruiert – vor allem an Beispielen des Nikolaiviertels dargestellt.

Als Ausgangspunkt einer problematischen Entwicklung hin zum gegenwärtigen Stadtbild der Berliner Mitte beschreibt der Autor die Widersprüche, Konflikte und Interessen von Akteuren aus Politik, Planung und Immobilienwirtschaft im wiedervereinigten Berlin. Die Herausforderungen zur Wiederbelebung des historischen Zentrums und die halbherzigen gesamtstädtischen Entwürfe werden auf die Kriegszerstörungen historischer Bestände, den autogerechten Stadtbau sowie die räumliche Umsetzung essentieller Baudenkmale und die fehlende Kenntnis historischer Baustrukturen zurückgeführt.

Die daraus entstandene, nach Identität suchende als auch städtebaulich ‚Fragmentierte Stadt‘ kritisiert Goebel und fordert „ein städtebauliches Konzept für den Stadtkern [...], das der gesamten Geschichte des Ortes, also einschließlich seiner Zerstörungsgeschichte, gerecht wird.“ Mit Konzeptplanungen und digitalen Visualisierungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Umweltschutz werden zukünftige Stadtbilder unter Einbezug historischer Komponenten entworfen, mit der Intention den Stadtkern so zu entwickeln, „dass er nicht nur Potenzial für die Identifikation seiner Bewohner bietet, sondern auch Raum für nachhaltige neue Nutzungen lässt“.

Goebel misst dem Zerstörungswahn und -ausmaß bedingt durch Kriege die gleiche Wirkmächtigkeit bei wie den zeitgenössischen, funktionalistisch-modernen Planungsleitbildern à la Jansens Verkehrsplanungen um 1910, Hilbersheimers ‚Vertikaler Stadt‘ der 1920er Jahre oder auch Scharouns Beitrag zum Wettbewerb ‚Hauptstadt Berlin‘ 1957. So werden in diesem Werk auch städtebauliche Experimente nicht bzw. zu wenig im Kontext ihrer avantgardistischen, zeitgenössischen Ideen eingeordnet und gewürdigt, sondern in den Kanon bestandsfeindlicher Grundüberzeugungen von Städtebau eingereiht.

Das Buch profitiert von der Erfahrung des Kurators. Benedikt Goebel bringt in diesem Werk die immensen Dynamiken und langfris-

tigen Transformationen städtebaulicher Strukturen durch Zerstörung, Abriss, Überbauung und Modernisierung innerhalb eines 160-jährigen Zeitraums durch umfangreiches Bildmaterial zum Ausdruck. Dem Ziel, die verlorene Identität der Stadtmitte durch Orte der Information und Auseinandersetzung wiederzubeleben und Diskurse um die gemeinsame, zukünftige Gestaltung davon inspirieren zu lassen, versucht er mithilfe der populärwissenschaftlichen Ausrichtung des Werkes beizukommen.

Durch den Bezug zu den Forderungen und Zielen der Planungsgruppe Stadtkern des Bürgerforum Berlin e. V. im Epilog macht der Autor die öffentliche Beteiligung an der zukünftigen städtebaulichen Gestaltung der Berliner Mitte greifbar und Hoffnung auf ein Ende der immerwährenden Baustelle im historischen Zentrum der Hauptstadt.

Kathrin Meißner, Berlin

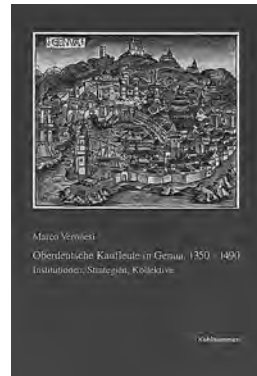
MARCO VERONESI, *Oberdeutsche Kaufleute in Genua, 1350-1490. Institutionen, Strategien, Kollektive (Veröff. der Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, Bd. 199), Stuttgart: W. Kohlhammer 2014, 8 s/w Abb., XLII u. 347 S., 32,- €.*

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 2007/2008 an der Universität Tübingen als Dissertation abgeschlossen, für die Drucklegung überarbeitet und mit der seitdem erschienenen, wichtigsten Literatur ergänzt. Die wertvolle Untersuchung geht auf umfangreiche Quellenstudien im Staatsarchiv Genua zurück, hier vor allem der *Notai Antichi*. Der Anhang der Arbeit zeigt die Kartulare, in denen deutsche Kaufleute erwähnt sind. Die Einleitung der Arbeit geht in kurzen, trefflichen Abschnitten auf Oberdeutschland, Genua und Venedig ein, um sich dann mit den oberdeutschen Kaufleuten in Genua nach dem derzeitigen Forschungsstand zu befassen. Der Verfasser weist dabei daraufhin, dass

auf einen weiten geographischen Raum angelegte personengeschichtliche Studien trotz der Arbeiten Wolfgang von Stromers weitgehend fehlen. Das Verhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Führungsschichten ist ein Leitmotiv der frühneuzeitlichen Handelsgeschichte Oberdeutschlands. Dabei ist vor allem die Augsburger Kaufmannschaft zum Untersuchungsgegenstand geworden, die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts der Nürnberger auf den internationalen Märkten den Rang abgelaufen hatte. Nach starker Präsenz der deutschen Leinwandhändler in Genua im 13. Jahrhundert werden die Quellen in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts schweisgsam, um erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wieder aussagefreudiger zu werden. Es handelt sich hier nicht um ein Überlieferungsproblem, sondern um eine großräumige Verschiebung des europäischen Handels. Der vom Verfasser bearbeitete Untersuchungszeitraum reicht dabei von der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts bis 1490. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts haben einige Zollprivilegien versucht, den verbliebenen Handel an einer Konzentration auf Venedig zu hindern. Nach dem einleitenden Überblick über den oberdeutschen Handel über Genua zwischen 1198 und etwa 1390 stellt der Verfasser die Institutionen der Deutschen in Genua vor. Dabei wird an vielen Stellen der Vergleich zu Venedig gezogen. In Genua ansässige deutsche Handwerker hatten mit der *natio Alemannorum* der Kaufleute kaum Verbindung. Auch diese hat in Genua keinen *Fondaco* wie in Venedig errichtet, sondern sich bei Privatleuten eingemietet. Sie haben dabei aber als Verband in der Öffentlichkeit gehandelt, wenn auch in einem wesentlich geringeren Umfang als die mit Venedig verbundenen Kaufleute. Sie haben eigene Konsuln bestellt, die zum Teil identifiziert werden können.

Der Verfasser stellt im ersten Teil seiner Untersuchung die „Institutionen“ der Deutschen in Genua mit dem Erwerb ihrer Privilegien überwiegend im 15. Jahrhundert vor, ebenso auch die Orte in Genua, an denen die Deutschen handelten, um zuletzt das Konsulat, die Rechtsprechung und vor allem auch die Konsulwahlen vorzustel-

len. Der zweite Teil seiner Arbeit gilt dem „Unternehmer“. War es zuerst die Gesellschaft des Jos Humpis im Zeitraum zwischen 1394 und 1443 und die Diesbach-Watt-Gesellschaft zwischen 1386 und 1450 kamen in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts deutsche Kaufleute in Genua in höherer Anzahl hinzu. Neben den aus Oberdeutschland stammenden Muntprat und den Mötteli, sind die aus der heutigen Nordschweiz stammenden Hör (St. Gallen) oder Kloster (Zürich) greifbar, wobei auf den damals noch im Reichsverband zusammengehörenden Raum hinzuweisen ist. Zu diesen süddeutschen Kreisen kamen in der Zeit zwischen 1467 und 1490 auch Kaufleute aus Brabant und Genf, die sich nicht am Handel mit der Levante beteiligten. Dabei hat es sich aber keineswegs nur um einen Austausch zwischen Italien und Oberdeutschland gehandelt, sondern es wurden von diesen Vertretern des Fernhandels auch neue Handelswege im westlichen Mittelmeer über Katalonien bis nach Flandern eröffnet. Es ist hier auch auf die in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts neu geknüpften Beziehungen der Habsburger zum iberischen Raum hinzuweisen. Die Untersuchungen dieser Familien- oder Handelsgesellschaften zeigen aufgrund der Quellenlage die sich bietenden Möglichkeiten, die einerseits z. B. Georg Sur den Erwerb seines großen Vermögens ermöglichten und andererseits auch bei einigen Unternehmungen Starthilfen gaben. Die in Genua tätigen Deutschen waren zwar untereinander verbunden, aber es entstanden keine zusammenhängenden Verbindungen wie in Deutschland,



sondern sie hatten zahlreiche Beziehungen zu den Einheimischen.

Der Band gibt einen überaus wertvollen Überblick über die Verbindungen zwischen den deutschen Kaufleuten und der Stadt Genua. Diese Beziehungen sind von der deutschen Forschung bislang kaum berücksichtigt worden. Der Band ist ein Werk, das der Einsicht in die spätmittelalterlichen Wirtschaftsbeziehungen Südwestdeutschlands, aber auch darüber hinaus zum westitalienischen Raum, zahlreiche neue Erkenntnisse brachte. Marco Veronesi hat eine für die künftige Forschung bedeutsame Untersuchung vorgelegt, die die Beziehungen der südwestdeutschen Städte zu Genua umfassend aufarbeitet. Bleibt zu hoffen, dass der Verfasser seine tiefen Einblicke in die Archive Genuas bald zu weiteren Untersuchungen nutzt.

Immo Eberl, Ellwangen